

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis um den Abh. Unterhaltungsbeitrag Leben, Willen, Kunst und Kultur und Jugend nachstehend angezeigt. Monatlich 10 Pt. und im Postkartenverkauf. R. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Preuß. 2.50 — Erste Ausgabe mit Aufnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Sonntagsblatt 10. Ed. 25.201.
Sprechstunde von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Sonntagsblatt 10. Ed. 25.201.
Veröffentlichung von 5 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Abonnerpreis werden die Sprechstunden Zeitungen mit 10 Pt. berechnet, bei breitmaßiger Wiederholung wird Rabatt gerechnet. Verantragungen 10 Pt. Interesse müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Redaktion abgeben, um und sind im Verlauf zu bearbeiten. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 55.

Dresden, Sonnabend den 7. März 1914.

25. Jahrg.

Der Tag der Frauen!

Erwacht — lebet — wirket!

Gefreund und erhebend ist es, große Menschenmassen vereinigt zu leben zu gemeinsamem Wirken. Mehr denn eine gesellschaftliche Klasse huldigt das austreibende Prinzip des Gemeinschaftsgeistes, und durch Gemeinschaftsveranstaltungen, die den einzelnen über sein enges Ich hinausziehen, bereitet es seine immer größer werdenden Kampfschläge vor. Volksversammlungen führen die Geister zusammen zur Klärung bestimmter politischer, wirtschaftlicher und kultureller Lagesfragen. Auf Parteitagen und Kongressen wird über Weg- und Zielrichtung der Bewegung verhandelt. Es immer mehr wachsen die Aufgaben der Arbeitersklasse, und den wachsenden Aufgaben wachsen das Verlangen und die Notwendigkeit nach neuen Gemeinschaftsveranstaltungen, die Frauen die Begeisterung entzünden und zu neuen Taten erzielen.

Eine Gemeinschaftsveranstaltung zur Erziehung und zur Erweckung soll auch unser Frauentag sein, um noch aktivierend wandelnde Frauen arbeitenden Volkes herbeizutrommeln und in die Reihen der kämpfenden Arbeiterklasse einzugliedern, um aber andererseits die Forderungen des weiblichen Geschlechts an Staat und Gesellschaft laut in die Welt erschallen zu lassen. Ein einzelner Werktag soll vom Frauentag aus an die Frauen gehen. Welt in allen Ländern, wo Frauen arbeiten und leben, soll er die Geister auf die Aufgaben und Forderungen der Frauen lenken, die zu lösen nicht nur im Interesse der Frauen selbst liegt, sondern auch der Männer und der Kinder der gesamten arbeitenden Menschheit.

Dies war der Gedanke, der die Delegierten auf der internationalen Frauenkonferenz 1910 in Kopenhagen befehlte: In einem Tage im Jahre sollen in möglichst vielen Ländern die Frauen gemeinsam die Forderung nach dem gleichen, allgemeinen Frauenwahlrecht erheben. Durch machtvolle Kundgebungen und Demonstrationen soll der Willen der Frauen zum Ausdruck gelangen. Denn so lange die Frauen still und bescheiden das schwere Untergang, doch die Gesetzgebung sie wie Unmündige behandelt und ihre Stimmen nichts gelten lässt im Rat der Völker, so lange wird der Grundsatz gelten: Das Weib schweigt in der Gemeinde. Echt wenn die Frauen selbstständig und fähig die Bühne des Lebens beschreiten, werden sie sich die ihnen zukommenden Rechte erobern.

Von dem englischen Minister Lloyd George wird erzählt, es sei zu ihm vor einigen Jahren eine Deputation der Frauenrechtsbewegung gekommen, um ihm die Forderung des Frauenwahlrechts zu unterbreiten und sich seiner Unterstützung zu versichern. Der Minister aber habe gesagt: Ja, meine Damen, Sie mögen ganz recht haben, aber tun werde ich nichts für Ihre Forderungen, denn Ihre Sache ist mir nicht gefährlich. Hätte er in England den Minister die Frauenrechte etwas gefährlich geworden, die Suffragettes, die Wahlkämpferinnen, beunruhigen das Land nicht wenig. Jedenfalls behauptet der Auspruch des Ministers Lloyd Georges die alte Weisheit, dass eine Bewegung erst dann auf Erfolg hoffen darf, wenn sie „gefährlich“ zu werden beginnt. Wie klein ist doch noch immer die Zahl der Frauen, die bewusst in den Kampf hinausziehen und ihre eigene Sache mutwillig in eigene Hand nehmen? Wie wenige machen doch von den ihnen vorhandenen Rechten Gebrauch, um sich weitere Staatsbürgerschaft zu erobern?

Die Gewerkschaften Deutschlands zählten 1913 ungefähr 216.000 weibliche Mitglieder, die deutsche Sozialdemokratie 150.000 politisch organisierte Frauen. Was will das bedeuten gegenüber allein 2.103.924 in der Industrie beschäftigten Frauen und Mädchen, und 931.373 im Handel und Verkehr, die im Jahre 1907 gezählt wurden! Dazu die fast 5 Millionen in der Landwirtschaft, im häuslichen Dienst und in den freien Gewerben Tätigen; alles zusammen die stattliche Zahl von fast 10 Millionen erwerbstätiger Frauen und Mädchen. Gibt schon diese Zahl an sich Anlass genug zum Nachdenken, so muss jedem Einsichtigen die grosse Zunahme der verheirateten Frauen, die zum Erwerb freien Verantwortung geben, die weitverbreitete Auffassung vom „natürlichen Beruf der Frau“ mit großer Vorsicht aufzunehmen. Fast 4 Millionen der im Haushalt tätigen Frauen sind verheiratet oder verheiratet gewesen. Wie können wir da zu einer Lösung des tragischen

Konflikts kommen, der heute im Leben so vieler Frauen lautet: einerseits „natürlicher Beruf“ der Frau, Mutter und Hausfrau zu sein, andererseits die bittere Notwendigkeit, Erwerbsarbeit leisten zu müssen? Die Frau ist vor die furchtbare schwere Aufgabe gestellt, wie sie Erwerbsarbeit leisten und doch die Mutterarbeit nicht versäumen soll, die, wie Friedrich Naumann einmal treffend sagte, sich am schwersten in den Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft einfügen lässt, denn sie ist unbezahlbare Arbeit.

In früheren Wirtschaftsperioden bestand dieser Konflikt im Frauenleben nicht. Mutterlichkeit ließ sich leichter mit den häuslichen Arbeiten der Frau vereinen. Heute dagegen bedeutet für die Arbeiterin jedes neue Mutterdasein ein Hindernis im Erwerbsleben, im Arbeitsprozess. Je mehr Kinder sie hat, um so mehr ist die Frau gehindert, Arbeiterin zu sein. Und dieser Konflikt drängt sich der Frau auf in demselben Moment, da gesteigerte Ansprüche für die wachsende Familie Frauen verdient zur zwingenden Notwendigkeit machen. Da wird die Frau versuchen müssen, ein wenig mitzuverdienen durch Heimarbeit. Leiderste Sparmaßnahmen am Kleidung, Wohnung, Nahrung bringt schließlich die Familie so lange durch, bis die Kinder aus der Schule kommen und als junge Arbeitkräfte denselben Leidensweg ihrer Eltern gehen, schlecht bezahlt, für

im Völkerleben so auch die Frauen dem „Gesetz der Wandlung“, wie es Ibsen, der große norwegische Dichter, einmal nannte, unterworfen sind. Aus dem engumfriedeten Heim von einst ist die Frau hinaus in die weitere Welt gegangen. Da lernt sie den „Vater Staat“, die gesellschaftlichen Zustände und Einrichtungen kennen. Sie sieht, dass nicht etwa ein blindes Wallen von Naturmächten die Geschichte des Menschen bestimmt. Sie erkennt, dass die Menschen selbst ihre Geschichte machen, dass die Parlamente, die Gesetzgebungsmaßinerie, heute noch von einer kleinen Schicht Privilegiierter beherrscht werden zum Vorteil eben dieser kleinen aber mächtigen Schicht, der jedes Aufbegehren der unteren Volksklassen genau so unbehaglich ist wie das Einmarschieren der Frau in das öffentliche Leben. Darum wollen sie die Koalitionsrechte der Arbeiterschaft weiter herabdrücken, darum ist ihnen jedes Wahlrecht verübt, das eine Mitarbeit der breiten Massen zulässt. Dieses Wahlrecht nun noch auf die Frauen auszudehnen könnte gar als ungemeinlich. Und dennoch wagten bei den Reichstagssitzungen im Januar dieses Jahres die bürgerlichen Vertreter nicht, in so frivoler Weise die Emanzipationsbestrebungen der Frauen abzutun, als es in früheren Jahren zu geschehen pflegte. Nur die Reiter der Konservativen brachten den Frauenforderungen ein gutes, großes Nein entgegen, während alle anderen bürgerlichen Parteien für eine „wohlwollende“ und „sympathische“ Annahme waren. Die Sozialdemokraten und einige Fortschrittsler traten für die Überweisung der vorliegenden Petition an die Regierung zur „Beschleifigung“ ein. Sie forderten im Namen des Reichs und der Kultur das Stimmrecht der Frauen.

Vor allem sind es auch unmittelbar brennende und dringende Fragen des Tages, die die Frauen zum Verständnis der Politik und zur Forderung ihrer Rechte führen. Die Verteuerung des Lebensmittels bringt sie auf den tiefen Zusammenhang von Politik und Haushirtschaft. Die Frage drängt sich auf ihre Lippen: Wenn man uns die wichtigsten Verdiensttitel verneint, warum fragt man uns dabei gar nicht? Ist nicht gerade die Tevernung schuld an der Zunahme der Frauenarbeit? Und wenn wir nun einmal im Erwerbsleben draußen stehen müssen, warum haben wir dann noch nicht einmal das Stimmrecht zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten? Sind wir Frauen gleich und häufig genug, in Fabrik und Werkstatt, im Kaufhaus und Kontor, Arbeiten zu leisten wie ein Mann, so werden wir auch bei Rechtsstreitigkeiten, die sich aus dem Arbeitsprozess ergeben, über Recht und Unrecht ein Urteil finden. Liegen doch häufig bei der Frauenarbeit die Fälle so eigenartig, dass es Frauen als Sachverständige geladen werden müssen, um Klärung zu schaffen. Das aktive und passive Wahlrecht der Frauen zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten ist also nicht nur eine Forderung der Gerechtigkeit, sondern der Notwendigkeit, die uns täglich das Leben im Arbeitsprozess erleichtert. Und mehr als bisher sollten dieser Frage die Arbeiterinnen das größte Interesse schenken. Echt fürsinnig wurde im bayrischen Landtag die Forderung des Wahlrechts für die Frauen zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, zu den Handels- und Gewerbezimmern zum Beschluss erhoben. Freilich, die weitere Entscheidung liegt bei den Regierungen. Ueber „sympathische“ Erwägungen dienten diese vorläufig nicht herauszukommen, wenn sie sich nicht völlig ablehnend verhalten. Verhalten sich aber die Regierungen zu solchen selbstverständlichen Frauenforderungen immerfort ablehnend, so müssen die Frauen daraus folgern, dass sie es recht die Sozialdemokratie in ihrem Kampf gegen die Regierungsmacht und für Wahrung der Parlamentsbefugnisse unterstützen müssen.

Überall werden die Frauen auf die Wichtigkeit der Politik in Staat, Staat und Gemeinde hingewiesen. Die Frauen haben den größten Anteil, sich um die Sozialregelung zu kümmern; sollen doch Mutterhausbewilligung, Arbeiterschutz und andere Maßnahmen den arbeitenden Müttern Erleichterung in ihrem schweren Ringen verschaffen. Steuer- und Schulfragen — wer hätte wohl mehr Interesse, an ihrer kulturellen Gestaltung mitzuverantreten als die Frauen? Müssten nicht auch zur sozialen Arbeit in der Gemeinde immer mehr Frauen bei der Armen-, Ballen- und Kleinkinderpflege mit herangezogen werden? Weit über 12000 Frauen sind im Vorjahr in der Wohlfahrtspflege beschäftigt gewesen, als

Genossinnen und Genossen!

Alle organisatorischen Vorbereitungen für den Frauentag und die „Note Woche“ sind getroffen.

In der Parteipresse sind die wichtigen Aufgaben, die in der Woche vom 8. bis zum 15. März erfüllt werden sollen, mit Nachdruck erörtert worden:

„Hier mit dem Wahlrecht für die Frauen!“

„Mehr Leser für die Parteipresse!“

„Mehr Mitglieder für die Organisation!“

Ein letzter Hinweis auf den Ernst der Zeit muss genügen: Alle Parteigenossen zu eifrigster Werbearbeit anzuspielen.

Keiner darf dieser wichtigen Parteiarbeit fernbleiben!

Besondere Aufmerksamkeit ist der Hausagitierung zu schenken, die während der ganzen Woche betrieben werden muss.

Genossinnen und Genossen, seid pflichtbewusst!

Berlin, den 6. März 1914.

Mit Parteiengruss

Der Parteidirектор.

den Kampf ungenügend ausgeübt, mit schwachem Körper, dem kräftige Pflege und Nahrung fehlt, mit unvollkommenem geistiger Rüstung, denn Schule und Haus kennen nur Almosen hergeben.

Die Frauen aber, die in die außerhäusliche Erwerbsarbeit gelten, haben einen anderen Ausweg aus all den Rühen und Plagen finden müssen — sie verzögern der Gesellschaft, die ihnen ihren „heiligen“ Beruf der Mutterarbeit so wenig denkt, die Mutterarbeit. Und kein Gesetzentwurf betreffend den Verkehr mit Mitteln zur Verhinderung der Geburten wird die Frauen wieder zur Geduldredigie bringen, so lange nicht Gesetze zum Schutz von Mutter und Kind vom Staat eingeführt werden, so lange nicht mehr als bisher durch kräftige Hilfe bewiesen wird, dass der lebendige Mensch der Gesellschaft mehr gilt als das tote Kapital und der Besitz.

Gedoch so schwierig und opfervoll auch das Leben der arbeitenden Frau in dem gegenwärtigen Zeitalter ist, es besteht für die Frauen kein Anlass, zugestraft zu sein. Nein, sie dürfen vollkommen ehrlich in die Zukunft schauen! Was belässt denn eigentlich die volkswirtschaftliche Zukunft, dass ein Drittel aller Erwerbsarbeiter Frauen sind? Diese Tatsache gibt davon Kunde, dass wie alles in der Natur und

Mobungs- und Polizeiinspektoren haben sie den Verfassungstreibwirkt erbracht.

Es ist kein Zweifel, daß sich die Frauen in alle die manigfältigen Dingen der Gemeinde- wie Reichs- und Landespolitik einarbeiten werden, wenn sie nur erst vor das offiziere, aber erzieherische "Mahl" gestellt werden. Dann wird sich zeigen, welch ein fröhliches und segnendes Zusammenarbeiten der Soldaten zum Segen der Allgemeinheit möglich wird. So wie Mann und Frau zusammen erst den wahren Menschen bilden, so wird der Staat, an dem die Gelamtheit aller Männer und Frauen bildet und schafft, die meisten Garantien geben für ein glückliches und von Not und Sorge befreites Menschenleben. Dann erst werden alle die Reformen möglich sein, die notwendig sind: Frauenarbeit und Mutterhaft zu vereinen, dem Kinderzugendlust und Entwicklung zu sichern, der Frau aber volle Bewegungsfreiheit und Menschenrecht, dem Manne eine fröhliche, mit ihm wetteifernde Kameradin um die höchsten Kulturgüter!

A. Gr.

Die Suffragettes und das Frauenstimmrecht.

Aus London wird uns geschildert:

Es gibt zwei brennende Fragen im politischen Leben Englands: Die Beleidigung der Herrlichkeit der Lords und die Erweiterung des Frauenstimmrechts.

Naum ist man auf einer der geräumigen Straßen Londons, so hört man von allen Seiten die Rufe der Zeitungsverkäufer: Neue Unruhe der Suffragettes! Hungerstreik der Damen! Verhaftung einer Führerin der Suffragettes! Demonstration der Frauenrechtsaktivistinnen!

An den Ecken der belebten Straßen sieht man abgezogene schlichtekleidete Mädchen oder aber auch elegante junge Damen die Reitschwestern der kämpfenden Frauen vertreten: "Common Cause" (genügsame Richtung), "Votes for Women" (Organ der militärischen kämpfenden Suffragettes), "Suffrage" (Organ des radikalsten Flügels). Mit flammenden Augen hält die Verkäuferin eine begeisterte Ansprache an die Passanten, die sie umgeben.

Auf dem breiten modernen Ringanbau treffen wir auf ein imposantes fünfstöckiges Haus. Ein Schild mit weißblauem Aufdruck: "Votes for Women" (Frauenstimmrecht) zeigt an, daß hier das Hauptquartier der Suffragettes ist. Reges, tätiges Leben herrscht in den Büros — Blöcke werden ausgebaut, Besitztümer gekauft. Ein beständiges du und ihr von Frauen und Mädchen, alten und jungen, eleganten und schlichtgekleideten.

Weiter am Trafalgar Square, diesem historischen Platz, der so viele interessante Demonstrationen und Volksversammlungen gehabt hat, findet ein Meeting der Suffragettes statt. Viele Polizisten sind aufgestellt! Ein ungewohnter Anblick in England! Auch im Hinterhof auf den grünen Wiesen halten die Suffragettes und Suffragists von zahlreichen Tribünen beruhigende Reden an das versammelte Volk.

Jetzt organisieren sie einen Demonstrationszug durch London, dann überqueren sie das ganze Land mit ihren Agitatorinnen. Zwei Monate hindurch ziehen die Frauen in kleinen Gruppen von Stadt zu Stadt. Musik und Haben lösen die Führer, unter freiem Himmel werden Reden gehalten.

Aber überall, wo die Suffragettes für ihre Sache eintreten, begegnen sie dem brutalen Widerstand der "Bobbies" (Schwärme). Die Frei- und Verantwortungsfreiheit, das Heiligtum des Briten, gilt nicht für die Frauen, die für ihre Rechte kämpfen. Die Demonstrantinnen werden mit schweren Faustschlägen auseinandergetrieben, Rednerinnen von der Tribune geschleudert und ohne Hut und Mantel in die feuchte Röste der Herbstnacht gelassen. Verhaftungen, Gefängnisstrafen sind etwas Alltägliches.

Stellt euch einen Saal vor, überwölbt, ein paar tausend Frauen sind drin, flammende, protestierende Reden, Sitzungen für die eingeweihten Kämpferinnen, die den Hungerstreik proklamiert haben. Die Atmosphäre ist gespannt von nervöser Erwartung. Und nun erscheinen zwei Gestalten auf der Tribune: Sylvia Pankhurst, die auf einer Kranzahre hineingetragen wird — sie ist eben auf einige Tage aus dem Gefängnis entlassen, damit sie nicht vor Hunger sterbe — und Annie Kenney, eine frühere Textilarbeiterin, die von der Polizei längst gesuchte beliebte Führerin der Suffragettes. Mit einem Sprung sind die Geheimpolizisten auf dem Podium, das Opfer ist umringt. Die Frauen rufen zur Hilfe, der Kampf bricht los. Ein Gedränge ist es geworden, das Opfer loszureißen, und von den Freunden sofort verschwindet die gefürchtete Suffragette in der Menge.

Was wollen die Suffragettes und wer sind sie eigentlich? Ihre Forderung ist wohlbekannt: daß Wahlrecht für die Frau, das Wahlrecht um jeden Preis. Sie stellen keine Bedingungen, sie bestehen nicht darauf, daß alle erwachsenen Bürgerinnen das Stimmrecht erhalten, sie würden sich auch mit einem ganz beschränkten auf Vermögenszensus aufgebauten Recht begnügen! Aber das Prinzip soll siegen, für das Prinzip kämpfen sie!

Dem Parlament werden immer wieder drei Anträge vorgelegt: 1. der Antrag der Arbeiterpartei, Wahlrecht für alle erwachsenen Staatsbürger und -bürgerinnen; dadurch würde die Zahl der Wahlberechtigten von 7 bis 8 Millionen auf 23 Millionen steigen; 2. der Antrag von Mr. Dickeinson: Alle Frauen, die selbst oder deren Mann eine eigene Wohnung haben, sollen das Stimmrecht erhalten. Durch den Antrag Dickeinsons würde die Zahl der männlichen Wähler auf 12 Millionen erhöhen werden, aber auch 6 Millionen Frauen bekämen das Wahlrecht; 3. der berühmte "Verjähnungsvortrag" Luteltons, der den Frauen das Wahlrecht auf der bestehenden Basis zubilligen soll, d. h. bei Beibehaltung aller Privilegien des Vermögens — ein Jenseitswahlrecht! Nur ungefähr 1 Million Frauen würde dabei das Stimmrecht erhalten, und obwohl die Frauenrechtsaktivistinnen behaupten, daß die Wohnarbeiterinnen 85 Proz. der Wählerinnen ausmachen, ist es klar, daß diese Wahlreform den bürgerlichen Altkreis, aber nicht den Arbeitern zugute käme.

Aber die Radikallinien unter den militärischen Suffragettes sind bereit, jede Bill zu begrüßen, um nur den Sieg feiern zu können. Sie stellen sein sozialökonomisches Programm auf,

sie wollen auch mit keiner Partei verbündet. Jetzt, da sie allen Glauben an die Liberalen verloren haben, drohen sie, die Tories zu unterstützen. Warum aber nicht die Arbeiterpartei, die doch energisch für das Frauenstimmrecht eintritt? Weil die Arbeiterpartei bestimmte soziale und ökonomische Prinzipien aufstellt, die den bürgerlichen Suffragettes gar nicht passen. Ist es nicht charakteristisch, daß die Suffragettes dem Antrag des allgemeinen Wahlrechts am wenigsten Sympathie schenken, obwohl sie sonst jede Wahlrechtsreform annehmen würden?

Wohin kommt das? Die Damen sind doch so "radikal" gesinnt?

Um das zu verstehen, muß man sich klar machen, aus welchen Kreisen die Suffragettesbewegung hauptsächlich hervorgeht. Sie ist eine typische Bewegung der selbstständig erwerbenden Frauen des Mittelstandes. Frauen der Arbeiterschlaf, Fabrikarbeiterinnen lösen sich nur vereinzelt zu der Bewegung verfügen. Viel öfter findet man aber Arbeiterschläfer, die aus der Provinz nach London eingewandert sind, um eine "höhere Gesellschaftslage" zu erreichen: das Handwerk ihrer Eltern verluden sie mit der schlecht bezahlten, ausgedeuteten Arbeit in Kontoren und Büros. Stenotypistinnen, Büroangestellte, deren Verdienst kaum 10 Schilling beträgt — ihre Mutter aber verdient als Weberin 30 bis 40 Schilling wöchentlich —, Hauslehrerinnen, hausmännische Angehörige. Ein trauriges Dozentin, ein zwölfländer Arbeitstag, eine solte obwohl Wohnung! Und keine Hoffnung auf eine Ehe als Zuflucht vor dem Elend: einen "einfachen" Arbeiter wollen sie nicht, ein "Aloof" kann aber eine Frau nicht ernähren. Neben der sozialen Selbständigkeit wird die politische Radikalität doppelt schwer empfunden. Die Unzufriedenheit wächst und als Erlösung erscheint — die politische Gleichberechtigung.

So glaubte auch der "dritte Stand" im achtzehnten Jahrhundert durch die rein politische Revolution alle Wohlstände, alles Glück aus der Welt zu schaffen. Die Suffragettes sind nur die leichten Vertreter jenes Idealismus des dritten Standes, der von ihren älteren Brüdern längst überwunden wurde. Hört nicht bei den Suffragettes der alte naive Glaube, daß sie die Trägerinnen der Interessen "aller" Frauen, "aller Schwestern" seien? Und doch, all ihr Geldentnommen, ihre Opferwilligkeit, die oft bewundernswert sind, versteckt unbewußt, wie die Männer der französischen Revolution, nur ihr eigenes Interesse, das Wohl und die Rechte der Frauen aus dem Mittelstande.

Eines ist zu konstatieren: die Stimmrechtsfrage in England ist keine Frauenfrage mehr. Sie ist eine politische Waffe geworden, mit der die beiden bürgerlichen Parteien sich gegenseitig bekämpfen. Die Frau in England ist keine "Quantité négligeable" (keine nicht zu beachtende, geringfügige Größe), sie steht unter die politischen Mächte.

Auch die Arbeiterpartei tut ihr möglichstes, um die Arbeiterinnen in das politische Leben hineinzuziehen. Aber im Gegensatz zu den Suffragettes lehrt sie die Arbeiterinnen, daß die Gleichberechtigung der Frau nicht das höchste Ziel der Frauenbefreiung sein kann, sondern nur eine gewollte Waffe, mit deren Hilfe die soziale Befreiung der Frauen wie der gesamten Arbeiterschaft herbeizuführen ist.

Die finnischen Frauen im Parlament.

Aus Finnland wird uns geschildert:

Gegen das Frauenstimmrecht wird innerer der Einwander erhoben: Die Frauen taugen nicht in das Parlament, es fehlt ihnen an der Überlegenheit, an der Sachlichkeit und nötigen geistigen Vorbereitung. Auch "schwachen" die Frauen zu viel! Und im Parlament gilt das Schweigen auch oftmals als Tugend. Diese Aufsicht kann die wichtige Tätigkeit der finnischen Frauen widerlegen, besonders die der Sozialistinnen im finnischen Parlament.

Das Frauenstimmrecht wurde durch einen revolutionären Ansturm erobert und im Jahre 1907 in Finnland eingeführt. Das kleine, tapfere, drei Millionen zählende Volk, das einen ungeheuren Kampf gegen den russischen Zarismus zu führen hat, zählte bei den Wahlen von 1911 707 237 Frauen und 642 811 Männerstimmen. Die Frauen überwogen die Männer, besonders in den Städten — und doch zeigt sich bis jetzt keine Spur von all dem "Urrheil", das die Feinde der politischen Gleichberechtigung der Frauen probheizt haben. Die Sitzen und die alte bürgerliche Moral bestehen wie zuvor, und das Staatswesen bleibt leider noch von der Bourgeoisie, von den Vertretern des Kapitals und Privateigentums beherrscht.

Die Zahl der ins Parlament gewählten Frauen ist noch immer verhältnismäßig klein. Bei den sechs Wahlen — das Parlament wurde immer wieder vom Jahre aufgelöst — betrug die Frauenvertretung im Parlament von im ganzen 200 Mitgliedern:

im Jahre 1907	19 Frauen
• • 1908	25
• • 1909	21
• • 1910	17
• • 1911	14
• • 1912	19

Die Mehrzahl davon waren Sozialistinnen, meistens Fabrikarbeiterinnen, Dienstmädchen oder Handarbeiterinnen. Die energische Führerin Sylvia Pankhurst, Dichterin und ehemalige Lehrerin, wurde jedesmal wieder gewählt. Zurzeit haben 13 Sozialdemokratinnen ihren Sitzen im finnischen Parlament.

Obwohl die Frauenvertretung nur eine kleine Zahl ausmacht, haben die Frauen und besonders die Sozialistinnen, eine tüchtige Arbeit geleistet. Dabei darf man nicht außer acht lassen, welcher Druck in Finnland herrscht: die ganze Parlamentsarbeit steht ständig unter der Drohung, daß der geringste unvorsichtige Schritt das Land seiner letzten nationalen Selbständigkeit beraubt könnte.

Wie gestaltet sich die Arbeit im finnischen Landtag? Die Frauen bilden keine besondere Gruppe, die nur durch das Band der Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht gebunden ist. Sie arbeiten mit der Partei, der sie ihrer Meinung nach auch außerhalb des Parlaments angehören würden. Die Klassengenossen sind dieselben bei Mann und Frau. Zusammen öfters zum Vorschein, auch bei der Bevölkerung sehr weit verbreitet. So z. B. verteidigen die bürgerlichen Frauen die "Freiheit" der Frau, auch Radikarbeit zu verrichten, was die Sozialistinnen mit aller Scharfe bekämpfen. Auch bei der Frage der unechten Mutterhaft kam derselbe Gegen-

satz der Weltanschauungen und der sozialen Interessen zum Vorschein.

Es ist nicht zu leugnen: leiderum die Frauen im Sozialstaat vertreten sind, wurde eine Reihe von Anträgen erörtert, die Fraueninteressen berücksichtigen. Doch waren nur wenige davon praktischen Erfolg, weil auch denen, die das Parlament angenommen hatte, die Vollkommenheit des nationalen Rechts fehlte. Solange der "kleine blaue Über-

herr" durften keine fortwährenden Wohnnahmen getroffen werden!

Die Anträge der bürgerlichen Frauen behandeln verschiedene und vermögensrechtliche Fragen: volles Einkommen und Erbfolge, Mitbestimmungsrecht des Sozialstaates über Kinder (heute ist der Vater alleinberechtigt); Erbfolgerecht des unehelichen Kindes seinem Vater gegenüber usw. Die Sozialistinnen und ökonomischen Lage der Arbeitnehmerinnen. So brachten Anträge ein zur Mutterhaftversicherung, Aufhebung der veralteten Dienstbotenordnung, Errichtung einer sozialen Fürsorgeanstalt für verwahrloste uneheliche Kinder und Mütter. Strafreform bei Kindesmord, Reform des Geburtenwesens, Befreiung der Lage der Handelsgehilfinnen, Erziehung der Schulkinder, Einrichtung von Kindergarten und Kinderkrankenanstalten, zur Prostitutionsfrage usw. Wie diese Zustimmung und die der Arbeitnehmerinnen in ihrer Stellung als Frau und Mutter, die die Sozialistinnen im Parlament vertreten, sich aber hervorgehoben werden, daß die Sozialistinnen durch andere Gesetzesvorlagen allgemeinen Charakters durch ihre Mütterbeiträge unterstützen haben. So die Vorlage zur Alkoholgesetzgebung, zur Arbeitgebergesetzgebung, zum Krankenversicherungsgesetz.

Die rege, nutzbringende, fruchtbare Tätigkeit der Arbeitnehmerinnen-Berührerinnen im finnischen Parlament, die auch den bürgerlichen Wohlstand fördert, ist die beste und wirksamste Antwort auf die alte Ansicht und die beste Widerlegung der verbreiteten Sorge, daß die Frauen zur Parlamentsarbeit noch nicht reif genug seien.

Stimmen der Befreiung.

Olympe de Gouges.

Manifest über die Rechte der Frauen 1791.

Ist es nicht Zeit, daß auch unter uns Frauen eine Revolution beginnt? Sollen wir immer vereinzelt sein? Werden wir nie der Gestaltung der Gesellschaft tätigen Anteil nehmen?

Aus der Gemeinschaft von Männern und Frauen besteht die Nation, auf der der Staat beruht; die Gesetzgebung muß der Ausdruck des Willens dieser Allgemeinheit sein. Alle Bürger müssen ebenso wie alle Bürger persönlich oder durch ihre gesetzliche Vertreter an ihrer Gestaltung teilnehmen. Sie muß für alle gleich sein. Daher müssen alle Bürger und Bürgerinnen, entsprechend ihren Fähigkeiten, zu allen öffentlichen Stellungen, Ausschreibungen und Berufen gleichmäßig zugelassen werden; nur die Verschiedenheit ihrer Tugenden und Talente dürfen den Wohlstand erhöhen. Die Frau hat das Recht, das Schloss zu steigen; die Tugende zu besiegen, sollte sie dasselbe Recht haben. Die Rechte der Frau aber sollen der Wohlhaber allein, und nicht der Vorteil des Geschlechtes allein dienen.

Die Frau trägt ebenso wie der Mann zum Vermögen des Staates bei, sie hat dasselbe Recht wie er, über dessen Verhältnisse Neidenschaft zu fordern. Eine Verhinderung ist ungültig, wenn sie die Rechte aller Individuen, aus denen die Nation besteht, an ihrer Gestaltung mitgehandelt hat... Gewalt, erwartet, ihr Frauen... Die Freiheit der Wohlstand hat die Wollen der Tochter und der Tugende gestreut; wann werden ihr gehorchen? Vereint erachtet den Kraft der rohen Gewalt die Kraft der Vernunft und Gerechtigkeit entgegen. Und bald werden ihr zeigen, wie die Männer nicht mehr als schwitzende Arbeit zu euren Füßen liegen, sondern stolz darauf, die ewigen Rechte der Menschheit mit euch zu teilen. Die Vorteile der Geschlechter allein dienen.

Mary Wollstonecraft.

Eine Verteidigung der Rechte der Frau. 1792.

Die Frau soll keine Gewalt über den Mann haben, soll aber über sich selbst.

Aneignung der Frau ermiedigt nicht nur das Individuum, sondern die Folgen derselben scheinen sich auch auf die Nachkommen zu vereben.

Die Frauen werden nie die ihrem Geschlechte eigentümlichen Pflichten erfüllen, solange sie nicht ausgestorbene Bürger sind, solange sie nicht frei sind, ihren Unterhalt selbstständig zu verdienen, unabhängig vom Manne, sowie es auch ein Mann vom andern ist...

Sollt die Frauen frei sein und sie werden bald weiß... Das Unterdikt, dem die Hälfte der Menschheit erliegt, rächt sich an der Unterdrückten.

John Stuart Mill.

Hödigkeit der Frau.

Nicht nimmt die in entlegenen Teilen der Erde wohnende Völker, wenn sie von England hören, so sehr wunder, als zu hören, daß dasselbe unter einer Königin steht. Den Engländern erscheint das nicht im geringsten unmöglich. Sie halten es jedoch für unnotiglich, daß Frauen Parlamentsmitglieder werden.

Die Verteidigungslösung der Frauen infolge der bloßen Existenz ihrer Geduld ist das einzige Beispiel dieser Art in der modernen Gesetzgebung.

Es verlangt ja niemand noch Schuhzölle zugunsten der Frau. Verlangt wird nur, daß die gegenwärtigen Brüder zu Schuhzölle zugunsten der Männer abgestossen werden.

August Bebel.

Die Frau und der Sozialismus.

Der klassenbewußte Arbeiter weiß, daß die gegenwärtige ökonomische Entwicklung der Frau zwinge, sich zum Konkurrenzobjekt des Mannes auszuturnen. Er weiß aber auch, daß die Frauarbeit der Arbeitnehmerinnen ebenso unzinnig wäre wie ein Verlust der Anwendung von Maschinen. Und so trodtet er darum, die Frau über ihre Stellung in der Gesellschaft aufzulässen und sie zur Kämpferin in dem Befreiungskampf des Proletariats gegen den Kapitalismus zu ergieben.

Am Sonntag den 7. März 1914

Bei der Frauenfrage handelt es sich um die Siedlung, die die in sozialen sozialen Organisationen eintreten soll, wie sie ihre als Bäuerinnen nach allen Seiten entwenden kann, damit sie gesellschaftliches und möglichst nützlich wirkendes Mitglied der gesellschaftlichen Gemeinschaft werde. Von unserem Standpunkt füllt sich die menschliche Gesellschaft geben muß, damit an Stelle der Ausbeutung, Not und Elend die soziale und gesellschaftliche Freiheit der Individuen und der Gesellschaft tritt. Die Siedlung ist also für uns nur eine Seite der allgemeinen sozialen Frage, die gegenwärtig als denkendes Kapital erfüllt und alle Geister erregt; sie kann daher ihre endgültige Lösung nur finden in der Ausleuchtung der gesellschaftlichen Gegenstände und Verteilung, die durch vorzeigende Arbeit.

Die Frau soll wie der Mann möglichst und gleichberechtigt in der Gesellschaft werden, sie soll wie der Mann alle ihre körperlichen und geistigen Fähigkeiten voll entfalten können und ihrer Pflichten erfüllt, auch ihre Rechte beanspruchen können.

Auch an die Frau im allgemeinen und an die Proletarierin insbesondere tritt die Aufforderung, in dem Kampfe nicht zurückzulassen, in dem auch für ihre Befreiung und Erlösung gekämpft wird. Es ist mir, zu beweisen, daß sie ihre wahre Stellung in Bezug auf den Kampf der Gegenwart für eine bessere Zukunft hat und entschlossen ist, daran teilzunehmen. Sozusagen ist es, sie in der Abwehr aller Vorurteile und in der Wahrheit zu unterliegen. Niemand unterschätzt seine Kraft und glaubt, daß es auf seine Person nicht ankommt. Für den Erfolg des Fortschritts der Menschheit kann keine Kraft, und sei es schwach, entscheidend werden.

Guten Tag.

Über Liebe und Ehe.

So wie die Familie — der erste Staat —, muß sich auch der Staat als eine Einheit des männlichen und weiblichen Zusammensetzung darstellen. Er muß eine "Staatselbe" werden, nicht wie wir mit ein "Staatsälbel".

Eine Mutter der Arbeiterklasse, die ihren Kindern gute Körper- und geistige Pflege angedeihen ließ, ihnen und dem Mann ein soziales Gemeinschaftsgefühl und sich dabei selbst Bildung und Einsicht in gesellschaftliche Gesellschaftsfragen angesetzt hat — eine solche Mutter stellt die unverzerrte Weisheit dar. Sie gerechte aller Menschenmärkte — ihr zwei Stimmen zu geben.

Es werden wohl die Gesellschaftsmütter sein, die schließlich die Kinderfreunde befreien werden.

Umfang der Frauenarbeit in Deutschland.

Bei der ersten Berufszählung in Deutschland, im Jahre 1895, wurden 5 541 517 weibliche Erwerbstätige gemessen, im Jahre 1895 war ihre Zahl gestiegen auf 6 578 550 und im Jahre 1907 lag sie auf 9 492 881. In den inzwischen verstrichenen 8 Jahren sind weitere Zunahmen erfolgt. Während es für die gewerblichen Tätigkeiten erst 17 Berufe mit überwiegend männlichen Personen gab, zählte man 1907 bereits 28. Darunter 20 Berufe mit mehr denn 20 000 erwerbenden Frauen. In vier Berufskategorien sind je über 500 000, in zwei weiteren über 100 000 und in zwei je 70 000 Frauen tätig. Von den weiblichen Erwerbenden sind 84,12 Prozent Arbeiterinnen und nur 15,88 Prozent Selbstständige, wodurch unter den männlichen Erwerbstätigen 67,21 Prozent Arbeiter gezählt werden. Die soziale Scheidung zwischen Selbstständigen und geschäftlich Abhängigen und damit kapitalistisch Ausgenutzten ist also bei den Frauen eine weit schärfere als bei Männern.

Die Zahl der im Handwerk tätigen Frauen betrug im Jahre 1882 185 400 Prozent aller weiblichen Personen, gegenüber 185 776 im Jahre 1895. Die Zunahme der weiblichen Erwerbsarbeit zeigt sich auf allen Gebieten, außer bei den weiblichen Dienstboten. Die Abnahme der weiblichen Dienstboten ist auch ein Zeichen des erweiterten Persönlichkeitsschutzes des Frau und ihrer Schafft nach Freiheit und Selbständigkeit.

Die Zahl der erwerbstätigen Frauen betrug

in den Gruppen	1905	1907	Zunahme in Prozent
Landwirtschaft usw.	2 753 154	4 598 986	67,9
Bergbau und Industrie	1 021 118	2 103 24	55,3
Handel und Verkehr	579 008	931 973	60,7
öffentliche Dienste	293 865	320 904	87,2
Andere Berufe oder Art	176 648	288 311	63,2

Hat so die Landwirtschaft ihre Vorherrschaft auf dem Gebiete der Frauenbeschäftigung, die sie auch 1895 schon innehatte, nicht allein behauptet, sondern sie sogar noch ausgedehnt, so ist andererseits aber auch die Verdrennung der Männerarbeit in keiner anderen Berufskategorie so erfolgreich gewesen. Denn während die Zahl der landwirtschaftlich Beschäftigten Frauen von 1895 bis 1907 um 67 Prozent zunommen hat, ist die der männlichen Landarbeiter direkt zurückgegangen. Sie betrug 1907 nur noch 5 284 271 gegen 5 338 538 im Jahre 1895. Das Verhältnis von Frauenarbeit zur Männerarbeit in Landwirtschaft usw. hat sich so verändert, daß im Jahre 1907 auf je 100 beschäftigte Männer 87,03 beschäftigte Frauen kamen. Im Jahre 1895 hatte das Verhältnis erst 100 zu 49,7 betragen. Damals waren noch nicht so viel, jetzt sind fast ebensoviel Frauen wie Männer in Landwirtschaft, Gartenerei und Viehzucht erwerbstätig. Allerdings ist nicht zu übersehen, daß das außerordentlich starke Anwachsen der Zahl der in der Landwirtschaft erwerbstätigen weiblichen Personen zum Teil auch dadurch verursacht ist, daß die Reichsstatistik neuerdings diese Personen weit mehr berücksichtigt als früher der Fall war.

Im Industrie, Bergbau und Baugewerbe, die das wichtigste Arbeitsfeld für Frauen bilden, ist das Verhältnis von Frauenarbeit zur Männerarbeit dasselbe geblieben. Die Männerarbeit ist ganz in demselben Grade gewachsen wie die Frauenarbeit: Im Jahre 1897 waren auf je 100 Männer 22,90 im Jahre 1907 waren 22,99 Frauen erwerbstätig. Die Zunahme des Prozentsatzes ist im Vergleich zu der in der Landwirtschaft minimal.

Handel und Verkehr, einschließlich Gast- und Hotelwirtschaft, weisen ein merkliches Vordringen der Frauenarbeit auf. Es kamen im Jahre 1895 auf je 100 in Handel und Verkehr erwerbstätige Männer 32,95, im Jahre 1907 36,58 erwerbstätige Frauen.

Bei häuslichen Dienstboten und Dienstleistung bringt die männlichen Dienstboten und Dienstleistungen die Zahl der männlichen Erwerbstätigen in der Berichtsperiode ab, die der weiblichen zunommen. Es waren 1907 in dieser Berufsabteilung 320 904 Frauen erwerbstätig.

Verheiratete und ledige Frauen.

Gibt 4 Millionen (3 700 000) von den im Hauptberuf tätigen Frauen waren verheiratet oder verheiratet gewesen. Die Zahl der verheirateten Arbeitnehmer ist absolut und relativ stärker gestiegen als die der ledigen, der vermögen und geistigen. Die Zahl der ledigen Arbeitnehmer ist von 1895 bis 1907 um 1 360 217 gestiegen, aber trotzdem bilden sie nur 50,22 Prozent aller weiblichen Arbeiter, während im 1895 57,68 Prozent ausmachten. 451 500 verwitwete und geschiedene Arbeitnehmer wurden 1907 mehr gezählt als 1895, aber ihr Anteil an der Gesamtzahl der weiblichen Arbeiter sank gleichfalls von 24,98 Prozent auf 20,38 Prozent. Dagegen zeigt die Zahl der verheirateten Arbeitnehmer eine Vermehrung um 1 843 426 in dem gleichen Zeitraum, das ist eine Steigerung von 17,34 auf 29,40 Prozent aller weiblichen Arbeiter, wobei aber wieder berücksichtigt werden muss, was wie oben über die statistische Erfassung der im Landwirtschaft erwerbstätigen Frauen sagten.

Die erwerbstätigen Frauen nach Altersgruppen.

In Deutschland waren in Betrieben mit mindestens 10 Arbeitern und in den diesen gleichgestellten Unternehmungen beschäftigt: Arbeitnehmer über 16 Jahre 1910: 1 239 538, 1911: 1 317 682. Ihre Zahl wuchs in einem Jahr um über 58 000. Nach dem Vierteljahrhundert zur Statistik des Deutschen Reiches verteilt sich diese Zahl auf die Altersstufen folgendermaßen: Arbeitnehmer im Alter von 16 bis 21 Jahren 1910: 489 130, 1911: 513 685; Arbeitnehmer über 21 Jahren 1910: 770 428, 1911: 803 997.

Frauenlöhne.

Der Lohn für Frauenarbeit ist in der Regel, die nur in den seltensten Fällen durchbrochen wird, geringer als der für Männer, selbst dann, wenn die Leistungen die gleichen sind. So teilt Adolf Braun in seiner Schrift „Die Arbeitnehmerinnen und die Gewerkschaften“ u. a. mit, daß noch der Nobilität der Ortskrankensäfte für Bevorzugung und Umlaufung nach dem Stande vom 30. September 1912 in Leipzig von 75 386 nur 924 Arbeitnehmerinnen 4,51 M. und mehr im Tage verdient haben. Wir finden da weiter, daß diese Lohnhöhe die bei den männlichen Arbeitern am häufigsten vorkommende ist. Die bei den Arbeitnehmerinnen am häufigsten festgestellte, und zwar für 16 318, ist die von 1,51 bis 2 M. Während bei den Männern 15 972 4,01 bis 4,50 M. im Tage verdienten, verdienten bei den Frauen 13 591 1,01 M. bis 1,50 M. im Tage.

In Düsseldorf verdienten im Jahre 1911 unter je 1000 Arbeitnehmerinnen 152, im Jahre 1912 90 weniger als 1 M. im Tage; 200 im Jahre 1911, 226 im Jahre 1912 1,01 bis 1,50 M. im Tage und 356 im Jahre 1911 und 297 im Jahre 1912 1,51 bis 2 M. im Tage.

In Karlsruhe verdienten im Jahre 1912 unter je 1000 Arbeitnehmerinnen 470 1,50 bis 2 M. im Tage, 393 1,50 M. und weniger und nur 187 über 2 M. Aber diese niedrigen Löhne sind nicht die schlechtesten Löhne. Das Gros der Heimarbeitnehmerinnen wird noch schlechter bezahlt. In der Zigarettenindustrie gibt es Löhne von 6 bis 7 M. in der Woche.

Die Ursache der geringen Entlohnung der Arbeitnehmerinnen und der allzu langen Arbeitszeit liegt zum großen Teil in der Gleichgültigkeit der Arbeitnehmerinnen gegenüber dem Unternehmer. Solange die Arbeitnehmerin allein dem Unternehmer gegenübersteht, ist in seiner Willkür ausgeliefert. Und nicht nur wirtschaftlich, sondern auch in sozialer Beziehung müssen sich die Arbeitnehmerinnen manches von den Herren Unternehmen und ihren Angestellten gefallen lassen, weil sie weder vom Geist noch von der sonst sehr fröhlichen und „littlichen“ bürgerlichen Gesellschaft geschützt werden. Nur die Organisation ist imstande, die Arbeitnehmerin als Mensch und als Proletarierin zu schützen und ihr ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen.

Erwerbstätigkeit und Gesundheitszustand.

Dass die gewerbliche Beschäftigung, die für viele Frauen eine Verdopplung normaler Arbeitszeit bildet, die Gesundheit der Frauen vermindert, bestätigt die Heilbehandlung durch die Invalidenversicherung. Es liegt eine Statistik für das Jahr 1912 über die von der Invalidenversicherung in Heilbehandlung genommenen Tuberkulosepatronen, zu der alle 41 Versicherungssträger das Material geliefert haben. Obwohl die Zahl erwerbstätiger Männer ungefähr doppelt so hoch ist wie die der Frauen, so stellt sich doch die Zahl der behandelten tuberkulösen Frauen auf 16 773 gegen 32 088 Männer. Und was das bedenklichste ist, befindet sich in Beziehung auf den Nachwuchs: bei den Frauen zeigt sich die Tuberkulose sehr stark in jüngeren Jahren. Die Gruppierung nach Altersgruppen liefert folgendes Bild:

Von je 100 Erkrankten standen im Alter:			
von 16 bis 20 Jahren	7 Männer	14 Frauen	
• 20	25	20	38
• 25	30	22	23
• 30	35	19	13
• 35	40	15	7
• 40	50	14	5
über 50 Jahren	8		

Von je 100 tuberkulösen Frauen standen 52 im Alter bis zu 25 Jahren, von den frischen Wölfen jedoch nur 27. Dieses Ergebnis ist ein neuer Beweis für die Notwendigkeit besseren Arbeiterschutzes.

Frauenkämpfe im Ausland.

Die britische Arbeiterpartei und das Frauenwahlrecht.

Dem 14. Parteitag der britischen Arbeiterpartei, der am 1. Februar 1914 und die folgenden Tage in Glasgow stattfand, lagen zu diesem Thema drei Resolutionen vor. In der ersten wurden die Beschlüsse früherer Parteitage auf neue bestätigt und erklärt, daß die Regierung ihr Versprechen nur einlösen könne, wenn sie eine Vorlage, die allen Frauen und Männern das Stimmrecht gebe, ein-

bringe. Die parlamentarische Fraktion wurde aufgefordert, in der nächsten Sitzung, so früh als möglich, die Frage des Frauenstimmrechts im Parlament aufzuwerfen. Diese Resolution der Arbeitersinnliga fand fast einstimige Annahme. Dadurch wurde der zweite Antrag, der von der Gewerkschaft der Bureauangestellten mit dem Londoner Gewerkschaftsrat stammte, hinfällig. Dieser verlangte vom Parteitag die Verurteilung aller Wahlrechtsvorlagen, die den Frauen das Wahlrecht unter denselben Bedingungen geben würde, unter denen es heute die Männer besitzen, da dadurch die Verbesserung der Förderung allgemeines Wahlrechts für beide Geschlechter in die ferne Zukunft hinausgeschoben werde. Der Kampf entbrannte erst um die folgenden Vorläufe. Die Konferenz erfuhr die Zustimmung, im Parlament gegen die Pluralstimmrechtsvorlage zu stimmen, wenn nicht die Regierung vorher eine Vorlage einbrachte, die den Frauen das Stimmrecht gibt. Die Pluralstimmrechtsvorlage, die den Pluralwähler abschafft, wurde im vorigen Jahre von der Regierung eingeführt, vom Unterhaus angenommen, aber von den Lords verworfen. Es war der Rest, den die Liberalen aus dem Fiasco ihrer allgemeinen Wahlrechtsvorlage retteten; sie wird wahrscheinlich unter dem Schutz des Parlamentsgesetzes im nächsten Jahre gelesen werden. Die Frauenwahlrätinnen und ein Teil der Arbeitersinnliga behaupten nun, daß die Vorlage nur den Liberalen nützen werde und nur dazu bestimmt sei, die Verbesserung des allgemeinen Stimmrechts für beide Geschlechter hinauszuschieben. Von anderer Seite wird gesagt, daß die Abschaffung der Pluralwähler auch der Arbeiterpartei viel nützen und im Gegenteil die Verbesserung der Wahlrechtsforderungen des Proletariats nur fördern werde. Der Antrag wurde mit 1 856 000 gegen 89 000 Stimmen verworfen.

Arbeitnehmerinnen auf dem amerikanischen Frauenstimmrechts-Kongress.

Auf dem Ende 1913 in Washington abgehaltenen, von allen amerikanischen Staaten beobachteten Frauenkongressen waren neben den bürgerlichen Frauen zwei Arbeitnehmerinnen zu Wort, die in vornder Weise ihr sozialistisches Glaubensbekenntnis ablegten und den Standpunkt der proletarischen Frau zur Geltung brachten.

Die Wächerin Margaret Hindley, eine geborene Iceländerin, erklärte die Gründe, mit denen die Senatorin des Staates New York das Frauenstimmrecht verweigert haben. Sie erklärte, die Frau habe ihre Stätte am häuslichen Herde, und gärtet sogar die römische Geschichte, um uns zu beweisen, daß die Kleinode der Frau ihre Kinder sind. Männer und Frauen von Amerika: das Heim der Arbeitnehmerin ist für 16 bis 17 Stunden täglich an einer Maschine, inmitten einer höllischen Hitze. Ist dort ihr Platz? Und ihre Kinder? Wie sieht es um den Frieden des Heims und die Familie, wenn man für 6 Dollar die Woche arbeiten und trotz allem antändigen bleiben soll? Was mündet das Klopfen unserer Städte auf, wenn den Leibern von Tausenden meiner Arbeiterschwestern, die nicht imstande waren, von den 6 Dollar wöchentlich zu leben, die das Geley zuläßt und doch sie den anderen, den leichteren Weg gewählt haben! Der Mann bedient sich seines Wahlrechts, um die Frau niedergeschlagen, und die moderne Kornelia macht künstliche Blumen in einer Höhle, in der die Tuberulose brütet.

Die zweite Rednerin, die schwindsüchtige Rose Winslow, erklärte: Ich bin eine einfache Weberarbeiterin. Wöchentlich habe ich seide Strümpfe für andere gewebt und mußte selbst in durchlässigen Strümpfen gehen. Frauen dieses Landes treten in unsere Kampfszenen in den Seiten des Streites! Schlichte Wohltätigkeitseinrichtungen, löst die Klubs auf, wo man die Frauen lebt, wo von einem ungünstigen Lohnen leben müssen, wo man deren Turnunterricht erhielt, die ein überlangen Arbeitstag davon ausgemergelt hat! Die Arbeitnehmerin dieses Landes ist nur eine ermattete Maschine. Aber sie verhindert Ihre Wohltätigkeit, sie braucht Ihre Knochen nicht. Sie will Gerechtigkeit und das Stimmrecht, um sie selbst mit ihren proletarischen Brüdern zu vereinigen. Geben Sie ihr das Stimmrecht, und sie wird schon selbst ihr Haus in Ordnung bringen können!

Das Frauenwahlrecht im Staat Colorado.

Aus einem Gutachten, das vom Gouverneur, Senatoren, Richtern, Staatsanwälten des Obersten Gerichtshofs, Staatssekretär, Universitätsrektor usw. des nordamerikanischen Staates Colorado erstattet wurde, wird folgendes mitgeteilt:

Wir Bürger des Staates Colorado würden als Vertreter von Wahrheit und Gerechtigkeit Zeugnis über den Wert des allgemeinen Wahlrechts ablegen. Wir glauben, daß die höchsten Güter der Familie, des Staates und der Nation durch die Ausübung des gleichen Wahlrechts gefördert werden. Die drohenden Nebenfolgen sind nicht eingetroffen. Die Erfolge, die man davon erwartete, sind dagegen erreicht worden oder bereiten sich in breitreichender Entwicklung vor. Eine sehr große Zahl der Frauen von Colorado hat ihre Verantwortlichkeit als Bürgerinnen gewissenhaft auf sich genommen. Im Jahre 1894 wurden mehr als die Hälfte der Stimmen für den neuen Gouverneur von Frauen abgegeben. Zwischen 85 und 90 Proz. der Frauen des Staates beteiligten sich damals an der Wahl. Aber die Frauen geben ihre Stimmen nachweislich gewissenhafter ab als die Männer, und das wird ein wichtiger Faktor dazu werden, eine bessere Ordnung des Landes zu schaffen.

Die Interparlamentarische Union betont, daß Colorado die gesündesten, humanistisch, fortschrittlichsten und die wissenschaftlich einwandfreisten Gesetze in Bezug auf die Kinder trifft, die in irgendeinem Gewerbe der Welt gefunden werden könnten.

Die von England entsendete Mission kommt berichtet nach ihrem Besuch in Colorado, daß die dortigen Schulen die besten des Landes seien. Richter Lindeau berichtet, daß die Justiz vor dem Stimmrecht der Frauen die Ausstellung von Mandataten mit anstreben moralischen Charakter verbindet. Der Prozentsatz von Analphabeten war im Jahre 1900 4,2 gegenüber 10,7 in den ganzen Vereinigten Staaten. Der Bericht des Erziehungsministers gibt Colorado als denjenigen Staat an, der die höchsten Summen für Erziehungswesen auswirkt.

Das heutige Blatt umfaßt 21 Seiten.

Sozialdemokratischer Frauen-Tag 1914

Sechs öffentliche Frauen-Versammlungen

Sonntag den 8. März 1914

Nachmittags 2 Uhr: Gasthof Pieschen, Torgauer Strasse;

Volkshaus, Ritzenbergstrasse 2;

Musenhalle, Löbtau, Kesselsdorfer Strasse;

Sächsischer Prinz, Striesen;

Rote Schänke, Döhlen.

Referenten: Frau Wackwitz, Frau Duncker, Frau Röhl, Frau Harder und Hermann Kahmann

Abends 8 Uhr: Gasthof Kronprinz in Hosterwitz. Referentin: Frau Lutze.

Frauen und Mädchen, erscheint massenhaft; zeigt, dass ihr gewillt seid, für eure Rechte einzustehen!

Öffentliche politische Versammlungen.

Einberuferin: Minna Naumann, Amalienstrasse 20.

Wäscht von selbst
ohne Reiben und Bürsten.

Persil
das selbsttätige
Waschmittel

Bleicht und desinfiziert
Garantiert unschädlich

Dresdner Theater

Königliches Opernhaus

Sonntag den 8. März
Lohengrin

Romantische Oper in drei Akten von Rich.
Wagner

Wohlfeilende Leitung: Hans Strohmer

Seine Majestät: Hans Strohmer

Reichsfreiherr von Staatsrat: Adolf Köppen

Die von Staatsrat: Elisa Stumpf

Der König: Hermann Großhause

Der Ritter: Hans Strohmer

Gründer: Hans Strohmer

Die Königin: Anna Stumpf

Die Prinzessin: Sophie Stumpf

Chauvinistischer Krakeel.

Als im vergangenen Jahre Deutschlands unerhörte Kriegsdrohung durchgedrungen wurde, da war es der Regierung der Stelle beiges militärisches Schlagwort; eine starke Sicherung gegen den Krieg, und je mehr Soldaten, desto Ruhe vor Feinden. Es ist kaum ein Jahr seit dem Ende dieser Auseinandersetzung vergangen, und schon ist eines Teils der bürgerlichen Presse eine neue Epoche, und alldemische Herren fallen mit neuen Drohungen auf die deutsche Rüstung mit dem Druck nach. Das war seit Monaten bekannt. Niemand hat bemerkt, daß diese Bewegungen unserer Nachbarn nicht nur aus der deutschen Provokation waren. Seit einigen Tagen steht es in der bürgerlichen Presse, als würde es sich um einen Sieg vor der Tür. Die Kölnische Zeitung hat von ihrem Petersburger Korrespondenten einen Artikel geschrieben, der im Tone des Unglückspropheten verlief: im Herbst 1917 wird Russland mit seinen Rüstungsbestrebungen fertig sein. Da diese Vorbereitungen auch in weiteren Annalen an der russischen Westgrenze deutlich, in Deutschland also bedroht. Allesand russisch-deutsche Koalitionen werden ausgeklammert, nur die Meldung des national-liberalen Korrespondenten zu stützen: der deutsche Handelsvertrag läuft ab und seine Verlängerung ist nicht ohne sozialpolitische Treibereien abzugehen; die russische Exzesse nahmen auf ihrem Kongress in Kiew eine Rüstung an, in der sie fordern, daß bei Abschluß des neuen Handelsvertrags das Abwanderen russischer Arbeiter noch Russland erlaubt werden müsse; Chauvinisten, die das noch hören, versichern, daß der russische Annahme des Schlagwortes durch das revolutionäre Frontreich in keiner Weise — und so sagt eine Schwarzmeldung die andere, welche ist, daß Russland durch die Zurückhaltung von vier Millionen Menschen die Friedensstärke auf 1.400.000 Mann steigen, und daß die Truppen an der Westgrenze zur Mobilisierung bereit werden. Aber erstens sind einmal Proberhebungen an Landesgrenzen ein böser Sport, von dem die Welt nicht erst seit heute und zweitens ist nicht einzusehen, warum die russischen Rüstungen eine Bedrohung Deutschlands sein, wenn von den deutschen Rüstungen erlaubt wurde, sie keine Bedrohung der Welt bedeuten. So kommt denn das Panikspiel der militärischen Presse Deutschlands auf das hinzu, was so oft getrieben wurde: Russischer Rummel, bei dem die meisten der Rummen nicht recht wissen, was mit der Kreuzelerei herauszufinden soll.

Für die Konföderation des ganzen Reichs charakteristisch ist, daß die Kölnische Zeitung ebenso wie die Österreichische Militärzeitung Abwehrungsartikel bringen, wenn versichert wird: so war es ja gar nicht gemeint, da in der Blütezeit des Imperialismus auch das sozial-chauvinistische Geschehen sofort ein ernstes Ende weitestgehend durch den Blätterwald drohte, so sind natürlich jetzt wieder alle Höllebunde der Rüstungsdebatte losgefallen. Wie sich von selbst versteht, bläßt die Presse zu neuen Erwartungen und der Generalmajor Reim ruft in den Versammlungen des deutschen Wehrvereins die Trommel für eine zweite Politik.

Es ist selbstverständlich, daß dieses Geschehen auch über östlichen Grenzen hinüberklingt und da ein entsprechendes Gefühl in der russischen Presse wachruft. Die echtrussischen Männer bejubeln den Alarmartikel der Kölnischen Zeitung als eine bedeutende Arbeit der Regierung, um den Reichstag zu Bewilligung neuer Rüstungsgelder zu nötigen. So wäre mit dem Gehege wieder lustig im Gange.

Die Sozialdemokraten sind die letzten, die etwa für eine Freundschaft mit dem Kaiserreich schwärmen. Die erneuernden Büttenreden der österreichischen Presse für Österreich-Schergen haben bei uns noch immer die entsprechende Widerwirkung gefunden. Die zaristische Politik ist so infam, da es in Russland selbst und so gefährlich wie die Weltmachtswillkür der übrigen Großmächte. Aber gegen eine rechte Riesennacht wie Russland idyll kein Wehr, sondern gegen solche Gefahren ist nur ein Staat gewachsen: Polenswillig, wie sie die Sozialdemokratie fordert, kann im übrigen Russland jetzt mit Gewissheitungen und Rüstungen beweisen, daß es auf der Hut ist, so mag sich Polen-Hollweg an der Kasse aufstellen, denn er ist's gewesen, der in einem der unfreilichen Augenblitze seines Kanzlers einen der legitimen Militärvorlage mit dem angedachten Gegenseitig zwischen Germanium und Slovaniun und mit dem Beifall auf die Möglichkeit eines germanisch-slawischen Zusammenschlusses begründete. Er soll sich nicht wundern, daß es das Volk so heranschafft, wie er hineingerufen hat.

Das Volk aber muß sich dagegen verwarfen, mit neuen Erwartungen für die Täuschung und provokatorische Gefahrlosigkeit der deutschen Militärbereitschaft bestraft zu werden. Die kontinuierliche Verteidigung ist die Arbeit der Sozialdemokratie, nicht in der Größe der Sozialdemokratie.

Rückt darum die rote Woche, Arbeiter! Es ist die kräftigste Antwort auf den chauvinistischen Krakeel.

Das Postscheckgesetz.

Herr Kraetzel wurde am Freitag endlich aus seiner Zeit. Die Spezialdiskussion des Poststabs nahm nur noch kurze Zeit in Anspruch, so daß das Postscheckgesetz in zweiter Lesung und der Entwurf der Reichsversammlung verstanden werden konnten.

Die Beratung des Postscheckgesetzes bot das interessanteste Spiel, daß allein die sozialdemokratische Fraktion in den Kommissionsbeschlüssen gerade im wichtigsten Punkt fehlte, während alle anderen Parteien dem Reichsversammlung blindlings folgten, ihre eigenen Beschlüsse auszuhören und einen gemeinsamen Antrag einbrachten, wie Herr Kraetzel genehm war. Genoss Böttger erklärte, wie und besonderem Nachdruck darauf hin, und zeigte in aller Silarkeit, daß es sich hier um die entscheidende Frage handelt, ob das Postscheckgesetz möglichst großen Freiheiten des Volkes zu eröffnen, während es heute eine viel zu geringe Aus-

dehnung habe. Der Medien der bürgerlichen Fraktionen, Herr Norden, der national-liberalen Herr Roland-Lüke, der Fortschrittskrieger Schwabach und der konservative Kommissar nahmen ihr gemeinsames Adoptivkind so gut es ging in Schutz.

Bei der Abstimmung liegte der Kompromiß-Entwurf der Reichsversammlung sieben Ausgaben für die dem zentralen Mittelstand und dem großindustriellen Nationalliberalen Dr. Böttger die Furcht einjogen, der Privatindustrie könnte Konkurrenz gemacht werden. Richard Fischer bewies an der Hand, daß die Notwendigkeit der geforderten Neubauten, worin ihm der Fortschrittskrieger viel ausdrücklich zustimmte. Mit großer Energie trat Richard Fischer für die Förderung der Lohnarbeiter ein, die in der Deindustrie beschäftigt sind, namentlich für Anerkennung der Tarifverträge.

Bei den kleinen Anträgen, die die Sitzung eingeleitet hatten, betraf Herr Donnersmarck die Schädlichkeit des Sal-

vorsatzes. Zeichnend für die soziale Böswilligkeit der Reichsregierung war die Beantwortung einer andern Anfrage. Genossen Luarck und Schumann hatten sich nach der reichsgerichtlichen Regelung der Arbeitsverhältnisse der Straßenbahner erkundigt. Die Regierungshandlung bestätigte, daß man den Arbeiterschutz für die 40.000 deutschen Trambahner nach wie vor den einzelaufnahmen Regierungen überläßt, die im wesentlichen nichts tun. Den Vorschlag daraus, ob dieser Zustand endlich zugunsten eines wirklichen Schutzes durch Reichsgebeten befehligt werden soll, und daraufzieht in der Hauptfrage die Anfrage, blieb die Regierung aber völlig schuldig. Heute beginnt die Beratung des Kolonialrats.

Deutsches Reich.

Der strenge Arrest.

Am Organ des prägelbegeisterten Herrn Dertel, der Deutschen Tagesszeitung, wird ein Votum auf die beim Militär übliche grausame Strafe des strengen Arrests gefangen. In einer Polemik gegen die Frankfurter Zeitung wird bestritten, daß der strenge Arrest sowohl der mildere Mittelarrest für die Schandheit schädlich sei, und diese Strafarten werden als unentbehrlich für das Heer hingestellt. Es heißt in der Deutschen Tagesszeitung darüber u. a.:

Die Behauptung von der Schädlichkeit der französischen Strafarten für die Soldatschandheit schließlich ist nicht nur übertrieben, sondern kommt mir so weniger in Betracht, als es sich ja einmal durchweg um gewisse, junge und träge Leute handelt, ferner aber die Folgerungen folgen solche Strafen durch den auf ihre Verdächtigung geführten Dienst stets in kürzester Zeit wieder abgeglichen werden.

Ginge es nach Dertel und seinen Leuten, so würde unter ganzem Strafumfang sehr gründlich verprüft werden. Nach ihrer Ansicht wird ja heute mit Schiedsverlebtern viel zuviel umgangen. Wenn da Kirmesverbrauch Leute kommen, die ein so kostbares Stück sozialer Arbeit ausüben, das gleichwohlweise aus dem finstern Mittelalter hinübergerettet worden ist, wie den strengen Arrest auch noch befreit wollen, dann müssen natürlich die Dertel-Leute zornverbrennt herbeispringen, um diesen freveln Angriß gegen ein so heiliges Gut abzutun.

Warum empfiehlt übrigens das agrarische Organ nicht die Anwendung des geübten strengen Arrests gegen Soldatenkinder aus Offiziers- und Unteroffiziersfamilien, die ja heute mit so milden Strafen davongekommen? Wenn wirklich der strenge Arrest ein so vorzügliches Disziplinarmittel ist, würde er doch sicher auch da keine Wunder tun, und die schrecklichen Militärmishandlungen würden verschwinden. Oder sollte der Deutschen Tagesszeitung daran nicht allzuviel gelegen sein?

Herr Böttger und die galizischen Juden.

Die Affäre des national-liberalen Herrn Böttger, der in einer Versammlung in Rostock von den Handball-galizischen Jüden gehörten haben soll, die die Fortschrittliche Volkspartei führen, läuft an recht formidabel zu werden. Während sich Böttger mit Händen und Füßen sträubt, daß ihm eine derartige Auflösung angeschrieben wird, teilt ein Herrscher u. Seld. der Berliner Tageblatt mit, daß die Auflösung des Herrn Böttger folgendermaßen gelautet habe:

Hierbei mag man bedenken, daß das jährende Blatt der Demokratie und des deutschen Liberalismus das Berliner Tageblatt ist. Das heißt auf gut Deutsch nichts anderes, als der deutsche Liberalismus läuft sich lediglich von einer Handball-galizischen Jüden.

Das Berliner Tageblatt will nun vor Gericht seine Meinheit von galizischen Jüden beweisen und läßt glaubt an, daß es gegen Herrn Böttger liegen werde. Die Fortschrittlichen Abgeordneten haben im Reichstag gegen Herrn Böttger demonstriert, indem sie den Saal verließen, als der Herr am Freitag beim Kapitol Reichsdruckerei das Wort nahm. Man sieht, die Handball-galizischen Jüden wird für Herrn Böttger doch recht ungemein. Lebhaft erscheint uns die Aktion der beleidigten Fortschrittkräfte recht lächerlich. Es würde ihnen vielleicht nichts schaden, wenn sie den Herrn Böttger mit seinen galizischen Jüden richtig knuts liegen ließen.

Neue Ausnahmegesetze.

Die Süddeutsche Conservativen Korrespondenz hält ihre Behauptung, daß die Regierung zwei Gebrauchsartikel einbringen wolle, die sich gegen deutscheinliche Männer und Vereine richten, aufrecht und sie bleibt auch dabei, daß die Regierung eventuell den Reichstag auflösen würde, wenn sie im Reichstag mit ihren Vorlagen kein Glück hätte. Die Korrespondenz schreibt:

Dem Meidner Regierung davon überzeugt ist, daß das Interesse des Reiches und die einzige und sinnreiche Weiterentwicklung im Reichslande solche gelegte Maßnahmen dringend erfordert, so wird sie keine rücksichtliche Überlegung davon ablehnen, an das deutsche Volk zu appellieren, das bis jetzt in nationalistischer Hinsicht, wenn die Reihe an den Mann ging, gottlob noch nie verzögert.

Zelbst die Kreuzzeitung gibt die neueste Auskunft der Süddeutschen Conservativen Korrespondenz mit einer Bemerkung wieder, aus der hervorgeht, daß sie den Meldungen der Korrespondenz gelinde Zweifel entgegenbringt. Die Regierung wird es sich wahrscheinlich auch sehr überlegen, ob sie die Reichsboten auseinanderjagt. Die Sache könnte unangenehmer ausgehen, als sie lieb ist.

Polizeimahnahmen gegen die rote Woche.

Zagow bemüht sich, mit als Erster der Anweisung der Regierung nachzukommen, die verlangt, daß die zur Agitation für die rote Woche veröffenlichten Plakate auf irgendeine Weise unterdrückt werden. In Berlin wurden am Freitag die Plakate verstanden, die zum Besuch der am Sonntag stattfindenden politischen Frauenversammlungen aufgerufen, und zwar unter dem schändlichen Vorwurfe, daß als Tagesordnung angegeben war: Heraus mit dem Frauenwahlrecht!

Der Einbrecher, Genosse Eugen Ernst, hat sich sofort beschwerdefüllig an den preußischen Minister des Innern gewandt und erucht, daß das Verbot des Polizeipräsidenten sofort aufgehoben wird, da es ungerecht ist.

Die Regierungsmaßnahmen gegen die rote Woche hat die Sanctionierung der Scharfmacherblätter erhalten. Die Kreuzzeitung bemüht zu dem Verlangen der Regierung, die Plakate zu konfiszieren und die Ausländer zu bestrafen: „Jedenfalls würde das Vornehen der Regierung, das sich auf § 9 des preußischen Prezessgesetzes vom 12. Mai 1851 gründet, in allen staatsberuhigenden Streifen mit Gemüttung und Dank begleitet werden.“

Im Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie nicht zu fehlen. Er hat ein Gegenklugblatt „Die rote Woche“ herausgegeben, in dem die Sozialdemokratie nach bekannter Manier heruntergerissen wird.

Es ist gut, daß die Gegner mit holen, die große Masse des Volkes aufzurütteln.

Auf Kosten der Steuerzahler.

Der Kronprinz hat die Absicht, in der nächsten Zeit eine Reise nach den deutschen Kolonien in Afrika zu unternehmen, um dort der Jagd nachzugehen und bei dieser Gelegenheit auch Land und Leute zu betrachten. Die national-liberalen Reichstagsfraktion wird nun im Reichstag den Antrag einbringen, aus Reichsmitteln 200.000 M. für diese Reise zu bewilligen. Der Reichstag wird hoffentlich dem national-liberalen Antrag die Zustimmung verleihen, denn es liegt nicht der mindeste Grund vor, die Kosten einer Reise des Kronprinzen aus den Mitteln des Steuerzahlers zu bestreiten. Der Kronprinz wird für diese Reise ein Kriegsdiplom benötigen, so daß er einen Teil der Reise ohnehin aus Reichskosten macht, und es ist begehrlich für die Liedenreiter der Nationalliberalen, daß sie dem Kronprinzen sogar auch den anderen Teil der Kriegskosten abnehmen und ihn den Steuerzahler aufzuladen wollen.

Der beleidigte Kronprinz.

Vor dem Berliner Strafammer, die am Donnerstag den Schriftsteller Hans Reinh wegen angeblicher Beleidigung des Kronprinzen zu sechs Monaten Gefängnis verurteilte, hat sich am Samstag Genosse Werner als verantwortlicher Redakteur des Vortwärts zu verantworten. Unter Anklage gestellt ist eine im Vortwärts veröffentlichte Satire, die sich mit der Person des Kronprinzen befiehlt. Auch gegen den Herausgeber des Freien Wegs wird demnächst wegen Beleidigung des Kronprinzen verhandelt.

Hans Reinh hat gegen seine Verurteilung die Revision beim Reichsgericht anmelden lassen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Eine Reiting-Interpellation.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhaus haben die Abgeordneten Kiefer, Schlegel und Seigner im Namen des Deutschen Sozialdemokratischen Klubs folgende Interpellation an den Minister des Innern eingebrochen:

Die ganze Öffentlichkeit steht unter dem Einbruch des zufriedenen Wördes, den ein schelmisch vorbehaltener Gewohnheitsverbrecher an dem Buchdruckergesellen Solinger in Teufen begangen hat. Wir geben zu, daß Sie, Herr Minister, und Ihre Organe keine Schuld tragen an dem widerwärtigen, das Reichsministerien jedes christlichen Mannes verbündeten Urteil, das die Geiselnötigen von Zeitmeier über diese Mordtat gefällt haben. Wir geben zu, daß der Staatsanwalt in der Verhandlung vor dem Reimeritzer Schwurgericht seine Pflicht erfüllt hat und daß die Behörden nicht verantwortlich dafür sind, wenn nämlich Christje, eiderliche einfache Männer auch auf der Mordbank noch in einem schändlichen Opfer nur ihren Klassengegen, in dem zufolgen Mörder nur den willkommenen Aufschwung der Arbeiterklasse sehen. Aber so wenig sind die Behörden verantwortlich geworden werden können für die Unsitzen der Reimeritzer Geschworenen, um so schwerer trifft sie die Verantwortung für die Vorgeschichte des Wördes selbst.

Wir fragen Sie daher, Herr Minister: Wollen Sie den Brüder Polizeidirektor zur Verantwortung dafür stellen, daß er dem Abgeordneten Kiefer, Schlegel und Seigner im Namen des Deutschen Sozialdemokratischen Klubs folgende Interpellation an den Minister des Innern eingebrochen:

Wollen Sie die Männer unterliegenden Polizeien nachdrücklich ermahnen, daß es nicht ihre Aufgabe ist, jenes erbärmliche Gefüdel, das sich die Unternachmutter in Kampf gegen die Arbeiterklasse bedienen, mit Waffen gegen die Arbeiter auszurütteln?

Schweden.

Gut auf erzogener Königin.

Der schwedische Reichstag wurde am Donnerstag mit folgender Erklärung des Königs aufgefordert:

Nach meiner Aufsicht soll das Volk Gelegenheit haben, durch die Neuwahlen zur zweiten Kammer seine Ansicht über die Lebensbedingungen zu erneutzen. Von der Lösung der Lebensbedingungen des Landes hängt die Möglichkeit ab, Freizeit und Unabhängigkeit zu bewahren und unsere Neutralität zu erhalten. Ich binne also der Verteilung des Finanzministers zu. Ich möchte bei dieser Gelegenheit erklären, daß jeder Mensch über jedes Werkneben noch einer persönlichen Königin hat, mit fremd war, in und bleibt wird. Nach dem Schluß der Versammlung: „Wir Gott für das Vaterland!“ stehen wohl längst nicht mehr alle. Von meinen Freunden Entschluß, dies auch in Zukunft zu tun, werde ich niemals abscheinen.

Amerika.

Rücklage der mexikanischen Rebellen.

Mexico, 6. März. Die Rebellen wurden nach einem heftigen Kampf in der Nähe von Torreón von den Regierungstruppen in die Flucht geschlagen. Sie liegen 400 Tote auf dem Schlachtfeld zurück.

Sächsische Angelegenheiten.

Fortschrittlche Arbeitspolitik.

Bei der Verhandlung über die Gewerbeaufsicht in der zweiten Sitzung des Landtages haben die Fortschritter ihr arbeiterfreundliches Herz offenbart. Wie wichtig eine ausreichende Revision der Fabriken für Leben und Gesundheit der Arbeiter ist, haben wir schon oft dargelegt, daß es auch von freisinniger Seite mehrfach fordert worden. Besonders die Dixie-Dunkerischen Gewerbevereine, die doch mit den Freisinnigen eng verbunden sind, haben gelegentlich die große Bedeutung der Arbeitsschutz für die Arbeiter gewürdigt und ihren Ausbau gefordert. Auch den fortschrittlichen Männer im Landtage konnte es nicht zwecklos sein, daß ohne eine ausreichende Gewerbeaufsicht aller geschützter Arbeitsschutz lediglich auf dem Papier bleiben muß, den mörderischen Unfallgefahren nicht gesteuert und den gesundheitswidrigen Einflüssen schlechter Fabrikluft nicht entgegengewirkt werden kann. Und doch haben sie bei der Beratung dieses wichtigen Kapitels im Landtage gegen den Ausbau der Gewerbeaufsicht gestimmt und die zwei neuen Abgeordneten, die ein Antrag der Deputation forderten, wie abgedreht.

Die Herren, allen voran Herr Redner Günther, betrachteten die Gewerbeaufsicht, schlimmer noch wie die konserватiven Redner, auf die denkbare einleitende Weise nur vom Unternehmerstandpunkt aus. Der stimmungswirksame Oranier aus Plauen brachte es sogar fertig, die Gewerbeaufsichtsbeamten mit Polizisten auf einer Stufe zu stellen und im Zusammenhang damit darüber zu reden, daß die Unternehmer schon viel zu viel unter Polizeiaufwand gestellt seien. Und zu solchen Kapriolen versteig sich der fortwährende Schreiterkund, obwohl er hätte wissen müssen, daß gerade in einem Beispiele, das direkt an seinem Wahlkreis gzenzt, kaum ein Drittel der Betriebe im vorigen Jahre revidiert worden sind und es in einem anderen District nicht besser ist. Wenn das Herr Günther aber noch nicht gewußt haben sollte, so ist es ihm von sozialdemokratischer Seite eindeutig dargelegt worden. Mindestens müssen Jonah die Fortschritter dann, als es zur Abstimmung kommt, wissen, wie knapp es in einigen Bezirken mit der Begleitung der Gewerbeinspektion bestellt ist und wie dringend nötig mindestens dort die Ergänzung des Beamtenstandes ist. Und dennoch stimmen die Fortschritter mit der übrigen Unternehmer-Koalition gegen die Bewilligung der beiden neuen Aufsichtsbeamten und machen so die so nötige Ergänzung unmöglich. Was sagen zu dieser freisinnigen Unternehmerpolitik die Fabrikanten, die seitdem noch zu den Fortschritten hielten, besonders auch die Dixie-Dunkerischen Gewerbevereine, in deren Reihen oft darauf hingewiesen worden ist, wie dringend nötig der weitere Ausbau der Gewerbeaufsicht ist, wenn der Arbeitsschutz keinen Zufluss erhalten soll?

Doch hat Herr Günther dieses geradezu arbeiterfeindliche Geheimein geblieben noch übertrifft durch sein Verhalten gegen die Bürgelinde in den Kreisberichten. Als Genosse Ritsche darauf hinwies, daß dort die Gefallen unmenschlich lange arbeiten müßten und tägliche Arbeitszeiten von 16, 17 und selbige 18 Stunden häufig seien, da rief Günther dazwischen: „So lange müssen wir doch auch arbeiten.“ Durch diesen Zwischenruf wollte er offenbar ausspielen, daß er gegen diese übermenschlich langen Arbeitszeiten gar nichts einzubringen habe, sondern sie billige. So folgt antisozialer Verhalten haben sich leicht Konserbativ und Nationalliberale nicht verschließen. Der Plauener Kreisredakteur fand hier gegen eine Ausbeutungs- dauer nicht einzutreten, gegen die sich jedoch die Regierung in einer Verordnung gewandt hat und gegen die sie Maßnahmen in Aussicht stellte. Die Überzeugung, jeder sozialpolitischen Einsicht durch Interessenpolitik, wie sie dabei Herr Günther zum Ausdruck brachte, ist kaum noch zu überstreichen. Es scheint bald, als käme es den Freisinnigen jetzt vor allem darauf an, zu beweisen, daß sie würdigste Bundesgenossen der nationalliberalen Unternehmerpartei sind. Duh sie in dem dabei entstehenden Eifer noch ihre Vorfahrtsgenossen überblieben, haben die erörterten Vorgänge im Landtage gezeigt, daß das sich auch bei anderer Gelegenheit, z. B. bei der Abstimmung über das Wettbewerbssteuergebot in der Gesetzgebungsdeputation offenbart.

Wie haben kluglich von einem politischen Bildungsbüroprojekt bei den Freisinnigen gesprochen und dafür ihr Verhalten bei der jüngsten Landtagsversammlung angefeindet. Was sich aber vorgefunden im Landtage abspielte, das steht schon mehr als ein Zusammenbruch der fortschrittlichen Sozialpolitik aus. Die Nationalliberalen können an diesem Sonntagsabend ihre Freude haben, die Unternehmer jeder Richtung können sie als Helfer begrüßen. Gleichzeitig streut sich darüber Herr Günther im Zillen. Die Wähler aber aus den breiten Schichten des Volkes, die jetzt noch mit den Fortschritten aligem, haben jedoch alle Veranlassung, sich die neuesten Taten der Freisinnigen im Landtage etwas näher anzusehen.

Die Erwerbstätigkeit der Frau in Sachsen.

Die wachsende Beteiligung der Frau am Erwerbsleben, momentan im Königreich Sachsen mit seiner hochentwickelten Industrie, kommt deutlich in der Statistik der Krankenversicherung zum Ausdruck. Schon das leidende Krankenversicherungsgesetz verzögerte ohne Rücksicht auf das Geschlecht alle gegen Gehalt oder Lohn in Gewerbebetrieben beschäftigten Personen zur Krankenversicherung. Im Königreich Sachsen sind von Anfang an auch durch Landesgesetz die in der Landwirtschaft beschäftigten Personen mit einbezogen. Die Mitgliederbestände alter sächsischer Krankenkassen zeigten folgende Bewegung:

Jahr	Mitglieder	auf 1000 Versicherte
	überhaupt männliche weibliche zusammen weibliche	
1889	847 138	603 510 243 628 29,0
1895	962 308	662 205 300 043 31,2
1905	1328 490	885 472 443 014 33,3
1912	1621 836	1013 241 608 005 37,5

Während sich in diesen 23 Jahren die Zahl der männlichen Mitglieder etwa auf das Fünftelalte gehoben hat, vermehrten sich die weiblichen Mitglieder annähernd auf das Dreifache.

Im Jahre 1912 waren in Sachsen von 1000 Einwohnern 332 gegen Krankheit versichert. Auf 1000 männliche Einwohner kamen 429 männliche Versicherte und auf 1000 weibliche Einwohner kamen 241 weibliche Versicherte. Auf 100 männliche Versicherte kamen 60 weibliche Versicherte. Im Jahre 1906 waren das nur 50. Mit der Ziffer von 60 im Jahre 1912 wird Sachsen nur von Berlin übertrifft, das die Ziffer von 60 aufweist. Alle anderen Gebiete liegen unter der Ziffer; im Schaumburg-Lippe kommen auf 100 männliche Mitglieder sogar nur 11,2 weibliche. Durch die Einführung der Reichsversicherungsordnung ist die Zahl der weiblichen Versicherten noch mehr gewachsen.

Ein Parteiveteran gestorben.

In Bautzen ist, wie schon kurz gemeldet, in der Nacht zum Freitag der den meisten Genossen Ostjachens als prächtiger

Mensch und wackerer Kämpfer bekannte Genosse Gustav Sirius im Alter von 71 Jahren gestorben. Ein Leben voll Kampf und opferwilliger Arbeit liegt hinter ihm. Obwohl er während seines ganzen Daseins schwer um seine Existenz ringen mußte, hat er bis in die letzten Wochen mit in den vorderen Reihen des kämpfenden Proletariats gestanden. Besonders belangt zeigt sich um die Fortbildung der Genossen und die geistige Regelmäßigkeit der Partei. In dieser Einsicht hat er manche Anstrengung gegeben und belohnt in der Laufzeit vielfach betrachtlich gewirkt. Aber auch bei der Organisationsarbeit hat er seinen Mann geketzt. Seit der Gründung der Zittauer Volkszeitung war Sirius Vorstehender der Pressekommission und hat als solcher auch häufig an den Sitzungen der Dresdner Zeitungskommission genommen. Vor kurzem erst weilt er noch bei solcher Gelegenheit in unserer Mitte.

Der verstorbene Genosse gehörte noch zu den Wenigen, die an der Wiege der Partei gestanden, die dabei waren, als der erste Sammelauftakt wurde. Und bald hat er dabei mitgewirkt. In den drei Jahren trat er in Hamburg dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein bei. Er war Bassalleiner. Als er nach Bautzen kam, fand er hier noch unbedienten Boden vor. Raum die ältesten Anfänge einer Arbeiterbewegung waren zu finden. Sirius machte sich hier als Politisiertes selbstständig. Die Voraussetzung eines kleinen Gewerbetreibenden hat er voll ausfüllen müssen. Dennoch war er von Anfang an bereit, in der Laufzeit unsere Ideen zu verbreiten und dem Sozialismus eine dauernde Stütze zu bereiten. Er fand bald Mitarbeiter. Wenn heute in der Laufzeit die Massen zur Sozialdemokratie steigen, wenn unsere Organisationen eine achtunggebietende Stärke erreicht haben, ist das zum guten Teil auch mit das Werk von Gustav Sirius. Durch seine opferwillige Tätigkeit, durch sein menschenfreundliches Handeln und seine Verdienste um die Entwicklung der Partei hat er sich bei den sächsischen Parteigenossen ein ehrendes Andenken gesichert.

Die Wahlbarkeit der Gemeindebeamten.

In einer Petition des Landesverbandes der Gewerkschaften an den Landtag wird verlangt, daß die §§ 45 der Revidierten Städteordnung und 37 der Landgemeindeordnung dahin geändert werden, daß in Zukunft auch Gemeindebeamte zu Gemeinderäten gewählt werden können. Tagu hat die Regierung in der Deputation eine Erklärung abgegeben, worin es heißt:

Die Staatsregierung hält die Bedenken, die nach ihrer Ansicht gegen die Verleihung des passiven Wahlrechts an Gemeindebeamten sprechen, auch jetzt noch für unüberwindlich, sowohl die Landgemeinden und die mittleren und kleineren Städte in Frage kommen. Denjenigen Verhältnissen dieser Gemeinden ist es unausbleiblich, daß die Vereinigung der Eigentümern eines Gemeindebeamten und Gemeindebeamtkandidates in einer Periode zu Interessen- und Wichtigtumslösungen führt. Die Regierung ist daher nicht in der Lage, insoweit zu einer Änderung der bestehenden Rechtslage die Hand zu thun. Desgegen ist die Regierung auf Grund nochmaliger Erfüllung der Soziallage geneigt, in eine Erledigung der Frage einzutreten, ob die Änderung des § 45 der revidierten Städteordnung, soweit er die Beamtenten der revidierten Städte betrifft, mit Rücksicht auf die größeren und entwicklungsfähigeren Verhältnisse dieser Gemeinden angängig und anzeiglich erscheint. Da dieser veränderten Stellungnahme steht die Regierung vor allem durch die neuen Ergebnisse der Reichstagswahl einverstanden werden können. Das neue Wahlrecht ist die Ausdehnung der Sozialordnung, in eine Erledigung der Frage einzutreten, ob die Änderung des § 45 der revidierten Städteordnung, soweit er die Beamtenten der revidierten Städte betrifft, mit Rücksicht auf die größeren und entwicklungsfähigeren Verhältnisse dieser Gemeinden angängig und anzeiglich erscheint. Da dieser veränderten Stellungnahme steht die Regierung vor allem durch die neuen Ergebnisse der Reichstagswahl einverstanden werden können. Das neue Wahlrecht ist die Ausdehnung der Sozialordnung, in eine Erledigung der Frage einzutreten, ob die Änderung des § 45 der revidierten Städteordnung, soweit er die Beamtenten der revidierten Städte betrifft, mit Rücksicht auf die größeren und entwicklungsfähigeren Verhältnisse dieser Gemeinden angängig und anzeiglich erscheint. Da dieser veränderten Stellungnahme steht die Regierung vor allem durch die neuen Ergebnisse der Reichstagswahl einverstanden werden können. Das neue Wahlrecht ist die Ausdehnung der Sozialordnung, in eine Erledigung der Frage einzutreten, ob die Änderung des § 45 der revidierten Städteordnung, soweit er die Beamtenten der revidierten Städte betrifft, mit Rücksicht auf die größeren und entwicklungsfähigeren Verhältnisse dieser Gemeinden angängig und anzeiglich erscheint. Da dieser veränderten Stellungnahme steht die Regierung vor allem durch die neuen Ergebnisse der Reichstagswahl einverstanden werden können. Das neue Wahlrecht ist die Ausdehnung der Sozialordnung, in eine Erledigung der Frage einzutreten, ob die Änderung des § 45 der revidierten Städteordnung, soweit er die Beamtenten der revidierten Städte betrifft, mit Rücksicht auf die größeren und entwicklungsfähigeren Verhältnisse dieser Gemeinden angängig und anzeiglich erscheint. Da dieser veränderten Stellungnahme steht die Regierung vor allem durch die neuen Ergebnisse der Reichstagswahl einverstanden werden können. Das neue Wahlrecht ist die Ausdehnung der Sozialordnung, in eine Erledigung der Frage einzutreten, ob die Änderung des § 45 der revidierten Städteordnung, soweit er die Beamtenten der revidierten Städte betrifft, mit Rücksicht auf die größeren und entwicklungsfähigeren Verhältnisse dieser Gemeinden angängig und anzeiglich erscheint. Da dieser veränderten Stellungnahme steht die Regierung vor allem durch die neuen Ergebnisse der Reichstagswahl einverstanden werden können. Das neue Wahlrecht ist die Ausdehnung der Sozialordnung, in eine Erledigung der Frage einzutreten, ob die Änderung des § 45 der revidierten Städteordnung, soweit er die Beamtenten der revidierten Städte betrifft, mit Rücksicht auf die größeren und entwicklungsfähigeren Verhältnisse dieser Gemeinden angängig und anzeiglich erscheint. Da dieser veränderten Stellungnahme steht die Regierung vor allem durch die neuen Ergebnisse der Reichstagswahl einverstanden werden können. Das neue Wahlrecht ist die Ausdehnung der Sozialordnung, in eine Erledigung der Frage einzutreten, ob die Änderung des § 45 der revidierten Städteordnung, soweit er die Beamtenten der revidierten Städte betrifft, mit Rücksicht auf die größeren und entwicklungsfähigeren Verhältnisse dieser Gemeinden angängig und anzeiglich erscheint. Da dieser veränderten Stellungnahme steht die Regierung vor allem durch die neuen Ergebnisse der Reichstagswahl einverstanden werden können. Das neue Wahlrecht ist die Ausdehnung der Sozialordnung, in eine Erledigung der Frage einzutreten, ob die Änderung des § 45 der revidierten Städteordnung, soweit er die Beamtenten der revidierten Städte betrifft, mit Rücksicht auf die größeren und entwicklungsfähigeren Verhältnisse dieser Gemeinden angängig und anzeiglich erscheint. Da dieser veränderten Stellungnahme steht die Regierung vor allem durch die neuen Ergebnisse der Reichstagswahl einverstanden werden können. Das neue Wahlrecht ist die Ausdehnung der Sozialordnung, in eine Erledigung der Frage einzutreten, ob die Änderung des § 45 der revidierten Städteordnung, soweit er die Beamtenten der revidierten Städte betrifft, mit Rücksicht auf die größeren und entwicklungsfähigeren Verhältnisse dieser Gemeinden angängig und anzeiglich erscheint. Da dieser veränderten Stellungnahme steht die Regierung vor allem durch die neuen Ergebnisse der Reichstagswahl einverstanden werden können. Das neue Wahlrecht ist die Ausdehnung der Sozialordnung, in eine Erledigung der Frage einzutreten, ob die Änderung des § 45 der revidierten Städteordnung, soweit er die Beamtenten der revidierten Städte betrifft, mit Rücksicht auf die größeren und entwicklungsfähigeren Verhältnisse dieser Gemeinden angängig und anzeiglich erscheint. Da dieser veränderten Stellungnahme steht die Regierung vor allem durch die neuen Ergebnisse der Reichstagswahl einverstanden werden können. Das neue Wahlrecht ist die Ausdehnung der Sozialordnung, in eine Erledigung der Frage einzutreten, ob die Änderung des § 45 der revidierten Städteordnung, soweit er die Beamtenten der revidierten Städte betrifft, mit Rücksicht auf die größeren und entwicklungsfähigeren Verhältnisse dieser Gemeinden angängig und anzeiglich erscheint. Da dieser veränderten Stellungnahme steht die Regierung vor allem durch die neuen Ergebnisse der Reichstagswahl einverstanden werden können. Das neue Wahlrecht ist die Ausdehnung der Sozialordnung, in eine Erledigung der Frage einzutreten, ob die Änderung des § 45 der revidierten Städteordnung, soweit er die Beamtenten der revidierten Städte betrifft, mit Rücksicht auf die größeren und entwicklungsfähigeren Verhältnisse dieser Gemeinden angängig und anzeiglich erscheint. Da dieser veränderten Stellungnahme steht die Regierung vor allem durch die neuen Ergebnisse der Reichstagswahl einverstanden werden können. Das neue Wahlrecht ist die Ausdehnung der Sozialordnung, in eine Erledigung der Frage einzutreten, ob die Änderung des § 45 der revidierten Städteordnung, soweit er die Beamtenten der revidierten Städte betrifft, mit Rücksicht auf die größeren und entwicklungsfähigeren Verhältnisse dieser Gemeinden angängig und anzeiglich erscheint. Da dieser veränderten Stellungnahme steht die Regierung vor allem durch die neuen Ergebnisse der Reichstagswahl einverstanden werden können. Das neue Wahlrecht ist die Ausdehnung der Sozialordnung, in eine Erledigung der Frage einzutreten, ob die Änderung des § 45 der revidierten Städteordnung, soweit er die Beamtenten der revidierten Städte betrifft, mit Rücksicht auf die größeren und entwicklungsfähigeren Verhältnisse dieser Gemeinden angängig und anzeiglich erscheint. Da dieser veränderten Stellungnahme steht die Regierung vor allem durch die neuen Ergebnisse der Reichstagswahl einverstanden werden können. Das neue Wahlrecht ist die Ausdehnung der Sozialordnung, in eine Erledigung der Frage einzutreten, ob die Änderung des § 45 der revidierten Städteordnung, soweit er die Beamtenten der revidierten Städte betrifft, mit Rücksicht auf die größeren und entwicklungsfähigeren Verhältnisse dieser Gemeinden angängig und anzeiglich erscheint. Da dieser veränderten Stellungnahme steht die Regierung vor allem durch die neuen Ergebnisse der Reichstagswahl einverstanden werden können. Das neue Wahlrecht ist die Ausdehnung der Sozialordnung, in eine Erledigung der Frage einzutreten, ob die Änderung des § 45 der revidierten Städteordnung, soweit er die Beamtenten der revidierten Städte betrifft, mit Rücksicht auf die größeren und entwicklungsfähigeren Verhältnisse dieser Gemeinden angängig und anzeiglich erscheint. Da dieser veränderten Stellungnahme steht die Regierung vor allem durch die neuen Ergebnisse der Reichstagswahl einverstanden werden können. Das neue Wahlrecht ist die Ausdehnung der Sozialordnung, in eine Erledigung der Frage einzutreten, ob die Änderung des § 45 der revidierten Städteordnung, soweit er die Beamtenten der revidierten Städte betrifft, mit Rücksicht auf die größeren und entwicklungsfähigeren Verhältnisse dieser Gemeinden angängig und anzeiglich erscheint. Da dieser veränderten Stellungnahme steht die Regierung vor allem durch die neuen Ergebnisse der Reichstagswahl einverstanden werden können. Das neue Wahlrecht ist die Ausdehnung der Sozialordnung, in eine Erledigung der Frage einzutreten, ob die Änderung des § 45 der revidierten Städteordnung, soweit er die Beamtenten der revidierten Städte betrifft, mit Rücksicht auf die größeren und entwicklungsfähigeren Verhältnisse dieser Gemeinden angängig und anzeiglich erscheint. Da dieser veränderten Stellungnahme steht die Regierung vor allem durch die neuen Ergebnisse der Reichstagswahl einverstanden werden können. Das neue Wahlrecht ist die Ausdehnung der Sozialordnung, in eine Erledigung der Frage einzutreten, ob die Änderung des § 45 der revidierten Städteordnung, soweit er die Beamtenten der revidierten Städte betrifft, mit Rücksicht auf die größeren und entwicklungsfähigeren Verhältnisse dieser Gemeinden angängig und anzeiglich erscheint. Da dieser veränderten Stellungnahme steht die Regierung vor allem durch die neuen Ergebnisse der Reichstagswahl einverstanden werden können. Das neue Wahlrecht ist die Ausdehnung der Sozialordnung, in eine Erledigung der Frage einzutreten, ob die Änderung des § 45 der revidierten Städteordnung, soweit er die Beamtenten der revidierten Städte betrifft, mit Rücksicht auf die größeren und entwicklungsfähigeren Verhältnisse dieser Gemeinden angängig und anzeiglich erscheint. Da dieser veränderten Stellungnahme steht die Regierung vor allem durch die neuen Ergebnisse der Reichstagswahl einverstanden werden können. Das neue Wahlrecht ist die Ausdehnung der Sozialordnung, in eine Erledigung der Frage einzutreten, ob die Änderung des § 45 der revidierten Städteordnung, soweit er die Beamtenten der revidierten Städte betrifft, mit Rücksicht auf die größeren und entwicklungsfähigeren Verhältnisse dieser Gemeinden angängig und anzeiglich erscheint. Da dieser veränderten Stellungnahme steht die Regierung vor allem durch die neuen Ergebnisse der Reichstagswahl einverstanden werden können. Das neue Wahlrecht ist die Ausdehnung der Sozialordnung, in eine Erledigung der Frage einzutreten, ob die Änderung des § 45 der revidierten Städteordnung, soweit er die Beamtenten der revidierten Städte betrifft, mit Rücksicht auf die größeren und entwicklungsfähigeren Verhältnisse dieser Gemeinden angängig und anzeiglich erscheint. Da dieser veränderten Stellungnahme steht die Regierung vor allem durch die neuen Ergebnisse der Reichstagswahl einverstanden werden können. Das neue Wahlrecht ist die Ausdehnung der Sozialordnung, in eine Erledigung der Frage einzutreten, ob die Änderung des § 45 der revidierten Städteordnung, soweit er die Beamtenten der revidierten Städte betrifft, mit Rücksicht auf die größeren und entwicklungsfähigeren Verhältnisse dieser Gemeinden angängig und anzeiglich erscheint. Da dieser veränderten Stellungnahme steht die Regierung vor allem durch die neuen Ergebnisse der Reichstagswahl einverstanden werden können. Das neue Wahlrecht ist die Ausdehnung der Sozialordnung, in eine Erledigung der Frage einzutreten, ob die Änderung des § 45 der revidierten Städteordnung, soweit er die Beamtenten der revidierten Städte betrifft, mit Rücksicht auf die größeren und entwicklungsfähigeren Verhältnisse dieser Gemeinden angängig und anzeiglich erscheint. Da dieser veränderten Stellungnahme steht die Regierung vor allem durch die neuen Ergebnisse der Reichstagswahl einverstanden werden können. Das neue Wahlrecht ist die Ausdehnung der Sozialordnung, in eine Erledigung der Frage einzutreten, ob die Änderung des § 45 der revidierten Städteordnung, soweit er die Beamtenten der revidierten Städte betrifft, mit Rücksicht auf die größeren und entwicklungsfähigeren Verhältnisse dieser Gemeinden angängig und anzeiglich erscheint. Da dieser veränderten Stellungnahme steht die Regierung vor allem durch die neuen Ergebnisse der Reichstagswahl einverstanden werden können. Das neue Wahlrecht ist die Ausdehnung der Sozialordnung, in eine Erledigung der Frage einzutreten, ob die Änderung des § 45 der revidierten Städteordnung, soweit er die Beamtenten der revidierten Städte betrifft, mit Rücksicht auf die größeren und entwicklungsfähigeren Verhältnisse dieser Gemeinden angängig und anzeiglich erscheint. Da dieser veränderten Stellungnahme steht die Regierung vor allem durch die neuen Ergebnisse der Reichstagswahl einverstanden werden können. Das neue Wahlrecht ist die Ausdehnung der Sozialordnung, in eine Erledigung der Frage einzutreten, ob die Änderung des § 45 der revidierten Städteordnung, soweit er die Beamtenten der revidierten Städte betrifft, mit Rücksicht auf die größeren und entwicklungsfähigeren Verhältnisse dieser Gemeinden angängig und anzeiglich erscheint. Da dieser veränderten Stellungnahme steht die Regierung vor allem durch die neuen Ergebnisse der Reichstagswahl einverstanden werden können. Das neue Wahlrecht ist die Ausdehnung der Sozialordnung, in eine Erledigung der Frage einzutreten, ob die Änderung des § 45 der revidierten Städteordnung, soweit er die Beamtenten der revidierten Städte betrifft, mit Rücksicht auf die größeren und entwicklungsfähigeren Verhältnisse dieser Gemeinden angängig und anzeiglich erscheint. Da dieser veränderten Stellungnahme steht die Regierung vor allem durch die neuen Ergebnisse der Reichstagswahl einverstanden werden können. Das neue Wahlrecht ist die Ausdehnung der Sozialordnung, in eine Erledigung der Frage einzutreten, ob die Änderung des § 45 der revidierten Städteordnung, soweit er die Beamtenten der revidierten Städte betrifft, mit Rücksicht auf die größeren und entwicklungsfähigeren Verhältnisse dieser Gemeinden angängig und anzeiglich erscheint

schwersten Bedenken zu erheben. Es führt aus: In Beihilfen und ihrer Sicherheit dürfen sie nicht besser. In der Vollversicherung bringen sie nichts Neues. Ihre Versicherungspolitik ist schwer zu vermutlichen, außerdem handelt es sich um geringe Summen am einzelnen Ort, als daß der Versicherungsamt nennenswert gegen jetzt geändert werden würde, endlich schafft die Versicherungsgelder durch eine derartige Auswirkung auf die Versicherungsgelder infolge geringerer Verkehrssicherheit höchstens geschädigt. Verzweigt sich aber in es, daß die Versicherungsgesellschaften, obwohl sie sich auf ihr eigenes Kapital angewiesen sind und auch sonst wie private Lebensversicherungsgesellschaften arbeiten, sich die interessante Gründung einer öffentlich-rechtlichen Galt beilegen und dadurch, daß die Sparkassen ihre Agenten in den Versicherungsgesellschaften den Eindruck einer behördlichen oder doch behördlich empfohlenen und darum besonders guten und guten Anhalt machen. Gegen diese Erziehung und gegen die, welche auch ungeliebte Parteinahme der Gemeindebehörden eine einzelne Lebensversicherungsgesellschaft muß im Interesse privater Lebensversicherungsgesellschaften und auch der Versicherungsgesellschaften entschieden Einspruch erhoben werden. Falls der Antrag nicht besteht, würde dies für die neue Gründung einen starken, aber gerechte moralische Bedeutung.

Der Direktor schloß folgende: Es liegt hierzu, daß von sozialdemokratischer Seite die Volksfürsorge ins Leben gerufen sei, die sich der Konkurrenz zur Verringerung der Verkehrsbelastung als Ganzes bediene. Diese Einrichtung bedeutet eine schwere Schädigung der privaten Lebensversicherungsgesellschaften, die sich zur Abwendung der ihnen drohenden Gefahr an der Zahl — zusammengegangen hätten, um ebenfalls an Verkehrsbelastung zu sparen. Nun droht ihnen durch die öffentliche Lebensversicherung, deren Einrichtung doch überflüssig sei, ein Konkurrenz. Die Neutralität der Behörden werde in Frage gestellt. Die Handelskammer und auch der Deutsche Handelskammern ist bereits gegen die neue Gründung ausgesprochen. Es soll deshalb folgende Resolution zur Annahme:

"Die Kammer stellt fest, daß die Gründung einer Lebensversicherungsgesellschaft in Sachsen durch öffentlich-rechtliche Körpern unmöglich ist, da die gleichen Ziele durch die privaten Lebensversicherungsgesellschaften besser und mit größerer Sicherheit für die Bevölkerung erreicht werden können. Es erscheint jedoch unverträglich, daß diese Lebensversicherungsgesellschaft durch Vereinigung des reinen 'öffentlichen' Lebensversicherungsgesellschaft und durch Vereinigung mit den Gemeindesparkassen den Versicherungsgesellschaften gegenüber den Anschein einer behördlichen oder doch behördlich empfohlenen Einrichtung erweckt. Gerade gegen diese in der Praxis unvermeidliche Tertiumverregung muß im Interesse der privaten Versicherungsgesellschaften und der Versicherungsnachnehmer entschieden erhoben werden. Die Kammer rügt deshalb an das Königliche Ministerium des Innern das Ertragen, der königlichen Lebensversicherungsgesellschaft die Genehmigung zum Geschäftsbetrieb nur zu ertheilen, wenn diese den Anschein eines behördlichen Charakters fallen läßt, insbesondere nicht die Sparkassen zur Agenturfähigkeit benutzt. Die Kammer erachtet ferner aus gleichen Gründen den Rat zu Dresden, mit seiner Sparkasse der öffentlichen Lebensversicherungsgesellschaft nicht beizutreten."

Die Angelegenheit entfaltete eine lebhafte Debatte, in der beide Seiten gegen die neuen Gründung zu Wort kamen. Der Direktor und Gehege der neuen Gründung warnt vor dem Verlust der kleinen und mittleren Gemeinden der öffentlichen Lebensversicherung, während die anderen die Gründung als eine wichtige Entwicklung ansahen. Die Kammer forderte, daß die Sparkassen nicht in die neuen Gründungen einbezogen werden. Die Kammer rügt deshalb an das Königliche Ministerium des Innern das Ertragen, der königlichen Lebensversicherungsgesellschaft die Genehmigung zum Geschäftsbetrieb nur zu ertheilen, wenn diese den Anschein eines behördlichen Charakters fallen läßt, insbesondere nicht die Sparkassen zur Agenturfähigkeit benutzt. Die Kammer erachtet ferner aus gleichen Gründen den Rat zu Dresden, mit seiner Sparkasse der öffentlichen Lebensversicherungsgesellschaft nicht beizutreten.

Der Direktor des Amtsgerichts Paul Goepel-Dresden

hatte für die öffentliche Lebensversicherungsgesellschaft ein. Es liegt ein Urteil vor, das die politische Leitung einstimmig befürwortet. Das Urteil spricht die Gründung als eine wichtige Entwicklung an, die den kleinen und mittleren Gemeinden der öffentlichen Lebensversicherung schadet. Der Direktor und Gehege der neuen Gründung warnt vor dem Verlust der kleinen und mittleren Gemeinden der öffentlichen Lebensversicherung, während die anderen die Gründung als eine wichtige Entwicklung ansahen. Die Kammer forderte, daß die Sparkassen nicht in die neuen Gründungen einbezogen werden. Die Kammer rügt deshalb an das Königliche Ministerium des Innern das Ertragen, der königlichen Lebensversicherungsgesellschaft die Genehmigung zum Geschäftsbetrieb nur zu ertheilen, wenn diese den Anschein eines behördlichen Charakters fallen läßt, insbesondere nicht die Sparkassen zur Agenturfähigkeit benutzt. Die Kammer erachtet ferner aus gleichen Gründen den Rat zu Dresden, mit seiner Sparkasse der öffentlichen Lebensversicherungsgesellschaft nicht beizutreten.

Nach weiterer Debatte wurde die Resolution mit 14 gegen 6 Stimmen angenommen.

Strassenbahnwünsche.

Die Gemeinden des Blauenhauses hatten um eine Erhöhung der Fahrgeschwindigkeit der Straßenbahn nachgefragt. Die Straßenbahnenverwaltung hat daraufhin eine Statistik über die Fahrgeschwindigkeit der Straßenbahnen anderer Städte aufgenommen. Danach lagen die Bahnen in Dresden 13,36, Köln 12,48, Frankfurt a. M. 13,65, Leipzig 13,75, Würzburg 13,87, Wien 12,49 Kilometer pro Stunde. Der Durchschnitt der zwanzig Straßenbahnen, die im Betrieb gezogen worden sind, beträgt 12,77 Kilometer pro Stunde. Die Dresdner Straßenbahnenverwaltung hat trotzdem eine Erhöhung der Fahrgeschwindigkeit um 10 Prozent erwogen. Die zuständigen Behörden haben auch schon im vorigen Jahre genehmigt, daß in den Abendstunden nach 9 Uhr und Sonntags bis vor Mittag 10 Uhr diese um etwa 10 Prozent erhöhte Fahrgeschwindigkeit eintritt; das hat bis jetzt noch zu keinerlei Beschwerden geführt. Die Frage, ob die zehnprozentige Erhöhung durchweg eingeführt werden soll, soll noch genauer prüft werden. Bürgerliche Blätter teilen darüber wohl auf Grund ähnlicher Informationen mit; Erstens ist die Er-

höhung der Fahrgeschwindigkeit nur möglich, wenn erst einmal sämtliche Motorwagen mit stärkeren Motoren ausgerüstet sind. Der Rat geht seit einiger Zeit damit vor, aber das kann nur noch und noch geschehen; man kann sonst noch brauchbare Motoren nicht ohne weiteres aus den Wagen herauswerfen. Die durchgehende Einführung stärkerer Motoren ist nicht nötig, weil man nicht immer die Wagen mit den schwachen Motoren ohne Anhänger laufen lassen kann, und es ist auch nicht möglich, die Wagen, die schon starke Motoren haben, schneller laufen zu lassen, während auf derselben Linie noch Wagen mit schwachen Motoren langsamer laufen. Es kann nicht einmal der eine Wagen 15 Kilometer in der Stunde fahren und der nächste 12 Kilometer; das läuft sich im Interesse der Aufrechterhaltung eines gleichmäßigen Betriebs nicht durchführen. Es ist ins Auge gesetzt, in allerkürzester Zeit Versuche in der Weise durchzuführen, daß einmal eine Linie nur mit solchen neuen Wagen ausgerüstet und beobachtet wird, wie sich die ganze Sache bewährt. Es ist sicher, daß bei Einführung eines schnelleren Betriebs gewisse Ersparnisse gemacht werden, dadurch, daß man weniger Wagen und insgesamt weniger Personal braucht. Aber dieser Erfordernis stehen auf der anderen Seite ziemlich erhebliche Mehranforderungen gegenüber, so insbesondere für höhere Stromabnahmen. Dieser Mehraufwand wird nach vorläufigen Berechnungen schon sämtliche Erfahrungen, die sich erzielen lassen, überschreiten. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß bei schnellerem Fahren Wagen und Gleise in erhöhtem Maße in Anspruch genommen werden, doch sich also ein höherer Unterhaltsaufwand dafür herausstellen wird.

Leider das Ergebnis der angestellten Untersuchungen soll seinerzeit berichtet werden.

Aus dem Zoologischen Garten.

Für das Eisendorfhaus ist in Skandinavien eine schöne Schneeeule erworben worden. Diese zu den Raubtuhen gehörige sehr umgroße Form ist, wie ihre starke Füllung bezeichnung schon verrät, ein ausgewachsener nördlicher Vogel, auch die weiße Färbung ihres Gefieders, aus der sich die großen gelben Augen leuchtend herausheben, weiß auf den Schneereichen Norden. Sie unterscheidet sich von den bei uns vorkommenden Eulen insfern durch ihre Lebensweise, als sie bereits bei Tage auf Jagd ausgeht. In den einzelnen Abteilungen des Kanals ist zu den zahlreichen Wassergänsenarten noch eine Anzahl unserer kleinsten Wildenten Anka- und Krid-Enten gefunden, auch die seltenen nordische Trauerente, die in die Reihe der Loughenten gehört, ist jetzt in einem Bären vertreten. Die stattliche Adlerhammling hat eine Vergrößerung erfahren durch einen Seeadler, den Herr Gutsbesitzer Gütler in Brücke in einem Buchenholz gesungen und dem Garten zum Geschenk gemacht hat. Es handelt sich um ein ausgewachsenes aber wie die dunkle Färbung des Schwanzes und des Schnabels erweist, ganz junges Exemplar, das glücklicherweise nur mit einer Stelle in das Buchenholz kam und daher ganz unverletzt blieb. — Im Raubtierhaus sind bei dem hier im Garten geborenen jungen Puma-Wibeln drei Jungen angekommen, ebenso hat im sogenannten Nachhaus die Ceylon-Gebüsch ein niedliches weiches Küchlein zur Welt gebracht.

Eine Beitragsaffäre.

Aufsehen erregt die plötzliche Entlastung des Ingenieurs A. in einem großen industriellen Betriebe der Umgebung Dresden. Der im Anfang der dreißiger Jahre scheinbar Ingenieur hat seit einiger Zeit erhebliche Posten verschiedenartiger Güterlager als Altmaterial an einen Händler veräußert. Die mit dem angeblichen Altmaterial beladenen Wagen wurden nach dem Wegeschehen weggefahren. Der Händler wiederum veräußerte das billig unter der Hand erworbene Material an eine in der Nähe befindliche Konkurrenzfirma. Noch den bisherigen Erklärungen sind bereits für mehrere tausend Mark Materialien auf diese unreelle Weise verschwendet und zu Geld gemacht worden. Die Angelegenheit ist bereits der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Der Ingenieur kommt aus angehörener Hamburger Familie.

Almosen statt Rente.

Das Elend der sozialen Fürsorge wird wieder einmal treffend beleuchtet durch den Ausgang eines langwierigen Prozesses vor dem Oberverwaltungsamt der sozialen Fürsorge in Dresden, vor dem die Witwe des Werkstattleiteres Rießling aus Steinpleis bei Zwickau um Hinterbliebenrente klage. Der Cheffmann der Städterei hatte im Jahre 1903 in der nördlichen Reparaturwerkstatt in Zwickau einen Unfall dadurch erlitten, daß er von einem niederschlagenden ersten Stieberohr am Kopf getroffen wurde und dabei eine flaccide Wunde an der rechten Seite des Kopfes davontrug, die genährt werden mußte und eine mehrjährige Genesungszeit aufholte. Seit dieser Zeit klage der Verlehrte derartig über Kopfschmerzen und wurde dann Anfang vorigen Jahres erstmals krank. Der behandelnde Arzt stellte die Diagnose auf Magenkrebs, eine eingehende Behandlung und Beobachtung im Kreiskrankenhaus Zwickau ergab aber keine Anhaltspunkte für das Vorhandensein eines solchen Leidens. Der Zustand des Mannes verschlimmerte sich zusehends und Ende Februar meldete der Arzt der Wahlbehörde, daß das Ableben des Rießling zu erwarten sei. Diese Mitteilung erfolgte, weil die Cheffrau behauptete, daß die Krankheit eine Folge des Unfalls sei, und erklärte, Entschädigungsansprüche geltend machen zu wollen. Der Arzt war der Meinung, daß für diesen Fall eine Leichenobduktion unumgänglich notwendig sei. Am 1. März d. J. ist der Verlehrte dann verstorben. Professor Dr. Rießel nahm die beantragte Leichenöffnung vor und stellte fest, daß Rießling einem auf der rechten Schädelseite vorhandenen Hirnhämatom erlegen ist. Der Sachverständige führte aus, daß sich die Entstehung der Krankheit zwar nicht völlig aufklären läßt, aber noch seiner Meinung sei ein Zusammenhang zwischen Unfall und Tod ausgeschlossen. Ungeachtet dessen mache die Witwe für sich und ihre Kinder Entschädigungsansprüche geltend, mit der Begründung, daß ihr Ehemann seit dem Unfall immer über Kopfsbeschwerden geklagt habe und tatsächlich gewesen sei, somit sei der Tod als Unfallfolge anzusehen. Nachdem der Staatsfiskus seinen Vertragsarzt, Dr. Gilbert, gehabt und dieser sich dem Obduktionsgutachten angeladen hatte, wurde die Sache vor dem Oberverwaltungsgericht abgelehnt, weil der Tod nicht die Folge eines Verkehrsunfalls sei. Die Unfalluntersuchung ergab, daß der Verlehrte um sich in der geschilderten Form zugetragen hat, und ein Zeuge bestätigte, der Verlehrte habe immer über Schmerzen im Kopfe gelitten. Der Widerspruch der Witwe gegen den Bescheid des Staatsfiskus hatte keinen Erfolg.

Die Angeklagte wandte sich die mit ihren Kindern in der drängtesten Lage befindliche Witwe mit einer Beratung an. Es wurden nun umfangreiche Erörterungen über die Krankheitsgeschichte des Rießling angestellt und insbesondere der beobachtende Arzt, Dr. Beyer, darüber gehört, ob ein Zusammenhang zwischen früher vorhandenen Gewundenen und dem Hirnhämatom besteht; das wurde jedoch verneint. Unter Bezug darauf wurde Professor Dr. Miesel abermals gehört und nun erklärte dieser Sachverständige, daß er sein Gutachten modifizieren müsse, denn er habe durch die Literatur erfahren, daß es tatsächlich vorkomme, daß sich die Eiterhöhle irgendwo verkapsteln und erst nach zehn bis zwanzig Jahren ausbrechen und dann einen Anfall herbeiführen. Das lange Zeit polnischen Unfall und Tod könnte also nicht mehr gegen einen Zusammenhang sprechen. Ganz im Gegenteil zu seinem früheren Gutachten kam Professor Dr. Rießel diesmal zu dem Schluss, daß die Möglichkeit eines ursächlichen Zusammenhangs nicht gering, vor allen Dingen nicht ausgeschlossen, ein solcher aber nicht wahrscheinlich sei. Ein völlig ablehnendes Gutachten könne er nicht abgeben. In einem noch herbeigegangenen Fall ist der Tod verursacht durch Infektion entstanden ist. Unmöglich sei der behauptete Zusammenhang zwischen Unfall, Krankheit und Tod nicht.

Das Oberverwaltungsamt hat trotzdem die Berufung der Witwe eingelegt und ihre Entschuldigungsansprüche damit zurückgewiesen. Die Voraussetzung für Gewährung einer Hinterbliebenrente sei mit Sicherheit nicht gegeben, denn für die Wahrscheinlichkeit eines Zusammenhangs habe sich kein Sachverständiger ausgetragen.

Wenn das Landesversicherungsamt als Rechtsinstanz dieses Urteils nicht akzeptiert, dann erhält die Witwe mit ihren Kindern — Almosen statt Rente. Das aber ist keine soziale Fürsorge, wenn das Schild für ganze Familien von der Auslegung eines Wortes abhängt.

Der Personen-Dampfschiff-Betrieb auf der Elbe beginnt, alljährlich Winterungsbedürfnisse vorzusehen, am 14. dieses Monats.

Bauunfall. Gestern vormittag gegen zehn Uhr stürzte auf einem Neubau in der Lichtenbergerstraße in Vorstadt-Trachau eine Giebelabblübung aus unangefüllter Ursache in sich zusammen, wobei der in Alttrachau wohnhafte, 50 Jahre alte Giebelarbeiter Paul Sandor drei Meter tief in den Keller stürzte und beide Beine brach. Die Erörterungen sind noch im Gange. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus gebracht.

6. Kreis. Wir ersuchen hierdurch unsere Vereigentlichen, an der morgen Sonntag stattfindenden Zugblattverbreitung teilzunehmen. Es ist unerlässliche Pflicht der Mitglieder, sich zur Bevölkerung der notwendigen Vortragsarbeiten einzufinden. Je mehr Genossen sich in den einzelnen Ortschaften einfinden, desto geringer ist die Arbeit, die auf den einzelnen entfällt.

Es ist aber auch Pflicht der Mitglieder, ununterbrochen für die Stärkung unserer Organisation tödig zu sein. Jede Gelegenheit muss benutzt werden, um den Nichtorganisierten die Notwendigkeit der politischen Organisation zu erklären. gerade die jetzige Zeit, da die Reactionäre mit aller Brutalität gegen die Arbeiterklasse vorgehen und den Arbeitern ein Recht nach dem andern genommen wird, ist besonders geeignet, unserer Organisation Mitglieder und unserer Zeitung Abonnenten auszuführen.

Es kann nicht schwer fallen, in der roten Woche einige hundert Mitglieder und Abonnenten für uns zu gewinnen. Darum: Auf, ans Werk!

Bezirk Cotta. Die Genossen treffen sich morgen Sonntag, nachmittags 1½ Uhr, am Restaurant Silberblatt, Ecke Hühndorfer und Kronprinzenstraße, zum gemeinsamen Besuch der Versammlung in der Musenhalle.

Gemeinderat.

Wieder einmal hatte sich das Gewerbege richt mit der Behandlung der Arbeiter in der Glasfabrik Siemens zu beschäftigen. Dem Glasmacher Jakobisch waren 1,80 R. Strafen abgezogen worden. Er wollte sich die eine Strafe von 1 R. gefallen lassen, aber nicht die von 60 R., die nach seiner Meinung zu Unrecht über ihn verhängt worden war. Er begab sich zum Betriebsleiter Würtz, der ihm aber erklärte, es diene der Strafe und wenn die angeblichen Strafsünden nicht zu treffen, dann solle er die Strafe auf sein langjähriges Arbeit zu rückführen. Der Herr Betriebsleiter war der Meinung, daß durch dieses Wachstum die Lade für ihn erledigt sei. Doch der Arbeiter verlangte endlich zu wissen, für welche Verübung er die 60 R. Strafe haben sollte. Würtz, dem Arbeiter stand für alle Fälle ein hauseigerter Hüttenmeister, der Betriebsleiter stand auf und trat aus. Dieser, dem Arbeiter den Rücken zukehrend, Das war für den Hüttenmeister das verabredete Zeichen, den Arbeiter hinauszubringen. Der Hüttenmeister will nun dem Arbeiter bedeckt haben, daß die "Audiung" bedeutet war und er nun zu gehen hätte. Der Arbeiter verlangte aber nochmals zu wissen, für was er eigentlich die Strafe bezahlen sollte. Da kam der Betriebsleiter mit gehaltenen Händen auf ihn zugestürzt und stieß ihn an die Tür mit den Worten: "Nun ist es aber genug!" Der Arbeiter legte die Arbeit sofort nieder und verließ insgesamt 50 R. Gehalt und Lohnabschöpfung. Der Betriebsleiter Würtz gab zu den Kläger an, daß er hätte ihn aber nur "abschöpfen", weil er der Anforderung zum Verlassen des Kontors nicht folge leistete. Durch einen noch bei der Firma beschäftigten Kollegen des Klägers, der in der Tür gestanden und den Vorgang von Anfang bis zu Ende beobachtet hatte, wurde über die Darstellung des Klägers vollkommen bestätigt. Von Gericht wurden an den Betriebsleiter recht unbekümmerte Fragen nach der Verwendung der Strafgelder gestellt, wobei zum Vorschein kam, daß der einzelne Arbeiter nach seinem Bezug von der Firma keinen Kenntnis von den Strafgeldern widergesieht. Sie liegen in einer sogenannte "Pensionskasse". Der Kläger läßt sich von seiner Verteilung Borschus fürzogen und lehnt seinen Anspruch auf 37,65 R. Entschädigung abwehren. Die Firma wurde zur Zahlung der Lohnabschöpfung verurteilt.

Der Bodenarbeiter Rüdiger wurde von der Firma Christian Missall als ohne Rücksicht entlassen. Er fordert 18 R. Entschädigung, da ein berechtigter Grund hierzu nicht vorliegt. Die Befragte macht einen solchen auch nicht geltend, sondern beruft sich lediglich darauf, daß der Kläger Gelegenheitsarbeiter sei und daß für diese offiziell keine Rücksicht keine Rücksicht gegeben werden darf. Das Gericht ist aber anderer Meinung, denn der Kläger hat mehrere Wochen hintereinander bei der Firma gearbeitet. Die Befragte muß die gesuchte Entschädigung zahlen.

Die Zigarettenarbeiterin Baum behauptet, sie sei von der Firma Guttmann entzweit worden mit den Worten: „Gangen Sie Montag den 16. an!“ Als sie zur schaufensterzeit ihre Beleidigung entnehmen wollte, wurde sie nicht eingelassen. Sie fordert für 14 Tage 40 M. Lohnentnahmabzug. Der Arbeitgeber der beklagten Firma bestreitet, sie sei eingezogen zu haben. Die Sache wäre nur durch einen Eid zu entscheiden. Das wird durch einen Vergleich, wosich die Belegschaft 20 M. zahlt, vermieden.

Die Zigarettenarbeiterin Hennig wurde vom Restaurateur Giebel — der mit einigen anderen nebenbei eine Zigarettenfabrik eingerichtet hatte — am 17. Februar entlassen. Am 20. Februar bot er ihr die Weiterarbeit an, fand sie aber für 11. März und beschäftigte sie während der Amtshaltung nicht. Die Arbeiterin fordert daher 90,70 M. Lohnentnahmabzug. Da ein Entlassungsgrund nicht vorliegt, muß der Belegschaft geforderte Lohnentnahmabzug zahlen.

Wegen angeblicher Arbeitsverweigerung wurde vom Schuhreparaturmeister Wagner am 10. Februar die Maschinenmeisterin Schubert entlassen. Diese fordert für 14 Tage 35 M. Lohnentnahmabzug. Es liegt ein gewerbliches Arbeitsbeschaffungsvertrag vor. Die Arbeitsverweigerung bestand darin, daß die Käferin keine Überstunden machen wollte, die bis 9 Uhr dauerten sollten, während sonst die eigentliche Überzeit um 7 Uhr beendet war. Die Käferin hat sonst die Überstunden entzweit gemacht, zumal der Belegschaft sie anständig mit 75 Pf. pro Stunde bezahlte. Für diesen Abend hatte sie aber ein Vergnügen vor und außerdem sollten die Überstunden wegen langsamem Arbeiten am Samstag unentbehrlich gemacht werden. Das Gericht entschied, daß die Entlassung unberechtigt ist, da kein gewerblicher Arbeiter gezwungen werden kann, Überstunden zu machen. Das unterliegt freier Vereinbarung. Der Belegschaft mußte die geforderte Lohnentnahmabzug zahlen.

Das Arbeitsmädchen Böhler wurde vom Bädermeister Koch am 22. Februar wegen Arbeitsverweigerung entlassen. Das Mädchen fordert 58,80 M. Lohnentnahmabzug. Es gibt gewissermaßen die Arbeitsverweigerung auch schon zu und macht nur geltend, daß es die verlangte Arbeit lediglich doch noch gemacht hätte. Nach Antritt des Gerichts lag ein Grund zur Entlassung vor. Der Belegschaft zahlt vergleichsweise 10 M. Vorwärts: Gewerberichter Dr. Höfner, Unternehmerberater: Höfner, v. Böhne und Schonegger, Unternehmerberater: Höfner, Rechtsanwälte: Dr. Schott und Buchdeutschelscheit, Richter.)

Aus der Umgebung.

Bezirk Leutewitz-Briesnitz. Die Genossinnen von Leutewitz-Briesnitz u. Umg. treffen sich Sonntag den 8. März, mittags 12½ Uhr, in der Leutewitzer Höhe zum gemeinsamen Abmarsch zur Frauenversammlung in die Münzenhalle. Die Genossinnen, Frauen und Mädchen, werden erachtet, sich zu der Veranstaltung des Frauentages recht zahlreich und pünktlich einzufinden.

Gittersee. Die Genossinnen von Goseck, Gittersee, Burgl., Jüchsendorf und Kleinknaudorf werden hierdurch nochmals aufgefordert, sich am Frauentag zahlreich zu beteiligen. Abmarsch Sonntag den 8. März, Punkt 1 Uhr vom Gasthof Gittersee.

Gohlis. Ein großer Überstand, der sich bei Regenwetter in recht unangenehmer Weise fühlbar macht, ist das Anhängen der sogenannten „Anhängerwagen“ am Bahnhof Gohlis. Die aus der Stadt kommenden Straßenbahnen lassen die Anhänger bereits vor der in das Depot führenden Weiche ab. Anfallsgedeihen müssen die weiterfahrenden Weiche ab. Durch die verlassenen Passagiere in den ältesten Straßenbahnen treten. Würde man wenigstens bei Regenwetter das Abhängen der Wagen an der vorgezeichneten Haltestelle, also etwa ganze fünfzehn Meter entfernt vornehmen, so könnte das Um- und Aufstellen auf gesetzlicher Straße erfolgen, ohne daß die Passagiere im Straßenbahn verlaufen. Hinsichtlich genügt dieser Hinweis, dem Überstand zu begegnen.

Hohenau u. Umg. Montag den 9. März, abends 8 Uhr, findet im Amtshotel in Hohenau eine Frauen- und Volksversammlung statt, in der Genossin Harder-Bremen einen Vortrag über: Arbeitslosigkeit, Massenleid und die Aufgaben der Frauen, halten wird. Wir erfreuen die Frauen und Männer, zahlreich in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.

Schmiedeberg u. Umg. Montag den 9. März, abends 8½ Uhr, findet in Claus' Restaurant eine wichtige Frauen- und Volksversammlung statt. Frau E. Köhl aus Köln wird einen Vortrag über: Der Kampf der Frauen gegen Rot und Rostlosigkeit halten. Wir erfreuen die Frauen und Männer, zahlreich in der Versammlung zu erscheinen.

Dippoldiswalde. Alle Parteigenossen werden nochmals hierdurch aufgefordert, sich morgen vormittag 10 Uhr im Restaurant Gambrinus, Poststraße, zur Flugblattverbreitung recht zahlreich einzufinden. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, Parteiarbeit zu leisten; je mehr Genossen anwesen sind, um so leichter wird es ihnen gemacht werden.

Radeberg. Bei der am Freitag stattgefundenen Stadtverordneten-Erfolgswahl der dritten Abteilung, der Abteilung der Intelligenz des Geldfadens, siegte der Herr Architekt Georg Richter mit 48 Stimmen. Drei Kandidaten erschienen auf dem Plan. Einer sollte der rechte Mann, den Herren Amtsblatt-Reaktionär erseien. Hat dieser die Sozialdemokratie schon bald todgeschlagen? so wollte dieser echte deutsche Mann, der sich sein Amt für ein U-Tormachen läßt, sie vollends töten. Man höre nur folgendes:

Herr Maierberger (Redakteur des Amtsblattes), der als bisheriger Vertreter der dritten Abteilung in den Stadtrat gewählt worden ist, war redigierbar, es muß deshalb ein gleichwertiger Erzähler wieder hinzugebracht werden, der schlagfertig in der Debatte ist und sozusagen mit den Herren Braune, Götter und Wenzel eine scharfe Ringe schlagen kann.“

Dieser Erzähler, Herr Hotelier Befurs aus dem Hofhof zur Grünen Tonne, wurde leider nicht gewählt. Die Bürger von Radeberg sind um die Ehre gekommen, den streitenden Herren in dem Kollegium zu sehen.

Radeberg. Der Touristentverein Die Naturfreunde, Ortsgruppe Radeberg, veranstaltet auch dieses Jahr wieder Kinderausflüge in die nächste und weitere Umgebung. Der erste Ausflug findet nächsten Sonntag den 8. März statt. Kostenlos teilen sich recht viel der Proletarierkinder daran. Abmarsch nachmittags 2 Uhr von der Papierfabrik, 10 Pf. Fahrgeld und Bratwurst sind mitzubringen. Doch nicht nur Wunderungen, sondern auch Bildervorlesungen werden für die Kinder veranstaltet. Der nächste Bildervorlesung findet am 11. März (Fasching), abends 7½ Uhr, im Rathaus zum Rathaus statt. Alle Kinder im Alter von 12 bis 14 Jahren, die im Begehung der Eltern kommen, haben freien Eintritt. Das Thema lautet: „Das Miesengesänge.“ Darunter sind bei sämtlichen Mitgliedern der Ortsgruppe zum Preise von 20 Pf. zu haben.

In den Geschäften wird es nun liegen, die Veranstaltungen und Vergünstigungen ihren Kindern zugute kommen zu lassen. Möge jeder bestreiten, daß Vorhaben in genügender Weise zu fördern, dann wird in Zukunft noch mehr für unsere Kinder gehalten werden können.

Gerichtszeitung.

Vorgericht.

Tiefbau und Heizerei.

Wegen die beiden Ausländer Otto Hermann und Max Lehmann sowie gegen den Altwarenhändler Alois Bernhard wurde gekreuzt verhandelt. Die beiden Geschäftsmänner hatten im November von einem Lagerplatz der Blumenmärkte einen größeren Polen Schlesien- und Grubenbedarf sowie andere Güterwaren geholt. Die Beute zusammen 320 M., haben sie an B. verkauft. Belegschaft hatte sich noch wegen Übertretung zu verantworten, weil er diese Polen nicht nach Einschlußzeit eingetragen. Das Gericht verurteilte B. der dem Kauf in Frage kommt, ja d. B. zu 1 Monat Haftstrafe. B. wurde von der Heizerei freigesprochen, erhielt aber wegen Übertretung 40 M. Geldstrafe.

Hunger!

Anfolge von Arbeitslosigkeit wurde der 29jährige Arbeiter August Georg Müller zum Dienst verpflichtet. Er war am 20. Januar d. J. auf dem Goldschmiedehofe, um zu seien, ob es Arbeitslosigkeit gab. Da er keine Arbeit fand, den Tag aber auch noch nicht ausgeglichen hatte, stahl er aus einer Vorratskammer eine Rostbratpfanne, die er schließlich für 3 M. verkaufte und dann seinen Hunger stillte. Das Instrument hatte einen Wert von 7 M. 50 Pf. Das Gericht lehnte bei der Bestrafung die milderen Bestimmungen des § 24a (Rödelstadt) zugrunde und erkannte auf 2 Monate Verfängnis.

Schiffenvertrag.

Tobaktrust und Antitrustverband. Vor dem hiesigen Schöffengericht gelangte in einem umfangreichen Verleumdungsprozeß der Streit zwischen den Trustleuten und dem Antitrustverband zum Ausdruck. Es lagte der Syndikat des Verbundes der deutschen Zigarettenindustrie, Karl Greiter, gegen den Redakteur der Zeitschrift Tobakblatt in Berlin, Dr. Otto Giebel. Der Belegschaft hatte Befreiung erworben. Der Verbalstrafe lag eine ganze Anzahl Artikel zugrunde, in dem Nummern 25 bis 34 der genannten Zeitschrift, dem vorigen Jahre unter der Überschrift: „Der Kriegsanzug des Herren Syndikus Greiter“. Vor und hinter den Spülküchen. „Die Wache bewirkt“, „Der Krieg als Mariste“. „Für seine Verhüllungen in Sachen der Kompanie Laferne“. „Das zweitälteste Fleisch“ und „Wo bleibt Ihre Klage, Herr Greiter?“ Die Belegschaft liegt sich in der Hauptstadt aus einem Artikel des Syndikats in der Antitrustzeitschrift, dem Organ des Antitrustverbands, unter der Überschrift: „Die Wahrheit über den Goldschmiedehof“.

Die Antitrustzeitschrift legt der British-American-Tobacco Company — ja der u. a. auch die Hadzagi-Aktien-Gesellschaft gehört — nach, daß sie es auf eine Verkürzung der gelungenen Zigarettenabfertigung habe. Die Tobacco-Company bestreitet jedoch den Trustcharakter und behauptet, nur eine geschäftliche Vereinigung zum Zwecke bestreitet, der zur Abschaffung des zur Zigarettenabfertigung benötigten Tabaks zu sein. Auf diesen Bezeugungen ist der Kampf entstanden und hat an den Protagonisten geübt. Die Gewebeaufnahme zeigt aber nicht nach dieser Richtung hin geführt, die vielmehr darauf zeigt, sich in der Hauptfläche um die Erhöhung des Rauchtabakums des Goldschmiedehofes zu kümmern. Durch die Goldschmiedehofabfertigung in ihrer Hände bekommen sollte, was durch die Goldschmiedehofabfertigung ihrer Zigarettenabfertigung zum Zwecke bestreitet, nur eine geschäftliche Vereinigung zum Zwecke bestreitet, der zur Abschaffung des Tabaks geführt, mit Ausgangs- oder Zieldatum bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 5000 M. bestraft.

Die Debatte in der Kommission befürchtete sich zunächst höchstlich mit dem ersten Satz des § 9, der eine leichte Verjährung der Presse bedeutet, insbesondere auch für „patriotische Wahrheit“. Dieser Befürchtung entgegengesetzt, daß ein militärisches Geheimnis, das ihm nicht seines Amtes, seines Berufes oder Werkes oder eines von ähnlicher Seite erzielten Erfolges ungängig war, an einer anderen gelangen läßt und dadurch die Dauerkeit des Reiches gefährdet, mit Ausgangs- oder Zieldatum bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 5000 M. bestraft.

Ein Regierungssprecher teilte hierzu aus: Die Regierung bleibe vor des Befreiungsbildes der Übereinkunft der Verträge, die in der vorgelegten Befreiung bestimmt, daß in diesem Krieg in der vorgelegten Befreiung bestimmt, daß der Begriff „Fabrikationsfähigkeit“ braucht, um nicht zu erscheinen, daß Anteile dem offiziellen Seite wird nicht nur die der Presse verhindern kann, sondern die ganz § 9 bestimmt, der darüber auszieht, die bei Verhinderung militärischer Befreiung bestreitet zu und über irgend etwas eine Mitteilung machen, wird bestreitet.

Ein Regierungssprecher teilte hierzu aus: Die Regierung bleibe vor des Befreiungsbildes der Übereinkunft der Verträge, die in der vorgelegten Befreiung bestimmt, daß der Begriff „Fabrikationsfähigkeit“ braucht, um nicht zu erscheinen, daß Anteile dem offiziellen Seite wird nicht nur die der Presse verhindern kann, sondern die ganz § 9 bestimmt, der darüber auszieht, die bei Verhinderung militärischer Befreiung bestreitet zu und über irgend etwas eine Mitteilung machen, wird bestreitet.

Die Ablehnung des § 9, Satz 1, ist sicher. Von Zeitung liegt

dazu folgender Antrag vor: Was schließt ein militärisches Geheimnis, das ihm nicht seines Amtes oder eines von ähnlicher Seite erzielten Erfolges ungängig war, an einen anderen gelangen läßt und dadurch die Sicherheit des Reiches gefährdet, mit Ausgangs- oder Zieldatum bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 5000 M. bestraft.

Die Ablehnung des § 9, Satz 1, ist sicher. Von Zeitung liegt

dazu folgender Antrag vor: Was schließt ein militärisches Geheimnis, das ihm nicht seines Amtes oder eines von ähnlicher Seite erzielten Erfolges ungängig war, an einen anderen gelangen läßt und dadurch die Sicherheit des Reiches gefährdet, mit Ausgangs- oder Zieldatum bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 5000 M. bestraft.

Die Ablehnung des § 9, Satz 1, ist sicher. Von Zeitung liegt

dazu folgender Antrag vor: Was schließt ein militärisches Geheimnis, das ihm nicht seines Amtes oder eines von ähnlicher Seite erzielten Erfolges ungängig war, an einen anderen gelangen läßt und dadurch die Sicherheit des Reiches gefährdet, mit Ausgangs- oder Zieldatum bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 5000 M. bestraft.

Die Ablehnung des § 9, Satz 1, ist sicher. Von Zeitung liegt

dazu folgender Antrag vor: Was schließt ein militärisches Geheimnis, das ihm nicht seines Amtes oder eines von ähnlicher Seite erzielten Erfolges ungängig war, an einen anderen gelangen läßt und dadurch die Sicherheit des Reiches gefährdet, mit Ausgangs- oder Zieldatum bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 5000 M. bestraft.

Die Ablehnung des § 9, Satz 1, ist sicher. Von Zeitung liegt

dazu folgender Antrag vor: Was schließt ein militärisches Geheimnis, das ihm nicht seines Amtes oder eines von ähnlicher Seite erzielten Erfolges ungängig war, an einen anderen gelangen läßt und dadurch die Sicherheit des Reiches gefährdet, mit Ausgangs- oder Zieldatum bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 5000 M. bestraft.

Die Ablehnung des § 9, Satz 1, ist sicher. Von Zeitung liegt

dazu folgender Antrag vor: Was schließt ein militärisches Geheimnis, das ihm nicht seines Amtes oder eines von ähnlicher Seite erzielten Erfolges ungängig war, an einen anderen gelangen läßt und dadurch die Sicherheit des Reiches gefährdet, mit Ausgangs- oder Zieldatum bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 5000 M. bestraft.

Die Ablehnung des § 9, Satz 1, ist sicher. Von Zeitung liegt

dazu folgender Antrag vor: Was schließt ein militärisches Geheimnis, das ihm nicht seines Amtes oder eines von ähnlicher Seite erzielten Erfolges ungängig war, an einen anderen gelangen läßt und dadurch die Sicherheit des Reiches gefährdet, mit Ausgangs- oder Zieldatum bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 5000 M. bestraft.

Die Ablehnung des § 9, Satz 1, ist sicher. Von Zeitung liegt

dazu folgender Antrag vor: Was schließt ein militärisches Geheimnis, das ihm nicht seines Amtes oder eines von ähnlicher Seite erzielten Erfolges ungängig war, an einen anderen gelangen läßt und dadurch die Sicherheit des Reiches gefährdet, mit Ausgangs- oder Zieldatum bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 5000 M. bestraft.

Die Ablehnung des § 9, Satz 1, ist sicher. Von Zeitung liegt

dazu folgender Antrag vor: Was schließt ein militärisches Geheimnis, das ihm nicht seines Amtes oder eines von ähnlicher Seite erzielten Erfolges ungängig war, an einen anderen gelangen läßt und dadurch die Sicherheit des Reiches gefährdet, mit Ausgangs- oder Zieldatum bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 5000 M. bestraft.

Die Ablehnung des § 9, Satz 1, ist sicher. Von Zeitung liegt

dazu folgender Antrag vor: Was schließt ein militärisches Geheimnis, das ihm nicht seines Amtes oder eines von ähnlicher Seite erzielten Erfolges ungängig war, an einen anderen gelangen läßt und dadurch die Sicherheit des Reiches gefährdet, mit Ausgangs- oder Zieldatum bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 5000 M. bestraft.

Die Ablehnung des § 9, Satz 1, ist sicher. Von Zeitung liegt

dazu folgender Antrag vor: Was schließt ein militärisches Geheimnis, das ihm nicht seines Amtes oder eines von ähnlicher Seite erzielten Erfolges ungängig war, an einen anderen gelangen läßt und dadurch die Sicherheit des Reiches gefährdet, mit Ausgangs- oder Zieldatum bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 5000 M. bestraft.

Die Ablehnung des § 9, Satz 1, ist sicher. Von Zeitung liegt

dazu folgender Antrag vor: Was schließt ein militärisches Geheimnis, das ihm nicht seines Amtes oder eines von ähnlicher Seite erzielten Erfolges ungängig war, an einen anderen gelangen läßt und dadurch die Sicherheit des Reiches gefährdet, mit Ausgangs- oder Zieldatum bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 5000 M. bestraft.

Die Ablehnung des § 9, Satz 1, ist sicher. Von Zeitung liegt

dazu folgender Antrag vor: Was schließt ein militärisches Geheimnis, das ihm nicht seines Amtes oder eines von ähnlicher Seite erzielten Erfolges ungängig war, an einen anderen gelangen läßt und dadurch die Sicherheit des Reiches gefährdet, mit Ausgangs- oder Zieldatum bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 5000 M. bestraft.

Die Ablehnung des § 9, Satz 1, ist sicher. Von Zeitung liegt

dazu folgender Antrag vor: Was schließt ein militärisches Geheimnis, das ihm nicht seines Amtes oder eines von ähnlicher Seite erzielten Erfolges ungängig war, an einen anderen gelangen läßt und dadurch die Sicherheit des Reiches gefährdet, mit Ausgangs- oder Zieldatum bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 5000 M. bestraft.

Die Ablehnung des § 9, Satz 1, ist sicher. Von Zeitung liegt

dazu folgender Antrag vor: Was schließt ein militärisches Geheimnis, das ihm nicht seines Amtes oder eines von ähnlicher Seite erzielten Erfolges ungängig war, an einen anderen gelangen läßt und dadurch die Sicherheit des Reiches gefährdet, mit Ausgangs- oder Zieldatum bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 5000 M. bestraft.

Die Ablehnung des § 9, Satz 1, ist sicher. Von Zeitung liegt

dazu folgender Antrag vor: Was schließt ein militärisches Geheimnis, das ihm nicht seines Amtes oder eines von ähnlicher Seite erzielten Erfolges ungängig war, an einen anderen gelangen läßt und dadurch die Sicherheit des Reiches gefährdet, mit Ausgangs- oder Zieldatum bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 5000 M. bestraft.

Die Ablehnung des § 9, Satz 1, ist sicher. Von Zeitung liegt

dazu folgender Antrag vor: Was schließt ein militärisches Geheimnis, das ihm nicht seines Amtes oder eines von ähnlicher Seite erzielten Erfolges ungängig war, an einen anderen gelangen läßt und dadurch die Sicherheit des Reiches gefährdet, mit Ausgangs- oder Zieldatum bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 5000 M. bestraft.

Die Ablehnung des § 9, Satz 1, ist sicher. Von Zeitung liegt

Aus aller Welt.

Das Lohnenungslust am Oster.

Innendienst, 6. März. Heute früh wurden von den Feuerwehrmannschaften von den am Osterer durch eine Lawine verdeckten Soldaten zehn Leichen geborgen, darunter der Führer der Stützpunkttruppe, Oberstleutnant Wörter, und Hauptmann Günther sowie der Adjutant Küller. Vier Leichen befinden sich noch unter der Lawine. Der Kommandeur ist heute mittag nach Trostau abgereist. Die Leichen werden mit großen militärischen Ehren bestattet werden.

Die Abkommandierten.

Im neuesten Heft des "März" stellt der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Ludwig Franck (Wiesbaden) einige Seiten aus seinem Notizbuch zusammen und erzählt dabei folgendes Eisenach-Erlangen:

"Ein sonniger Herbsttag! Ich bin auf der Reise nach Berlin. Eine verträumte, malig-eisame Fahrt! Ich lese, schreibe, rauche Zigaretten...

Da führt sie ich, doch ein Polizeiamt unter vielen Versteckungen einen hochwachsenden Mann an wütigen Wagen beobachtet — ich höre einen lauten Wurstwiesel, und gleich darauf tritt der Schaffner bei mir ein:

"Herr Abordneur, duhe Sie wie einen Detektiv! Der Stroder der Kaiserin ist eingestiegen, und wir haben im Januar Zug freie Teilnahme nicht für ihn. Nehmen Sie doch bitte — in das Auto nebenan. Da liegen schon zwei andere Herren vom Reichstag. Ich habe Ihnen vorher gesagt, daß ein paar Zentimeter mehr Raum wären. In einer sohen Aufstellung von kleidigstem demokratischem Siegeln lehne ich ab. Ich Jahre gerade so gern allein, wie der Herr!" Oder so ähnlich!

Stellt daraus ging ich in den Speisewagen. Und als ich

In Klein-Raundorf,
Bannewitz oder Umg.
sucht & klopft. Familie fest. Wohnung
Gäste, Zimmer, Küche, Büror, etc.
1. Zahl beliebbar. Öff. mit Preis um
5.000 an Bassenstein & Vogel, Bruns-

2. anstand, saubere Herren
finden freundl. Schlafstelle
Dornblüthstr. 13. 1. D. [K 857]

Zahnleidenden
besonders empfehlenswerten und
neurotischen Patienten, vor die
Zahn-Praxis
von [L 1497]

P. Zuckermann
Schmied. 2. Ede. Malermeister,
Schnell. 2. Ede. Schnell. Play
belebtes zu empfehlen.
Reihenwohnungen, gewöhnlich.
Verbindung nach unmittelbar er-
probter Methode.
Frankenthal-Mittel. 25 %

Kleine Anzeigen

Erstes Leubener Fischhaus
Bahnhofstr. 37 [K 104]
empfiehlt zum Frühstück Dienstag
einrichtend: **ff. Schellfisch**,
jeweils jede Woche regelm. Donnerst.
u. Freit. Kuhfisch & Kartoffelerbsen
u. Kartoffelknoedle. 6. Mark

Trio-Hängelampe
für Petroleum und
Gas zu verwenden.
Robert Walther
Dresden
Pfeifferstr. 38
Telephon 17 838.

Nur 75 Pf.
exklusive Platten für
neuesten Platten für
Gramophon aus
"Wie stöhnt der Wolf". Wenn
das der Petrus möhlt", bis
1/2 zu jeder Blätte
200 Nadeln gratis!
Tappert, Weimarerstr. 34.

Haut- und Harnleiden

+ und deren Folgen, als Dumb-,
Düssem- und Blasenleiden,
Gelenk-, Flecken usw. behobt.
seit über 10 Jahr. Naturheil-
station Blasewitzer Str. 30, 1.
Sprech- u. Behandl.-Zeit von
früh 9—10 Uhr abends. Sonn-
tags von 9—1. Tassen freiheitl.
Behandlung. Diäten nach
Schrot. Telefon 14088. [A 182]

Musik-Instrumente
kauf und tauscht

Ziegelstrasse 13
mit Otto Friebel

Eckhaus Steinstrasse.

Gitarre, Schreib-, Org., Mandoline, u.
Zither, Akkordeon, Klavier, Klavir,
Piano, u. Pianola, u. S.M. Klavir,
Gitarre, Spield. Klavir, quers. Herren-
anzüge, mod. Damenkfl., all. Sportkfl.,
J. Welt. Kleider, Kleiderstr. 28

Bräute, tabellare Fläschergarantie

39 Pf. Fläsch. u. Stoßstr. 1. o.

18 u. 30 M. u. v. Stoßstr. 18. 1. L.

Zimmermä... 2 Jahre war., 18 Pf.

u. v. Stoßstr. 36. 1. bei Stoß.

getrost. Tel. 11148. Endezeit.

nach einer halben Stunde zurückkam, war ich nicht mehr allein. Die Zentrumskollegen waren zu mir umgesetzt worden und grüßten mich herzlich. Schöf! Schöf!

Lechte lokale Nachrichten.

Unfälle. Heute vormittag 10 Uhr fuhrte an der Ecke Berliner- und Peterstraße die 10 Jahre alte Tochter eines in Vorstadt Pöhlau wohnenden Tischlermeisters von einem Schuppendach auf die Straße. Die junge Mama erlitt bei dem Sturze einen Armbruch und andere Verletzungen. Er wurde nach dem Krankenhaus in Friedersdorf gebracht. — Auf der Altmühlstraße prüfte gestern nachmittag ein in den vergangenen Jahren lebender Zimmermann von einer Seite. Der Kreis erlitt darüber Verletzungen, doch er noch dem Krankenhaus gebracht werden mußte.

Ein "Steinhauer" Einbrecher. Dem wegen Einbruchdiebstahl festgenommenen Dienstmeister Erich Spengler aus Dresden ist von der Landesstrafmilderungsbehörde Dresden in Gemeindemaister der Landesstrafmilderungsbehörde Dresden eine große Augabe Einbrüche, und zwar in Seelenhain, Görlitz, Altenhof, Langenbogenhain, Röhrsdorf bei Wildenau, Cunnersdorf bei Kamenz, Strohschöndorf bei Weesenstein, Wittgensdorf, Nitschendorf, Hermsdorf, Schönborn, Oberbernsdorf, Starzdorf, Goppeln, Böhlen bei Leisnig, Bahnhofsteile Röhrsdorf und Leisnig, ferner in Röhrsdorf, Bleicha, Klein-Göltz, Kleinhardtegg, Röhrsdorf, Jabel, Unterhaida, Wöhla, Döbeln, Niederschönau, Leisnig, Leisnig, Peppendorf, Klein-Oelmannsdorf, Schullwitz, Crostau, Hartmannsdorf, Börsdorf, Preysendorf, Schmidwalde und Kreisendorf nachgewiesen worden.

Politisches Gericht. In der Stadt ist das Gericht verbreitet, der Zeitung der seit 18. Februar verurteilten Antonius Grätz

zu verurteilen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für sein Parteiblatt zu werben.

Nicolai sei in der Tüngergasse des Grundhofs des Polizeipräsidiums gefunden worden, von wo aus bekanntlich das 18. Februar die Mäden verdrückt wurden. Dieses Gericht ist vollständig mit der Luft gereinigt und entschuldigt die Begründung, die Generalstaatsanwalt, noch jeder Anhalt über den Verbleib der Verschwundenen hat.

Prognose der Sachsischen Landeswetterwarte

für den 8. März 1914:

Obige Nordwestwinde; wolkende Bewölkung; etwas Winde.

Wetterlage: Um einen über der sächsischen Oberfläche liegenden Kern dieser Drüse zieht sich ein Depressionsbereich von angewaltiger Ausdehnung. Die Höhe des Kerns hat uns heute mit Niederdruckgebäude. Eine wesentliche Verdunstung ist zunächst nicht zu erwarten, so sehr wie die Ostwindverteilung es zunächst nicht zu erwarten.

Wetterstände der Moldau und Elbe: Verdunst + 148, Brandenburg + 190, Sachsen + 190, Meißn + 176, Thüring. + 18, Nassig + 217, Dresden + 54.

Parteigenossen! Gelehrte Nummern der Volkszeitung bitten wir nicht mehr zu verwenden, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für sein Parteiblatt zu werben.

Dr. Thompson's Seifenpulver

(Marke Schwan)

ist in Verbindung mit dem modernen, garantiert unschädlichen Bleichmittel

Seifix

das beste selbsttätige Waschmittel.

Es habe in allen Verkaufsstellen von Dr. Thompson's Seifenpulver.

„Seifix“ Paket 15 Pfennig**Deutscher Holzarbeiterverband**

Den Mitgliedern hierdurch die bekräftige Meldung, daß unser Mitglied, der Tischler, Holzarbeiter

Oskar Schindler

plötzlich verschieden ist.

Seine Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 3½ Uhr auf dem Löbauer Friedhof statt. Die Verwaltung.

Deutscher Textilarbeiter-Verband Dresden u. Umg.

Den Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis, daß unser Kollege der Spinnländer

Artur Kann

nach kurzer Krankheit verschieden ist.

Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 3½ Uhr, auf dem Tollenser Friedhof statt.

Um zahlreiches Geleit ersucht Die Ortsverwaltung.

Nach langem schwerem Leiden verschieden Sonntag nachmittag 5 Uhr unter lieber Sohn

Artur

Die Beerdigung findet Sonntag nachmittag 3½ Uhr auf dem Tollenser Friedhof statt.

Die traurenden Hinterbliebenen: Max Kann u. Frau Dresden, Bodenbacher Straße 12.

Deutscher Holzarbeiter-Verband Zehlendorf

Am Freitag verschied unter langjähriges Mitglied, der Holzmaschinenarbeiter

Emil Hänsel

Lebten, im Alter von 51 Jahren.

Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Friedhofs aus statt.

Um zahlreiches Geleit ersucht Die Ortsverwaltung.

In den vergangenen schweren Tagen sind uns erhebliche Beweise von zärrender Seele und Anteilnahme beim Leidengange unserer Hinterbliebenen unvergesslich.

Helmut

erwiesen worden. Es ist ein eingesetztes Bedürfnis, eben zu danken, die und in unserm alten Webe zu trösten verurteilten lieben Verwandten, Freunden und Bekannten. Herr Peter Winter für seine tiefschürfende Worte, dem Herrn Dreher, dem Herrn Leibnitz und den Schulamtern unseres Bezirks, insbesondere dem Bezirk, den Hausbewohner und Nachbarn, die uns in den dunkelsten Stunden des Krieges und Kämpfens mit Mut und Tat zur Seite standen, uns unvergesslich und wahrhaft alle vor übligem bewahrt haben!

Zu tieferer Trauer

Hugo Winkler, Spinnländer, und Familie.

Wir machen unsere besten Abschätzungen von diesen uns verehrten auf den Projekt der Firma J. Gemmeler, Kesselsdorfer Straße 16, aufmerksam.

Man trinke nur die in Qualität unerreichten [L 1268]

Meissner Genossenschafts-Biere

Niederlage: Dresden-N., Moritzburger Str. 59/63 tel. 18 286

Metallbetten an Tribüne. **H. Räder**, beide M., bill., eb. Teile, Analog frei. **D. Räder**, Tharandter Str. 21, pl. Holzrahmenmatratzen, Kinderbett, Eisenmöbelfabrik Ewhl. 1. Thür.

Kinderwagen eleg., bill., zu verl. Coppelstrasse 19, L.

Hamburg-Bremer Versicherungs-Gesellschaft (auch Einbruchdiebstahl-, Unfall- u. Haftpflichtversicherung) Wir suchen ältere, besonders für Dresden u. Umg. rüttige

fleißige Vertreter gegen höchste Bezüge. Bewerbungen zu richten an: [A 183] Verwaltung Leipzig, Poniatowskistraße 12.

Strohhut-Näherinnen auf keine Gesichter außer dem Hause für sofort gefügt. **F. Emil Börner** Strohhut-Fabrik, Trinitatistraße 4. [B 5027]

Residenz-Kaufhaus

G. m. b. H.

sucht zum Antritt per 1. April

tüchtige, branchekundige

Verkäuferinnen

für die Abteilungen

Lederwaren**Schreibwaren****Kurzwaren****Emaillewaren****Herren - Hüte****Kontrollleurinnen**

für die Paket-Ausgaben.

Ferner suchen wir einen

Lehrling

mit guten Schulzeugnissen für die Abteilung

Optik und Photograph. Artikel.

Vorzu stellen vormittags von 9—11 Uhr im Kassen-Kontor, 4. Stock.

[A 45]

(Öffentliche politische Versammlungen.)

3wei Volksversammlungen

Dienstag den 10. März, abends 8 Uhr, in Hammers Hotel in Striesen, Augsburger Straße
 Donnerstag den 12. März, abends 8½ Uhr, im Gasthof zu Briesnitz.

Tages-Ordnung:

Wohnungsleid, Wohnungsreform und Arbeiterschaft.

Referent: Gewisse Paul Schlegel aus Berlin, Direktor der Aktien-Gesellschaft für Kleinhausbau.

Freie Aussprache!

Arbeiter, Beamte, Handwerker! Der Frage der Wohnungsreform wird in letzter Zeit erhöhte Aufmerksamkeit entgegengebracht. Besonders die Arbeiterschaft hat dafür großes Interesse. Es ist nötig, daß die Versammlungen maßhaft besucht werden.

Der Einberufer: M. Herrwig, Dresden-Altstadt.

VI. Kreis!

Frauen-Verfammlungen u. Volks-Verfammlungen

Schmiedeberg

Montag den 9. März, abends 8½ Uhr
 im Elauz' Restaurant

Rabenau

Montag den 9. März, abends 8 Uhr
 im Amtshof

Dippoldiswalde

Dienstag den 10. März, abends 8½ Uhr
 in der Reichskrone

Deuben

Dienstag den 10. März, abends 8½ Uhr
 im Sachsischen Wolf

Die Tagesordnung ist auf den Handzetteln bekanntgegeben.

Referentinnen:

Frau Elisabeth Röhl, Köln. Frau Hanna Harder, Bremen.

Frauen, Mädchen und Männer der Arbeiterklasse! Erscheint massenhaft in diesen wichtigen Versammlungen.

Die Einberuferin.

Verband der Hutarbeiter u. -arbeiterinnen. Mitgliedschaft

Dienstag den 10. März (Tag vor dem Bußtag), abends Punkt 5½ Uhr
 im großen Saale des Volkshauses

Große Frauen-Verfammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Frau und ihre Rechtsstellung im öffentlichen Leben.

Referent: Arbeitersekretär Wenzel, Dresden.

2. Berufs-, Betriebs- u. Verbandsangelegenheiten.

Pflicht aller Kolleginnen, Nähern und Garnierinnen, Soal- und Heimarbeiterinnen ist es, in der Versammlung zu erscheinen. Wer der Versammlung gründlich fernbleibt, bringt nur seine Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit der zukünftigen Gestaltung seiner Berufs- und wirtschaftlichen Verhältnisse gegenüber zum Ausdruck. Deshalb, Kolleginnen, alle in die Versammlung!

Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Sanitäts-

Kolonne Dresden

Abteil. Plauenscher Grund.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

[V 200] Der Vorstand.

[V 110]

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

10. März in der Neuen Schänke statt.

Der Vorstand.

Die Leitung findet nicht Mittwoch, sondern Dienstag den

Reichstag.

22. Sitzung. Freitag, den 6. März, nachmittags 1 Uhr.
zu Sonderabstimmung: Renten.

Rente Anfragen.

Abg. Rößler (SPD) fragt, ob der Bau einer Eisenbahn von der Saarbrücke nach Saarburg bald im Angriff genommen werden soll. Der Rechtsanwalt des Reichsbahnamts erklärt, der Bau müsse noch durchgesetzt werden wegen der erheblichen Kosten anderer dringender Ausgaben.

Abg. Dr. Kretschmer (Württib.), Dr. Berlach (D.), Dr. Schatz (NL), Dr. Staudt (SPD) fragen, ob der Reichsbaurat bereit ist, darüber Auskunft zu geben:

1) ob die Befreiungsanträge über Hunderte von Todesfällen und sonstige Schädigungen durch die Behandlung mit Salvarsan

entsteht;

2) ob das Salvarsan sich im freien Verkehr befindet;

3) ob im Salvarsan enthaltene Arzneimenge für Arsen

vergleichbar Karbinalbosis um das Vierfache übersteigt;

4) ob die Todesfälle und Gefundescheideungen auf das

Salvarsan enthaltene Arsen ganzfachlich sind.

Ministerialdirektor Sonnenburg: Für Todesfälle oder schwere

Gefundescheideungen bei der Anwendung von Salvarsan de-

ut mit dem Reichsrecht keine Ausgegängte, so dass es un-

ausreichende Mitteilungen darüber fehlt. Die in der medizinischen Litera-

tur über vorliegende Ausgaben, auf Nebel und Unbillkommen

gründet. So bedauerlich solche Fälle sind, so ist doch zu be-

werten, dass das Salvarsan bereits bei einer sehr großen Anzahl

der Kranken ohne Schädigung angewendet worden ist, und doch

einiges Unglücksfälle auch bei anderen Heilmitteln nicht aus-

fehlen. Die, die das Salvarsan bisher angewendet und

über ihre Erfahrungen ausgetauscht haben, sind in weit über-

zeugendem Maße der Ansicht, dass es richtig angewendet, dass

die wertvolle Bereicherung des Heilmittelshandes ist. Es ist deshalb

der Meinung gegeben, einschlägige Maßnahmen gegenwärtig

am Salvarsan zu ergreifen, und seine Anwendung den Krän-

ken zu erschweren. Das Salvarsan unterliegt dem Apoth-

eken und dem Arzneiprzess. Die in ihm enthaltene Arzneimenge

ist die Maximalkonzentration des Arzens in der Arzneimenge un-

ter 1000, doch ist zu berücksichtigen, dass das Arzen im Sal-

varsan in erheblich geringerer Konzentration vorliegt, als in der

Arzneimenge. Die Reichsverwaltung wird die wichtigste Prüfung

die größte Ausweitung anstreben, und gezeigt werden

soll, ob es rechtmäßig ist, das Salvarsan weiterhin verordnet zu werden.

Abg. Staudt (SPD) fragt, was der Reichstag zu tun ge-

will, um der Umsetzung des Weingesetzes vorzubereiten, die darin

sich aus dem Ausland Wein eingeführen, die einen

sehr ungünstigen Weingeschmack haben, und das aus Samos Desserzweine eingeschlossen, die

die Umsetzung des Weingesetzes überhaupt nicht entsprechen.

Ministerialdirektor Sonnenburg: Dem Reichstag ist nicht

klar, dass auf diesem Gebiete bei den ausländischen Weinen die

Wirkung von besonderem Umfang ergeben hat. Aus Samos

einem freilich Desserzweine ist, die unter Aufsicht erzüchter

Weingeschmack hergestellt sind. Keine ihrer Bezeichnung ist dem

eine lebensfähige Entscheidung zu ermetten; diese Ent-

cheidung des Reichsgerichts wird abgewartet sein.

Abg. Dr. Quandt (SPD):

Da dem Reichstag bekannt ist, dass eine den Wünschen des

Reichstages widersprechende und einseitige Regelung des Arbeits-

marktes der Straßenbahnen bei der lediglich die Unternehm-

er nicht die Angehörigen zur Verarbeitung zugesagten wurden,

nicht die Angehörigen zur Verarbeitung zugesagten wurden,

und mit Gültigkeit vom 1. April 1914 für Preußen allein

angekommen waren. Was gebietet der Reichstag zu tun,

um eine der einheitlichen Entwicklung der Straßenbahnen im

Reich entsprechende einheitliche Regelung der Dienstvorschriften für

Strassenbahn herbeizuführen, und die Auslegung der Angehörigen

und ihrer Verbände neben denjenigen der Unternehmen für die Vor-

schreibung jüngerer Vorschriften zu führen.

Ministerialdirektor Dr. Gasser: Wie für die Eisenbahnunter-

nehmen finden auch auf die Straßenbahnen als Klein-

betrieben die Bedürfnisse des Gewerbebedarfs keine Anwendung.

Die Regelung der Arbeitsverhältnisse der bei ihnen beschäftigten

Personen ist daher Sache der Bundesregierung. Der Reichsleitung

ist deshalb eine Einigung auf diese Angelegenheiten gurztigt

nicht zu.

Hierauf wird die

zweite Beratung des Poststaats

fortgeführt beim Titel „Soziale und betriebliche Ausgaben“.

Abg. Erzberger (D.) bittet, mehr Automaten aufzustellen; diese

helfen sich selber nicht organisieren und selbst positionieren (Zeiter-

teil), weil sie zu sehr auf Anweisung genommen werden.

Bei den einmaligen Ausgaben bemerkte

Abg. Zubell (SPD):

Weit über hundert Grundbesitzer aus Weißensee positionieren

jetzt den Erwerb eines Grundstückes für einen Neubau eines

Wohngebäudes; das gegenwärtige Dienstgebäude liegt sehr gut

und ist einer Erweiterung fähig. Da braucht man nicht das Geld

für ein neues Grundstück zum Fenster hinzuwerfen.

Abg. Staudt (SPD) spricht sich für den Kompromissantrag aus.

Reichstagspräsident: Ich bitte die Forderung zu bestätigen. Die Kommission hat sich überzeugt, dass die in der Petition angeführten Gründe nicht stichhaltig sind.

Abg. Zubell (SPD): Ich betone noch einmal die Möglichkeit eines Erweiterungsbau auf dem gegenwärtigen Grundstück.

Der Titel wird bestätigt.

Abg. König (SPD):

wendet sich gegen die für ein Dienstgebäude in Schwelm angefor-
derter 140.000 M., von einer Zahlung Schmelzer Bürger nichts be-
kommt, dass für dieses Dienstgebäude ein Bedürfnis nicht vor-
handen sei, ganz das alle vor 1907 nach den Wünschen der Post-
verwaltung umgebaut ist.

Reichstagspräsident: Die Verhältnisse in Schwelm bringen
uns die gemieteten Räume aufzugeben.

Der Titel wird bestätigt, ebenso der Rest der Ausgaben.

Bei den Einnahmen bemerkte

Abg. Höhne (SPD):

Die Erhebung von Strafporto im Nachbarortverkehr von Berlin bringt große Ungleichheiten mit sich. In Schleiden von 2. M. habe ich durch Umfrage festgestellt, dass verschiedene Postleute 1-2 M. Strafporto zu geben haben. Nach einer Schätzung nimmt die Post in Schleiden allein 24.000 M. an Strafporto im Jahre ein. Im Dahrendorfer unterer Vorort liegen die Dinge ähnlich, und ebenso in anderen Kreishäfen. Der Nachbarortverkehr sollte auf alle Orte ausgedehnt werden, die in wirtschaftlichem oder sozialem Zusammenhang stehen, also in jedem Fall auf die Kreishäfen mit ihren Vororten. (Sitz richtig bei den Sozialdemokraten.)

Die Einnahmen werden bestätigt. Damit ist der Poststaat erledigt.

Es folgt die zweite Beratung des

Postabschaffungsgesetzes.

§ 1 der Regierungserklärung willst du dem Reichstag über-
lassen, insoweit nicht rechtssichere Vereine zum Postabschaffung
ausgestossen sind. In der Fassung der Kommission werden Ver-
einigungen und Amateuren, nach sofern sie nicht partische Personen
sind, zum Postabschaffung zugelassen.

Abg. Vogtherr (SPD):

Weil das Reichskommissariat die Kommissionsbeschließung nicht für
eine gesetzliche Grundlage zur Verbindung hat, haben die
bürgerlichen Parteien ihn auf einen Antrag gestellt, der gerade
diejenigen Beziehungen der Kommission bestätigt, die den Reichs-
postverkehr verbilligen und so zu seiner Ausdehnung beitragen sollen. (Sitz richtig bei den Sozialdemokraten.)

Vor dem Verteilen des Gesetzes ist Leute in weiten Kreisen noch gar nichts be-
kannt. Würden wir null eine verdeckten Parteienlinie gegen die Postabschaffung

schließt die in der Postabteilung der Staatsministerie von 100 M. auf

50 M. die Regierungsentwurf vorstellt, und der die Kommission

zugekennigt hat, geht es im Interesse der kleinen und mittleren Ge-
werbetreibenden nicht weit genug. Wir beantragen daher, die

Stammabgabe auf nur 25 M. zu begrenzen. Die Kommission hat

einen Einheitsabgabe von 5 Pf. als Gehalt für die Einsammlung fest-
gesetzt, und davon halten wir fest. Die bürgerlichen Parteien

wollen diesen Satz nur bei Einsammlungen bis zu 25 M. setzen

lassen. Sollte der Kommissionenentscheid abgelehnt werden, dann

beantragen wir, die Grenze doch mindestens bis zu Einsammlungen

von 100 M. herauszuschieben. Auf unserer Seite stehen bei diesen

Stellungnahmen auch die großen kommunalen Organisationen. Den

Staatssekretär dagegen haben sie als Grundlage nur Entwürfe einer

Sozialabgabekommission gesehen, deren Mitglieder er aus

Reihen genommen hat, die an der Verbilligung des Großbetriebs

und an der Verkürzung des Kleinbetriebs interessiert sind. In

dieser Politik, die auch die bürgerlichen Parteien mitmachen

wollen, zeigt sich kein Widerstand noch Förderung des Ver-
kehrs, sondern nur förmliche Abwehr des Kleinbetriebs. Wird das Gesetz

in der beschuldigten Weise verdonnert, so ist es besser, auf das
ganze Gesetz zu verzichten und es bei dem gegenwärtigen Zustande

zu lassen. Wir werden daher für die Kommissionsbeschließung

stimmen, und falls sie abgelehnt wird, gegen das ganze Gesetz.

Abg. Anden (D.): Die „Alloder-nicht-Politik“ des Vor-

tretners macht meine Freunde nicht mit. Auch wie hätten die

Annahme der Kommissionsbeschließung am liebsten geschaut. Da deren

Durchsetzung nicht möglich ist, nehmen wir als Realpolitiker, was wir

wie erreichen können. Der Vor treter überzeugt, dass auch nach

dem Kompromissantrag in dem Gesetz noch wesentliche Vorteile

bleiben, so die Übernahme der Kleinbetriebe an die Postverwaltung auf 50 M.

ferner, dass die Verteilung der Kleinbetriebe unterliegen nur der

Post, da der Empfänger, nicht der Einsammlende, die Gehalts

zahlt. Da die Grenze für die Einsammlungshöhe von 5 Pf. auf

25 M. festgesetzt ist, beträgt sie nur als einen Übergang. Zudem

reinigt mit Kleinbetrieb, da die Postverwaltung die Grenze

noch auf 50 M. herausheben wird. (Sitz richtig bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Nolde-Lüke (SPD): In dem Postabschaffungsgesetz, wie es nach

dem Antrag der bürgerlichen Parteien gestanden kommt, liegen

doch recht erhebliche Vorteile für die dabei beteiligten Kreise.

Insbesondere die Herabsetzung der Stammabgabe von 100 auf 50 M.

Man könnte erwarten, dass die Postverwaltung mehr auf die kleinen

und ausgedehnten Gelder falle zum Nutzen der breiten Interessen-

kreise erfolgen; freilich müssen diese Gelder schnell mobilisiert

sein. Hierauf wird bestätigt.

Die Debatte schließt. Der Staat wird bestätigt.

Hierauf verlagert sich das Haus auf Sonnabend 11 Uhr. (Sitz

des Reichstagskollegium

Parteanglegenheiten.

Kommunalwahl in Sieglin bei Berlin.

Bei der Wahl in einem Bezirk wurde bereits im ersten Wahlgang der Demokrat Oberst a. D. Schlegl von der Sozialdemokratie unterstützt, während in einem andern Bezirk die Demokraten die beiden sozialdemokratischen Kandidaten unterstützten. Diese Tatsache hat den Unruhen erweckt, als handle es sich hier um ein formelles und bedeutendes Wahlbündnis schon für den ersten Wahlgang.

Die Ursache für diesen ungewöhnlichen Vorgang lag aber in der Wahlbestimmung, daß der Inhaber des Mandats Hausseigner sein muß. Da sich unter den Siegliner Genossen keiner fand, der Haushalter ist, lag die Wahlklausur für die Genossen schon bei der Hauptwahl so, wie sie sonst erst für die Stichwahl gesehen ist; sie hatten entweder auf jede Wahlteilnahme zu verzichten oder aber von den beiden aufstellenden bürgerlichen Kandidaten den finalstehenden zu wählen. Das leitete es gelehrt, um denkbar die reaktionäre Mehrheit im Gemeinderat zu schwächen. Es ist bei der ganzen Wahlaktion nicht der geringste Zweck darüber gefasst worden, daß wir nur deshalb zur Wahl des Demokraten Wahl ausscheiden, weil wir keinen eignen Kandidaten aufstellen konnten. Wenn die Demokraten in einem andern Bezirk die sozialdemokratischen Kandidaten unterstützen, so war das ihr freier Entschluß. Es ist diese Unterstellung weder gesetzlich noch ist überhaupt ein Wahlbündnis geschlossen worden, daß den Siegliner Genossen in ihrer Wahlaktion irgendwelche Verhältnisse oder Verpflichtungen aufgestellt.

Konflikte der Wiener Arbeiter-Zeitung.

Die Arbeiter-Zeitung wurde zweimal wegen der Kritik an der Ausprägung des Wörters Stellung konfisziert. Solche Konflikte sind aber — und das sollte der Herrscher eigentlich wissen und sich nicht erst damit lächerlich machen — in Österreich ein Schlag ins Wasser. Der konfisierte Artikel bringt aus, was nach österreichischem Parlamentsbrauch gestattet ist, in einer parlamentarischen Interpellation umgedreht zu werden, dann kann ihn die konfisierte Zeitung wieder abdrucken, weil der Abdruck parlamentarischer Abläufe ausdrücklich erlaubt ist. Durch Aufnahme in die Interpellation ist der Artikel zum parlamentarischen Ablauf geworden. Und so drückt die Arbeiter-Zeitung denn die kontroversierten Artikel wieder ab und der Herrscher muß hilflos zu gehen, wie seine kontrollierende Arbeit wieder gehörig wird.

Österlicher Parteitag.

Vom 12. bis 14. Februar lagte in Belgrad der Parteitag des sozialdemokratischen Partei. Da es der Parteileitung gelungen ist, die Mehrheit der durch den Krieg zerstörten Organisationen wiederherzustellen, so waren aus dem ganzen Lande 180 Delegierte aus dem Parteitag versammelt. Die neuerrichteten Gegenbenen waren gleichfalls vertreten. Da die neuen sozialen Bürger die politischen Rechte nicht geniessen, bat man dort keine politischen, wohl aber die gewerkschaftlichen Organisationen zu gründen begonnen. Bald wird in Belgrad ein sozialistisches Blatt gegründet.

Aus dem Bericht des Parteivorstandes geht hervor, daß der Krieg alle Organisationen zur Auflösung brachte. Aus mehreren Organisationen waren höchstens alle Mitglieder militärfrei. In Belgrad sind nur die Abgeordneten und eine winzige Zahl der Genossen übrig geblieben. Sie konnten aus die Parteileitung redigen, deren Verbreitung sehr erwidert wurde, die man aber nun aus Weisheit vor untreuer Genossen auf dem Schlachtfeld duldet. Die militärische Besetzung, die über das Land ihre Herrschaft ausübt, hat die Frauen unserer Genossen und selbst ihre Kinder umjagt zu arbeiten gezwungen. Die Wohnungen der Organisationen im Lande wurden zu Militärlazaretten genommen, einige selbst in Pferdegaragen verwandelt. Man hat alles entzogen können und heute sind wir härter denn je.

Es ist selbstverständlich, daß der Krieg und der Kampf gegen den Militärrismus, für die politischen Freiheiten, in erster Reihe für das allgemeine Wahlrecht, die Tagessordnung des Parteitages bebereitet. Das aber, obwohl sich dieser Parteitag, der erste nach den durchlaufenen Kriegen, besonders ausgezeichnet, mit seine Verbindung in eine großartige sozialdemokratische Kundgebung gegen den Krieg und gegen die Kriegsbegehr.

An der Höhe der sozialistischen Genossen fanden sich auch die Vertreter der sozialistischen Partei aus den unmittelbar interessierenden Ländern: für die deutsche Partei in Österreich Dr. Eilenbogen, aus Ungarn Bükker, für die Tschechen Soukup, aus Kroatiens Kravats, aus Bosnien Jakić und Matić und aus Bulgarien Sulejmanow. Südmährisch wurden sie von dem Parteitag empfangen und demonstrierten wurden ihre Reden begrüßt.

Martyrium der lettischen Arbeiterprese.

Mit sechs ungeheuren Schwierigkeiten die Arbeiterprese in Riga und zu kämpfen hat, davon kann sich der deutsche Arbeiter,

Sind Deine Schuhe noch so schmutzig
Mit Immalin sie glänzend putz ich!



Gummi-Absätze
wirklich gut, halbfaser
als Leder, daher billiger
pro Paar [L] 1572
für Damen . . . 20, 25 Pf.
für Herren . . . 35, 50 Pf.
mit Nügeln bzw. Schrauben
Bei Einkauf von 3 Paar Absätze
ein preisliches Geschenk.
Radier-Gummi
10 Stück 20 Pf.
Wiederbeschichteter Gummi-Absatz A IIII verlangen!
Dresdner Gummiwaren - Industrie
Dresden-L., Poppels 8, hinter der Annenkirche
Bitte genau auf Firma zu achten!

der die Verhältnisse nicht kennt, gar keine Vorstellung machen. Es ist nicht nur die Niedrigkeit des breiten Volkes, auf die die Arbeiterprese hauptsächlich angewiesen ist, nicht die große Zahl der Anstrengungen, der Verdienste, es ist vor allem das brutale Vorgehen der Justiz- und Verwaltungsbürokratie, die kein Gelehrte achtet, die alle Mittel anwendet, welche ihnen zur Unterwerfung der Arbeiterprese möglich erscheinen. Die Reaktion arbeitet mit Hodenkrebs, Schlag auf Schlag trifft die Arbeiterprese, aber immer wieder erholt sie von neuem und stärker wie zuvor. Die Opfer der Reaktion erweisen sich häufiger als die Wacht der Reaktion.

Zur Charakterisierung der Verhältnisse, unter welchen die lettische Arbeiterprese ihr Dasein führt, seien hier einige Zahlen angeführt: Das in Riga erscheinende Wochenblatt "Döbres Balz" wurde im vergangenen Jahr zweimal, im ganzen mit 3000 Rubeln oder 15 Monaten Gefängnis bestraft. Das ebenfalls dreimal monatlich erscheinende Gewerkschaftsblatt "Arbeitskreis" wurde zweimal, im ganzen mit 3000 Rubeln oder 15 Monaten Gefängnis bestraft. Gleichzeitig werden auch die Zeitungen konfisziert und die verantwortlichen Redakteure verhaftet, was immer eine ewigwährende Siedlung zur Folge hat, da die Zeitung nicht eher erscheinen darf, bis ein neuer Redakteur bestellt ist, und das wird sehr oft in die Länge gezogen. Da die Straßen infolge Geldmangels in der Regel ausgelöscht werden, so kommt es nicht selten vor, daß zwei oder drei Redakteure gleichzeitig im Gefängnis sitzen. Alle diese Strafen verhindern aber nicht, die Arbeiterlein zu kriegen, im Gegenteil, sie münden sich in eine Tagesszeitung ins Leben zu rufen, und nach mühevoller Arbeit kommt das Wochenblatt "Döbres Balz" vom 1. Januar 1914 als Tagesszeitung erscheinen. Große Opfer haben die Arbeiter gebracht, aber noch größere standen bevor, denn es war vorzusehen, daß die Verfolgungen nicht nodulieren, sondern zunehmen würden; und das traf ein: folgt jede zweite Nummer der neuen Tagesszeitung wurde konfisziert und mit Strafen belegt, bis sie schließlich bei der 18. Nummer ganz verboten wurde. Der Verantwortliche erhielt für die 18. Nummer in ganzem 10 Monate Gefängnis auf dem Verwaltungsbürokrat; außerdem wird er jemals noch vor Gericht zu verantworten haben. An Stelle der verbotenen wurde eine neue Tagesszeitung — "Döbres Balz" — ausgegeben, die nicht weniger verfolgt wird. Es erscheint augenblicklich in Riga drei lettische Arbeiterblätter: "Döbres Balz" das Gewerkschaftsblatt "Arbeitskreis" und das Gewerkschaftsblatt "Vaterland". In kurzer Zeit wird auch eine theoretische Monatsschrift erscheinen, die man bisher schwerlich vermisst. So scheitert auch hier, trotz aller Gewalttaten der zaristischen Regierung, die Arbeiterprese unerschrocken vorwärts.

Soziales.

70384 Sichtläufer.

Trotz der milden Witterung ist in den sechs Wärmestuben des Wiener Wärmestuben- und Wohltätigkeitsvereins nur eine geringe Abnahme der Besucher bei Tag wahrnehmbar; des Nachts ist noch immer eine gleich starke Besuchsspitze zu verzeichnen. So wurden in der abgelaufenen Woche 91 174 Portionen Suppe und Brot, davon an Kinder 34 823 Portionen, seit Betriebbeginn 1814 265 Portionen verteilt. Des Nachts nahmen in den sechs Wärmestuben 4843 Personen die "Wohlfahrtseinrichtung" des Vereins — den Sitzplatz zum Schlafen — in Anspruch, seit Betriebbeginn 70 384 Personen. — Berlin hat für 6000 Obdachlose vorgesorgt. Wien kann 2000 nicht unterbringen und muß täglich 700 Personen wringen, ebenso, samstags und Sonntags, zu "obdachen". Das heißt dann noch "Wohlfahrtseinrichtung", weil die Leute nicht — erfrieren brauchen. Diese Wohlfahrtseinrichtung muß aber wirklich noch als Obdachstube hingenommen werden, weil die Stadt diese 700 bis 800 Menschen sonst wirklich dem Erfrieren ausgesetzt würde.

Der Bremer Senat und die Arbeitslosenversicherung.

Die bremische Bürgerschaft verhandelte am 4. März über einen umfangreichen Bericht des Senates zu der Frage der Arbeitslosenversicherung. Der Senat lehnte rundweg ab, irgend etwas zu tun, obwohl auch in Bremen Tausende von Arbeitslosen vorhanden sind. Die sozialdemokratische Fraktion verlangte nachdrücklich Einführung der Arbeitslosenversicherung und beantragte Eingabe einer Kommission zur weiteren Verfolgung der Angelegenheit. Dieser Antrag wurde auch von den Fortschrittlerunterstützt, aber die liberale Mehrheit der bremischen Bürgerschaft lehnte ihn ab.

Stadtbürtigkeitszahlung der Arbeitslosen in Budapest.

Am 22. März wird in Budapest samt Nachbargemeinden eine stadtmautähnliche Zahlung der Arbeitslosen durchgeführt werden.

und zwar auf Grund einer besonderen Vorschrift, die die politische Reaktion Dr. Herrenberg im Auftrag des Staates ausgearbeitet hat. Der Gewerkschaftsrat ist zu diesem Zweck mit 6000 Büromitarbeitern aus dem Gewerke eingetragen, die Wohnung für Wohnung abzuschließen und die entsprechenden Erledigungen und Auszeichnungen machen lassen. Die Reaktion wird in den Gewerkschaften informativ Vorträge halten, die Zahlung wird der Bevölkerung durch Briefe bekannt gemacht werden. Die Säumnisse sollen auch in den folgenden Jahren weiter geführt werden.

Der Kampf um die Sonntagsrede.

In der Sonntagsrede-Kommission des Reichstags wurde die Ausnahmen für die Abstinenz nachdrücklich beendet. Die Genossen Wender und Dr. Osterwitz wiesen den bürgerlichen Komprovisorparteien aus, die die Sonntagsrede eingeführt haben, mit unzähligen Verfehlungen gegen die geplante Regelung der nötigen Arbeitsaufgaben. Sie bestreiten leicht verdecklicher Art und Benutzungen, die in Wöhrliner Vorschriften nummehr genügend ausgeschlossen, so daß man die geplante Regelung schaffen kann, um jede Verfehlung auszuschließen. Bekanntermaßen wünscht die Gewerkschaftsfraktion, die sich um Bekämpfung der Gewerkschaftsverbindungen unter die Bevölkerung bemüht, ebenso der sozialdemokratische Gewerkschaftstag, die Gewerkschaftszeitung im Komiteekantone der bürgerlichen Parteien, wenigstens auf vier Stunden bei den Bad-, und Schönheitsbetrieben für alle Bediensteten auf die Zeit bis 2 Uhr nachmittags verhängt. Annahme fand mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die die Abstinenzverordnungen unter die Bevölkerung bestreiten. Der Gewerkschaftsfraktion ist es gelungen, die Gewerkschaften zu bestimmen bis 10 Uhr vormittags und auf Erholung für die Arbeit abgelebt, ebenso der sozialdemokratische Gewerkschaftstag, die Gewerkschaftszeitung im Komiteekantone der bürgerlichen Parteien, wenigstens auf vier Stunden bei den Bad-, und Schönheitsbetrieben für alle Bediensteten auf die Zeit bis 2 Uhr nachmittags verhängt. Annahme fand mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die die Abstinenzverordnungen unter die Bevölkerung bestreiten. Der Gewerkschaftsfraktion ist es gelungen, die Gewerkschaften zu bestimmen bis 10 Uhr vormittags und auf Erholung für die Arbeit abgelebt, ebenso der sozialdemokratische Gewerkschaftstag, die Gewerkschaftszeitung im Komiteekantone der bürgerlichen Parteien, wenigstens auf vier Stunden bei den Bad-, und Schönheitsbetrieben für alle Bediensteten auf die Zeit bis 2 Uhr nachmittags verhängt. Annahme fand mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die die Abstinenzverordnungen unter die Bevölkerung bestreiten. Der Gewerkschaftsfraktion ist es gelungen, die Gewerkschaften zu bestimmen bis 10 Uhr vormittags und auf Erholung für die Arbeit abgelebt, ebenso der sozialdemokratische Gewerkschaftstag, die Gewerkschaftszeitung im Komiteekantone der bürgerlichen Parteien, wenigstens auf vier Stunden bei den Bad-, und Schönheitsbetrieben für alle Bediensteten auf die Zeit bis 2 Uhr nachmittags verhängt. Annahme fand mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die die Abstinenzverordnungen unter die Bevölkerung bestreiten. Der Gewerkschaftsfraktion ist es gelungen, die Gewerkschaften zu bestimmen bis 10 Uhr vormittags und auf Erholung für die Arbeit abgelebt, ebenso der sozialdemokratische Gewerkschaftstag, die Gewerkschaftszeitung im Komiteekantone der bürgerlichen Parteien, wenigstens auf vier Stunden bei den Bad-, und Schönheitsbetrieben für alle Bediensteten auf die Zeit bis 2 Uhr nachmittags verhängt. Annahme fand mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die die Abstinenzverordnungen unter die Bevölkerung bestreiten. Der Gewerkschaftsfraktion ist es gelungen, die Gewerkschaften zu bestimmen bis 10 Uhr vormittags und auf Erholung für die Arbeit abgelebt, ebenso der sozialdemokratische Gewerkschaftstag, die Gewerkschaftszeitung im Komiteekantone der bürgerlichen Parteien, wenigstens auf vier Stunden bei den Bad-, und Schönheitsbetrieben für alle Bediensteten auf die Zeit bis 2 Uhr nachmittags verhängt. Annahme fand mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die die Abstinenzverordnungen unter die Bevölkerung bestreiten. Der Gewerkschaftsfraktion ist es gelungen, die Gewerkschaften zu bestimmen bis 10 Uhr vormittags und auf Erholung für die Arbeit abgelebt, ebenso der sozialdemokratische Gewerkschaftstag, die Gewerkschaftszeitung im Komiteekantone der bürgerlichen Parteien, wenigstens auf vier Stunden bei den Bad-, und Schönheitsbetrieben für alle Bediensteten auf die Zeit bis 2 Uhr nachmittags verhängt. Annahme fand mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die die Abstinenzverordnungen unter die Bevölkerung bestreiten. Der Gewerkschaftsfraktion ist es gelungen, die Gewerkschaften zu bestimmen bis 10 Uhr vormittags und auf Erholung für die Arbeit abgelebt, ebenso der sozialdemokratische Gewerkschaftstag, die Gewerkschaftszeitung im Komiteekantone der bürgerlichen Parteien, wenigstens auf vier Stunden bei den Bad-, und Schönheitsbetrieben für alle Bediensteten auf die Zeit bis 2 Uhr nachmittags verhängt. Annahme fand mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die die Abstinenzverordnungen unter die Bevölkerung bestreiten. Der Gewerkschaftsfraktion ist es gelungen, die Gewerkschaften zu bestimmen bis 10 Uhr vormittags und auf Erholung für die Arbeit abgelebt, ebenso der sozialdemokratische Gewerkschaftstag, die Gewerkschaftszeitung im Komiteekantone der bürgerlichen Parteien, wenigstens auf vier Stunden bei den Bad-, und Schönheitsbetrieben für alle Bediensteten auf die Zeit bis 2 Uhr nachmittags verhängt. Annahme fand mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die die Abstinenzverordnungen unter die Bevölkerung bestreiten. Der Gewerkschaftsfraktion ist es gelungen, die Gewerkschaften zu bestimmen bis 10 Uhr vormittags und auf Erholung für die Arbeit abgelebt, ebenso der sozialdemokratische Gewerkschaftstag, die Gewerkschaftszeitung im Komiteekantone der bürgerlichen Parteien, wenigstens auf vier Stunden bei den Bad-, und Schönheitsbetrieben für alle Bediensteten auf die Zeit bis 2 Uhr nachmittags verhängt. Annahme fand mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die die Abstinenzverordnungen unter die Bevölkerung bestreiten. Der Gewerkschaftsfraktion ist es gelungen, die Gewerkschaften zu bestimmen bis 10 Uhr vormittags und auf Erholung für die Arbeit abgelebt, ebenso der sozialdemokratische Gewerkschaftstag, die Gewerkschaftszeitung im Komiteekantone der bürgerlichen Parteien, wenigstens auf vier Stunden bei den Bad-, und Schönheitsbetrieben für alle Bediensteten auf die Zeit bis 2 Uhr nachmittags verhängt. Annahme fand mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die die Abstinenzverordnungen unter die Bevölkerung bestreiten. Der Gewerkschaftsfraktion ist es gelungen, die Gewerkschaften zu bestimmen bis 10 Uhr vormittags und auf Erholung für die Arbeit abgelebt, ebenso der sozialdemokratische Gewerkschaftstag, die Gewerkschaftszeitung im Komiteekantone der bürgerlichen Parteien, wenigstens auf vier Stunden bei den Bad-, und Schönheitsbetrieben für alle Bediensteten auf die Zeit bis 2 Uhr nachmittags verhängt. Annahme fand mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die die Abstinenzverordnungen unter die Bevölkerung bestreiten. Der Gewerkschaftsfraktion ist es gelungen, die Gewerkschaften zu bestimmen bis 10 Uhr vormittags und auf Erholung für die Arbeit abgelebt, ebenso der sozialdemokratische Gewerkschaftstag, die Gewerkschaftszeitung im Komiteekantone der bürgerlichen Parteien, wenigstens auf vier Stunden bei den Bad-, und Schönheitsbetrieben für alle Bediensteten auf die Zeit bis 2 Uhr nachmittags verhängt. Annahme fand mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die die Abstinenzverordnungen unter die Bevölkerung bestreiten. Der Gewerkschaftsfraktion ist es gelungen, die Gewerkschaften zu bestimmen bis 10 Uhr vormittags und auf Erholung für die Arbeit abgelebt, ebenso der sozialdemokratische Gewerkschaftstag, die Gewerkschaftszeitung im Komiteekantone der bürgerlichen Parteien, wenigstens auf vier Stunden bei den Bad-, und Schönheitsbetrieben für alle Bediensteten auf die Zeit bis 2 Uhr nachmittags verhängt. Annahme fand mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die die Abstinenzverordnungen unter die Bevölkerung bestreiten. Der Gewerkschaftsfraktion ist es gelungen, die Gewerkschaften zu bestimmen bis 10 Uhr vormittags und auf Erholung für die Arbeit abgelebt, ebenso der sozialdemokratische Gewerkschaftstag, die Gewerkschaftszeitung im Komiteekantone der bürgerlichen Parteien, wenigstens auf vier Stunden bei den Bad-, und Schönheitsbetrieben für alle Bediensteten auf die Zeit bis 2 Uhr nachmittags verhängt. Annahme fand mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die die Abstinenzverordnungen unter die Bevölkerung bestreiten. Der Gewerkschaftsfraktion ist es gelungen, die Gewerkschaften zu bestimmen bis 10 Uhr vormittags und auf Erholung für die Arbeit abgelebt, ebenso der sozialdemokratische Gewerkschaftstag, die Gewerkschaftszeitung im Komiteekantone der bürgerlichen Parteien, wenigstens auf vier Stunden bei den Bad-, und Schönheitsbetrieben für alle Bediensteten auf die Zeit bis 2 Uhr nachmittags verhängt. Annahme fand mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die die Abstinenzverordnungen unter die Bevölkerung bestreiten. Der Gewerkschaftsfraktion ist es gelungen, die Gewerkschaften zu bestimmen bis 10 Uhr vormittags und auf Erholung für die Arbeit abgelebt, ebenso der sozialdemokratische Gewerkschaftstag, die Gewerkschaftszeitung im Komiteekantone der bürgerlichen Parteien, wenigstens auf vier Stunden bei den Bad-, und Schönheitsbetrieben für alle Bediensteten auf die Zeit bis 2 Uhr nachmittags verhängt. Annahme fand mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die die Abstinenzverordnungen unter die Bevölkerung bestreiten. Der Gewerkschaftsfraktion ist es gelungen, die Gewerkschaften zu bestimmen bis 10 Uhr vormittags und auf Erholung für die Arbeit abgelebt, ebenso der sozialdemokratische Gewerkschaftstag, die Gewerkschaftszeitung im Komiteekantone der bürgerlichen Parteien, wenigstens auf vier Stunden bei den Bad-, und Schönheitsbetrieben für alle Bediensteten auf die Zeit bis 2 Uhr nachmittags verhängt. Annahme fand mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die die Abstinenzverordnungen unter die Bevölkerung bestreiten. Der Gewerkschaftsfraktion ist es gelungen, die Gewerkschaften zu bestimmen bis 10 Uhr vormittags und auf Erholung für die Arbeit abgelebt, ebenso der sozialdemokratische Gewerkschaftstag, die Gewerkschaftszeitung im Komiteekantone der bürgerlichen Parteien, wenigstens auf vier Stunden bei den Bad-, und Schönheitsbetrieben für alle Bediensteten auf die Zeit bis 2 Uhr nachmittags verhängt. Annahme fand mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die die Abstinenzverordnungen unter die Bevölkerung bestreiten. Der Gewerkschaftsfraktion ist es gelungen, die Gewerkschaften zu bestimmen bis 10 Uhr vormittags und auf Erholung für die Arbeit abgelebt, ebenso der sozialdemokratische Gewerkschaftstag, die Gewerkschaftszeitung im Komiteekantone der bürgerlichen Parteien, wenigstens auf vier Stunden bei den Bad-, und Schönheitsbetrieben für alle Bediensteten auf die Zeit bis 2 Uhr nachmittags verhängt. Annahme fand mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die die Abstinenzverordnungen unter die Bevölkerung bestreiten. Der Gewerkschaftsfraktion ist es gelungen, die Gewerkschaften zu bestimmen bis 10 Uhr vormittags und auf Erholung für die Arbeit abgelebt, ebenso der sozialdemokratische Gewerkschaftstag, die Gewerkschaftszeitung im Komiteekantone der bürgerlichen Parteien, wenigstens auf vier Stunden bei den Bad-, und Schönheitsbetrieben für alle Bediensteten auf die Zeit bis 2 Uhr nachmittags verhängt. Annahme fand mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die die Abstinenzverordnungen unter die Bevölkerung bestreiten

Sonntagszeitung den 7. März 1914

Dresdner Volkszeitung

Handel und Industrie.

Papierkonjunktur.

Lebte die Geschäftslage in der Papierindustrie lautest die Presse in den letzten Wochen sehr wibersprechend. Es handelt sich dabei offenbar jedoch nicht nur um verschiedene Aufschlüsse der Pressefotter, in einer kurzen Frist waren vielmehr mehrere Erkenntnisse der Marktlage zu verzeichnen. Zur eine Erkenntnis gibt der Berliner Pressefotter recht beweisendswerte Erklärungen. Es ist keine Seltenheit, meint das Blatt, dass die Industriellen nach einer langen Periode des Niedergangs die ersten Anzeichen für eine Besserung leicht übersehen und in den Zwischen- bei der allgemeinen Aufwärtsbewegung nicht zu erkennen scheinen, der tatsächlichen Aufwärtsbewegung des Marktes zu kommen, der die tatsächlichen Aufwärtsbewegungen des Marktes zu erkennen und dadurch die von neuem das Misstrauen der Investoren und der endgültigen Brandes erwecken, das sich sofort wieder in verzerrter Ausdrucklung äußert. Diese Verzerrung scheint man in jüngerer Zeit zu machen; denn noch vor dem Krieg des Bedarfs einen recht guten Aufschwung genommen hatte, ist mit einem Schlag wieder das Geschäft etwas ruhiger geworden; die Nachfrage seitens des Großhandels läuft nach, und auf die Effekte der Fabrikanten gehen vorerst ein, die einmütige Ablehnung erfahren, weil sie dem Fabrikanten Leinenlei Außen lassen und sich unter den Sägen bewegen, die zum Großhandel und auch vom endgültigen Verbrauch trennen werden. Für die Besserung des Marktes spricht aber die Tatsache, dass die Fabrikanten holzhölziger wie Holzhölzer Papiere so festgehalten sind, dass sie Preideckle runden abziehen, die ihnen nicht den erforderlichen Außen lassen. Das macht zweifellos auf die Verbraucher einen guten Eindruck und hat auch bereits dazu geführt, dass die Forderungen für ordnungsgemäßige Papiere in den leichteren Gewichten für Massenverkauf vermittelbar, bewilligt worden sind, obwohl man sie noch im Dezember rückwärts ablehnte.

In Rotations- und Schnellpressenbruck haben die Pressefotter des Verbandes Deutscher Druckpapierfabrikanten, wie der Pressefotter in einer Befragung der Geschäftslage in den einzelnen Branchen berichtet, etwas heigen lassen. Der Vordruck der Bedarfsbücher bestätigt, und die Forderungen der Fabrikanten konnten durchgesetzt werden; sie und die gezeigten Erfahrungen aber sofort wieder Erzeugungssteigerungen, die mit neuen Werten und möglicherweise wieder zu einer Steigerung des Angebots Anlaß geben können, wenn die Fabrikanten aus der Haltung des Marktes nicht die gegebenen Schlussfolgerungen ziehen wollen. Die Abschlußabschläge haben ergeben, dass für langfristige Holzabfuhrsteueranträge höhere Preise als in den Vergangenheiten gezeigt werden müssen, entsprechend den gezeigten Holzpreisen. Die gleiche Aufwärtsbewegung hat sich für Zellulose gezeigt; auch für die sonstigen Roh- und Halbfabrikate müssen höhere Preise ausgemandelt werden. Das Feinpapiergeschäft ist etwas durch das Obergeschäft angezeigt worden, dahingegen ist die Beliebung des Geschäftes, die durch größere Nachfrage des Exportgeschäftes zu verzeichnen war, bereits wieder verloren gegangen, und es bedarf somit vorrichtiger Bemühungen, um die Aufwärtsbewegung der Verkaufspreise im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht ungünstig zu beeinflussen. Außerdem zeigt der Exportgeschäft für Feinpapiere, insbesondere für Chromo- und Autographenpapiere, sowohl für Kunstdruckpapiere und Goldeneinfassungen wieder besseres Interesse, da sich Holland, England und Südamerika ausnahmiger zeigen.

Börse.

Bei der allgemeinen Geschäftsunlust legt sich die Abmildung, die schon an den Vorlagen eingetragen war, an der Berliner Börsengänge fort. Eine erneute Abschwung erfuhr die Aktien der Rautowitwer Bergbaugesellschaft; die Aktien der Aktien der Gesellschaft Bergwerke gefiel nicht mit nur 2 Prozent, da die leichten verdeckten Gewinne einer Erhöhung der Dividende über 10 Prozent hinaus befehlten würden. Im weiteren Verlauf erschienen die Aktien dieses Unternehmens eine Erholung, Kreise der Spekulation bedauerten von neuem die Absicht einer Dividendensteigerung. Bei äußerst stillem Geschäft blieb die Tendenz überwiegend schwach. Der Börsenindex setzte sich für Börsen mit langer Sicht auf 7 Prozent, für kurzfristige Wechsel schaute er eine Steigerung auf 3½ Prozent.

Metalle. Die Auflieferpreise am Berliner Markt wurden bei geringem Verkehr etwas schwächer. Junilieferung stellte sich auf 131 M. November auf 131½ und Dezember auf 132 M. Banco-Zinn wurde mit 362, Australiann mit 358 M. bezahlt. Die Preise verzeichneten sich auf 100 Kilogramm.

Die elektrische Dampfzammer.

Schlemmisch betreiben die Elektrokapitalgesellschaften seit Verhandlungen mit Kommunen über Pachtungen oder Gewerbeimmobilien Elektrizitätswerke. Ende vorigen Jahres hat die Elektrokapital-Gesellschaft vom Schlesischen Landtag der Stadt Würzburg, der Frankfurter Zeitung zufolge, das Angebot gemacht, die südlichen Elektrokapitalwerke auf die Dauer von 35 Jahren zu kaufen. Der jährliche Pachtzins soll 275.000 M. belingen, wovon allerdings die Stadt die Anlagekosten zu vergüten und zu amortisieren sowie die Anlagen abzuschreiben hätte. Außerdem ist eine jährliche Abgabe von der Betriebsnahme aus dem Stromnetz gegenüber 1913 vorgesehen. Mit Recht hat es Befremden herbeigeführt, dass der Magistrat der Bürgerlichkeit von diesem Angebot noch keine Mitteilung gemacht hat. Für die Elektrokapitalgesellschaften ist die höchst direkte Behandlung von Pachtangeboten ratsam, um die Gemeinden davon abzuhalten, eine fortwährende Erhöhung der Öfferte durch unabdingbare Sachverständige vornehmen zu lassen. In der Stadt Goslar ergab sich natürlich, dass eine derartige Nachprüfung eines Angebots aus dem Konzern der A.G.O. zu teuren Aufwendungen führte, während der Magistrat vorher die Öfferte weit günstiger beurteilt und die Annahme vorgezogen hatte. Am Ende haben Verhandlungen und Verhandlungen südlicher Elektrokapitalgesellschaften an das Elektrokapital seit zu Schädigungen öffentlicher Interessen geführt.

Dresdner Bank. Bei Steigerung des Bruttogewinnes von 41,30 Millionen auf 43,45 Millionen wird ein Reingewinn von 2,28 gegen 25,12 Millionen Mark im Vorjahr aufgetreten. Der Gewinn auf 100 auf einer Basis des Haushaltssatzes stellte sich auf 92.379.534,705 M. gegen 97.053.407,278 M. im Jahre 1912. Die Zahl der Angestellten betrug am Jahresende 1913 gegen 1546 im Jahre 1912. Der Gewinn aus Wechseln, Kästen und Provisionskassen war wie bei den anderen Geschäftsbanken, ein Gewinn aus dem Elektrokapital wird nicht verzeichnet, dagegen wird bemerkt, dass die Bank aus der Abwicklung zahlreicher alter und neuer Bestellungen geschäftslos auch in abgelaufenen Jahren anstehende Gewinne erzielt, die aber, wie schon im Vorjahr, nicht durch die Gewinn- und Verlustrechnung geführt, sondern zu inneren Abgrenzung

perioden wiede wieder mit 8½ Prozent zur Verteilung vorgeschlossen.

Rückgang der Auswanderung. Im Monat Februar heimte die Zahl der Auswanderer über Hamburg 7362 gegen 12544 im Februar des Vorjahrs. Auch die Auswanderung über Bremen hat im Vergleich zum Vorjahr abgenommen.

Der Kapitalbedarf der deutschen Industrie. Viele Anzeichen besagen, wie der Jahresbericht der Deutschen Bank ausführt, dass der Kapitalbedarf der deutschen Industrie in den nächsten Jahren weniger hoch und bringend sein dürfte als während des letzten Jahrzehnts; veraltete Methoden sind fast durchwegs durch fortgeschritten, jeden Wettkampf aushaltende Einrichtungen ersetzt worden. Nach dieser durchgreifenden Modernisierung der technischen Hilfsmittel verbreitet mir der gesuchte Drang, die industriellen Anlagen fortwährend zu verbessern und für die um rund 800.000 Köpfe jährlich wachsende Bevölkerung Deutschlands auch zu vermehren. Die Kapitalinvestitionen der deutschen Aktiengesellschaften wurden im Jahre 1913 schätzungsweise um das Doppelte durch die gezahlten Dividenden überschritten.

Versammlungen.

Mügeln. Montag den 2. März fand die Jahresversammlung der Bibliothekskommission für den Kartellbereich Mügeln und Umgebung statt. Genoss Albrecht gab einen kurzen Jahresbericht. Er hob besonders die Verschmelzung der Bibliothek des Kartellarbeiterverbands mit der Centralbibliothek sowie die umfangreichen Renovierungen des letzten Jahres hervor. An den Ausschusssitzungen sind 740 Gründe vorhanden, in Gladbach 600 und in Mügeln 190. Die Lesergäste ist gegen das Vorjahr ganz erheblich gestiegen. Die Jahreseinnahmen betragen 1257,01 R., die Ausgaben 1161,85 R. Wenn auch die Einnahmen gegen das Vorjahr etwas höher sind, so sind doch immer noch eine Reihe Gewerkschaften mit ihren Beiträgen im Rückstand. Hier muss in Zukunft unbedingt Besserung geschaffen werden, vielleicht in der Weise, dass die Beiträge vom Gewerkschaftskartell mit erhoben werden, dieses nicht dann abgeschafft, während die Gruppe Leuben im letzten Jahre allein 200 R. der Bibliothek zugeführt hat.

Die Neuwahlen ergeben folgenden Resultat: 1. Vorsteher Genoss Albrecht-Rausch, 2. Vorsitzender Genoss Vieche, Rieder-Schmid, Rausch, Genoss Thomas-Mügeln. Als Bibliothek werden wieder folgende Gewerkschaften bestimmt: Ernst Grilling-Leuben, Willibald Stollberg-Hochwald und Richard Segeling-Mügeln. Unter Abgeordneten wurde ein Antrag angenommen, die künftigen Gewerkschaften zu erneuern. Sodann wurden noch einige Vorschläge gemacht, um das Interesse der Allgemeinheit an den Zentralbibliotheken zu erhöhen, damit die Bevölkerung auch die Bedeutung findet, die sie verdient. Die Vorlesungen werden zur Ausführung gelangen, so bald die Kostenverhältnisse es gestatten. Anmerkungen waren die Vertreter folgender Gewerkschaften: Bauarbeiter, Buchbindere, Fabrikarbeiter, Glasarbeiter, Metallarbeiter, Holzarbeiter, die Gruppen Leuben, Gladbach und Mügeln sowie die Vertreter des Gewerkschaftskartells. (Eing. 6/3.)

Aus aller Welt.

Das tägliche Jahrhundert-Kreuzenfeuer.

Ein schönes Bildgesicht in der Verhüllung der Seele Ludwig in Rödinghausen passiert. Sie hatte — wie andere Zeichen auch — zur Jahrhundertfeier der Leipziger Universität am 18. Oktober auf der Schlosshalde ein Kreuzenfeuer angezündet. Das sollte die patriotische Begeisterung der Gelehrten mit hellem Schein beleuchten. Der Verwaltung möchte wohl von Kriegervereinsleuten und goldenen Säulenfeiern her bekannt sein, dass es gut ist, wenn man

dem Feuer fröhliche und angemessene Nahrung zuführt. Ein Feuer — kein Schnaps — ist denn auch gute Dienste. Es qualmt und stark zwar zum Gotterbarmen, aber es braucht auch und der Wind tonne das Feuer nicht auszuspülen. Am 19. Oktober hätte nun das Kreuzenfeuer laut Programm löslich weiter. Der Oktober ging vorüber, der November und Dezember — oben auf der Halde brannte es noch immer. Der brennende dünnflüssige Feuer war tief in den Schlaufenhohlräumen eingedrungen und hatte die darüberliegenden Hohlräume entzündet. Hatten anfänglich die Gelehrten über diese Ausdauer ihres Kreuzenfeuers noch gelacht, so wurde ihnen jetzt vor scharfem Schorn und Schwefeldampf über 50 Arbeitern sollten nun mit Haken und Schaufeln der Feuersteiger ein Ziel legen, aber trotz langer Bemühungen gelang es nicht; das Feuer brannte, als wenn es die nächste Jahrhundertfeier noch erleben wollte. Nun wurde das aus dem Schacht gekippte Grubenmauer auf die brennende Halde gelegt. Tag und Nacht krönten die Wassermauer — einige Kubikmeter in jeder Minute — auf den Brandherd und errichteten einen Kanal abgeleitet. Heute soll, wie ein Chinesischer Blatt meldet, endlich ein Erfolg der langwierigen und kostspieligen Löscharbeit zu sehen sein.

An giftigen Gasen erstickt.

Eben, 8. März. Auf der Krusenbach-Dreieck Alfred-Hütte bei Eben wurden bei Benutzung einer neuen Grubemaschine acht Arbeiter von Gasen betäubt. Ein Monteur und ein Thermoschmitz blieben auf der Stelle tot; die übrigen sechs konnten gerettet werden. **Grubungunglüx.**

Hamburg, 6. März. Ein Grubungunglüx ereignete sich auf der Zeche 1 bis 6 der Gemeinschaft Deutscher Kaiser. Durch die Explosion eines zu feilz ließgegangenen Sprengstoffes wurden ein Bergarbeiter getötet, einer schwer und mehrere leicht verletzt.

Eine Grubendame zum Tode verurteilt.

Graudenz, 6. März. Heute wurde von dem Schwurgericht des Landgerichts Graudenz die Rentiersfrau Luise Hoh geb. München aus Mattoverbet wegen Giftmordes zum Tode verurteilt.

Stau, 6. März. Stau Hoh hat am 22. November ihrem Ehemann mit Mattoenglit durchsetzt zur Mordzeit gegeben. An den Folgen der Vergiftung ist Meister Hoh am 27. November gestorben.

Vereinstreffen für Sonntag.

Frauen-Versammlungen: Nachmittags 2 Uhr im Gathof Frieden, Torgauer Straße, Volkshaus, Altenbergsstraße 2, Wittenbahn, Schönau, Scheldorfer Straße, Sächsische Prinz, Striesen, Seite Schule, Döhlen, abends 8 Uhr; Gathof Kronprinz, Hofsteinweg, Zentralverband der Glasarbeiter, Nachmittags 2 Uhr Versammlung im Gathof, Wittenbahn, Torgauer Straße. **Berg-Schloss, Reinhardtsgrunn u. W.** Nachmittags 3 Uhr Volksversammlung im Gathof Reinhardtsgrunn. **Freie Sänger, Niedaditz u. W.** Abends 7 Uhr Gesangskonzert in der Goldenen Krone, Kleinzschachwitz. **Turnverein Böhlitz.** Abends 6 Uhr 30. Stiftungsfest im Gathof zu Böhlitz. **Theater-Tunnel** Ensemble "Gäthgens". Anfang 8 Uhr. Sonntags 4 und 8 Uhr.

Extra billige Tage

für 1A 108

Reste

und etwas ausgeschmückte Gegenstände sowie einzelne Sachen

Gardinenresten von M. 0,30 an

1 Posten Stores 1,50 an

Kongreßstoffreste von M. 0,30 an

Madrasstoffreste von M. 0,30 an

Vitrangenstoffreste von M. 0,30 an

Sofabezügerreste, bezugb. M. 5.— an

Schlafdeckenreste von M. 3.— an

Portierentecken von M. 5.— an

Divanbeden von M. 5.— an

Zillertedden von M. 5.— an

Schlossteden von M. 0,90 an

Sofaboden von M. 1,50 an

Steppbeden von M. 3.— an

Bettvorlagen von M. 0,95 an

Portierengarnituren von M. 3.— an

Läuferstoffe von M. 0,50 an

100 Stoff Leppiche von M. 5.— an

Starer

DRESDEN - A. 22

Grunauer Straße

1. Etage.



Jede verständige Mutter gibt ihren Kindern nur Kathreiners Malzkaffee. Kathreiners Malzkaffee erhält die Kinder frisch und kräftig und macht den Kleinen die Milch schmackhaft. Tausende von Ärzten empfehlen ihn.

Diana-Saal

Jagdweg

Bellevue
Walterstraße 27, am Friedenshübler Bahnhof [K 87]

Sonntag u. Montag: Große öffentl. Ballmusik.
Sonntag von 4-6, Montag von 7-9 Uhr freitags.
Es lädt freundlich ein.

Sonntag und Montag
Großer öffentl. Ball
Samstag u. Montag freitags.
Tanzlokal für 1-7 Uhr im eigenen
Salon Grand ball paré.

Herren 20 Pf.
Damen 20 Pf.

Montags Tanz bis 1 Uhr.

H. Haase, Besitzer.

Körner-Garten

Reichshallen Palmstraße 18
1 Min. v. Postplatz.

Große öffentliche Ballmusik
Sonntag und Montag:
Sonntag 4-5½ Uhr / Freier Tanz. Montag:
Montag 6½-8 Uhr / 12 Tanzmarken 60 Pf.

Täglich: **Große Gesangs-Konzerte.**

Gambrinus-Säle Löbtauer Straße 66

Jeden Sonntag
Große öffentl. Ballmusik 10 Tanzmarken
50 Pfennig
Es lädt freundlich ein Otto Reumann und Frau.

Großartigstes Saal merken Gewerkschaften Vereinen u. a.

Sonntag und Montag
Moderne Ballmusik.
Vorzügliche Speisen und Getränke zu mäßigen Preisen.
Strassenbahn: Linien 7 u. 22. Westerhause 16
Prachtvolle Saaldekoration
Für Abschaltung von Partiebühnen, Versammlungen, Bühnen u. a. haben wir unsere Lokalitäten bestens ausgestattet.
Hochachtungsvoll Paul Müller u. Frau.
Verkehrssicht des Arb.-Rath.-Bundes Solidarität.

Westend-Reunion!

Jeden Sonntag und Montag

Gasthof Wölfritz.

Jeden Sonntag

Extrafeine Ballmusik.

Der Abschaltung von Partiebühnen, Versammlungen, Bühnen u. a. haben wir unsere Lokalitäten bestens ausgestattet.
Außer anderen Tagen gr. Saal noch einige Sonnabende frei.
Hochachtungsvoll Gustav Köhler.

Gasthof Pieschen.

Sonntag
Öffentliche Ballmusik
Durchführung v. A. Leipert.

Feen-Saal Deutsche Reichskrone

Bischofsweg, Ecke Königsbrücker Straße

Sonntag und Montag

Elite-Ballmusik.

Sonntag Anfang 4 Uhr. Montag Anfang 7 Uhr. [K 30]

M. A. Pötzsch, Besitzer.

Waldvilla

Trachau — Ein feines Ländchen.

Imperia-Theater, Deuben

Jeden Sonnabend und Sonntag
Gr. kinematographische Vorstellung
mit beeindruckendem Programm. [K 113]

Gasthof Sächs. Wolf, Deuben.

Sonntag: **Feine öffentl. Ball-Musik.**
Es lädt ergebenst ein

W. Klein.

Kristall-Palast

Schäferstraße 45 — Konzert- und Ball-Etablissement — Telefon 22391.

Sonntag und Feine Elite-Ballmusik.

Montag: Kapelle des Freib. v. Bayreuth Bergmusikkorps unter persönl. Leitung des Musikdirektors G. Schröder.

Ballhaus.

Jeden Sonntag: **Große öffentl. Ballmusik**

im herrlich dekorierten Saale. [K 433]

Syphon-Versand nach allen Stadtteilen frei ins Haus. — Telefon 3002. Alfred Pfahl.

Deutscher Kaiser

Leipziger Str. 112

Sonntag und Montag: **Große Ballmusik**
Es lädt ergebenst ein J. Starke.

Watzkes Ball-Etablissement

Leipziger Straße, direkter Weg zum Flugplatz Kaditz

Sonntag u. Montag **Vornehmer Ball**
ausgeführt von Mitgliedern des Artillerie-Regiments Nr. 12.

Montag 8 bis 12 Uhr Herren 60 Pf., Damen frei.

Stadt Bremen

Renoviert! [K 102]

Jeden Sonntag und Montag

Leipziger Straße 58. Schneidige Ballmusik! [K 102]

10 Tanzmarken 60 Pf., Montags Tanzbändchen 60 Pf. R. Stremba.

Renoviert!

Wilder Mann.

Roten Sonntag

Grosse Ballmusik.

Koncertanz.

Gasthof Uehigau-Dresden

Vier Minuten v. Flugplatz.

Starkbesetzte Ballmusik

Ed. Rentzsch.

Schweizerhäuschen

Schweizer Straße 1, nahe Schweizer Straße.

Sonntag und Montag

Grosse Ball-Musik.

Wettiner Säle

Keglerheim [K 102]

Feiner BALL.

Wunderbare Rätselkette. [K 7]

M. Zeißig.

Prunksaal Erholung

Schandauer Straße 73

Feine Ball-Musik.

Tanzmarken.

Es lädt freundlich ein Paul Wollan.

Sächsischer Prinz

Schandauer Straße 11. Straßenbahnen 10, 21, 23.

Sonntag und Montag: Elite-Ballmusik

Tanzmarken beide Tage gültig. [K 102]

Damen Montags freien Tanz und Entrée.

Gold. Krone, Strehlen

Jeden Sonntag von 4 Uhr an:

Ball-Musik! Neue Ländle Tanzmarken

Selbstgek. Kuchen. Riesenpfannkuchen. Verdeckungsvoll & dekorativ.

Gasthof Blasewitz

Sonntag: **Feine Ballmusik.** Ausgeführt von Mitgliedern der

Espelle 4. Inf.-Reg. Nr. 177.

Neue Beleuchtung! Herr. Lichteffekt! Louis Grind.

Es lädt ergebenst ein

I.

Feiner Ball!

Es lädt ergebenst ein

I.

Stadt Amsterdam, Lanbergstr.

Jeden Sonntag: **Feine öffentliche Ball-Musik.**

Amsterdam bleibt Amsterdam. [K 102]

Restaurant
Julius Wendler
Alaunstraße 83
empf. keine Trink. Kostenlos.
Gute, frisch, Würzig.
Gigantische Schläuche.

Rest. Reisewitzer Park
Tharandter Straße — Int. P. Böck
empf. keine Etablissements eines gewissen
Wertes. Vorz. Mittagessen.

Gasthof Coschütz
Morgen Sonntag 10 Uhr
Gr. öffentl. Ballmusik
Jed. Sonntag v. 4-6; Freier Tanz.
Durchführungsvoll M. Rippchen.

Waldschlößchen-Terrasse
Sonntag von 4 Uhr an, Montag von 1,8 Uhr an
Der glänzende

Großstadt-Ball
Was ist gut und am billigsten? Nur im historischen
Alten Kloster

Leubnitz-Neustadt 1. Straßenbahnhof 1.
Elite-Tänze! Eintritt frei! Rud. Seidel.

Gasthof Germania Dresden-Brandenburg
Straßenbahnhof 12

Sonntags Feine Ballmusik
Verstärkte Musikkapelle! Es werden Tanzmarken
Asphalt-Kegelbahn. [K 308] Ergebnis! Inhaber ein H. Franz.

Renoviert! Brunftsaal Grüne Wiese Dresden-Grund
Zumgang des Großen Gartens Sonntag

Große öffentl. Ballmusik mit verstärkter Kapelle. Renoviert!

Boradies-Garten, Zschertnitz Sonntag
Großer Elite-Ball Montag
Neues Orchester! Schneidige Musik! Dresden's schöner Damensor! Viele Neberaufführungen! Zschertnitz bleibt Zschertnitz!

Gasthof Mockritz Jeden Sonntag

Grosser Jugend-Elite-Ball Eintritt frei! Gasthof Kaitz 5 Pf.

Jeden Sonntag Feine Ballmusik. Es lädt ergebenst ein II. Zuschreiber. [K 102]

„Elysium“, Räcknitz Sonntag: Feiner Ball. Es lädt ergebenst ein Agnes verw. Jilgen.

Gasthof Seidnitz Sonntag: H. Ballmusik. [K 102] Nutzen Sonntag 10 Uhr
Starkbes. Ballmusik Es lädt frei ein St. Neuzen, Frau

Feldschlößchen, Kaditz an der Leipziger Straße, nur 15 Min. v. Flugpl. Nutzen Sonntag Große Ball-Musik! 5-Pf.-Touren: [K 70] 5-Pf.-Touren: Straßenbahnen 10, 21, 23.

Berghotel des Arbeiters- und Landlehner-Bundes Solingen-Döhlener Hof zur Roten Schänke Sonntag den 8. März

Einzelne Vergnügungs-Etablissements Straßenbahnhaltstellte 10, 21

Stadt Amsterdam, Lanbergstr. Jeden Sonntag: Feine öffentliche Ball-Musik. Amsterdam bleibt Amsterdam. [K 102]

Hammer's Hotel

Volkshaus - Theater!

Ritzenbergstr. 2 Telephon 21425 Maxstrasse 13

Sonntag den 8. März im Saale:

Nachm.: Keine Märchenvorstellung.

Abends: „Unser Doktor.“

Volkstheater in vier Akten von Leon Trepow.

Anfang 7½ Uhr. Eintritt mit Programm 30 Pf.

[L 1300]

Sonntags u. Montags:
Das führende
Kallorchester
der Residenz.

Feen-Palast :: Gasthof Leuben

Heute Sonnabend den 7. und Sonntag den 8. März in den Restaurationsräumen

Humoristische Konzerte von Häckers

Eintritt frei! Verkaufsbude, Varieté, Grillstall, Kinos. Eintritt frei!

Görlitzer Garten

Görlitzer Straße 20

Hochfeine Asphalt-Riegelbahn, f.d.l.
Vereinszimmer (noch einige Tage
frei!) empfiehlt

Gustav Bonner (Dr. Diana-Turnell)

Gasthof Kleinnaudorf

Morgen Sonntag

[K 222]

Große öffentl. Ballmusik

Hierzu laden ergebnis ein

M. Nitsche u. Frau.

Resatur. am Lutherplatz

Büchende-Bogen i. Rv. 1. Büchde
"Korrespondenz" und "Almanach"
liegen auf. Schöne Asphalttagel
habe noch einige Tage frei; für
Stück billige Berechnung.
Um freundliche Unterhaltung bittet
K 106! Moritz Krämer.

Löfflers Restaurant

Siegelstr. 59

Teleph. 18219
empfiehlt seine freundlichen Volksfeste.
Jeden Sonntag Schinken
in Bratzeig. Musik. Unterhaltung.
Wohngesell. R. Henze u. Frau.

Radeberger Hof

Fritz Stolz

Radeberger Straße 52
Bücher-Speisen u. Getränke. [K 80]
Tägl. musik. Unterh. Familienfest.

Restaurant Saxonie

Zwickauer Str. 140 [E 190]
Inh. Gust. Strauss. Tel. 743
hält Lokalität u. Vereins-
zimmer best. empfohlen.

Hempels Restaurant

Potschappel [K 179]
empfiehlt seine freundl. Lokalitäten.
Jed. Mittw. Schlachtfest.
Schönes Vereinszimmer
noch einige Tage frei.
Vorzügliche Speisen. Beste Biere.

Gasthof Wilmsdorf.

Sonntag den 8. März [E 6097]

Damen-Ball

im hochdekorirten Saal.
Es laden ergebnis ein. G. Meiss.

Edison-

Licht-Spiel-Palast

Telephone 22495

45 Prager Strasse 45

Telephone 22495

Auf Befehl Sr. Maj. des Königs von Griechenland aufgenommen:

Mit der Kamera in der Schlachtfront.

Die verheerenden Kämpfe zwischen Griechen u. Bulgaren.

Dieser Film wurde Sr. Majestät Kaiser Wilhelm II. vorgeführt und hat das
Allerhöchste Lob Sr. Majestät gefunden.

KINETOPHON

Edisons neueste Erfindung

sowie das weitere Programm.

U. a.:

Herrliche Naturaufnahmen von Tirol.

Täglich von 3 bis 11 Uhr Vorführungen.

Das gleiche Programm auch täglich im
IMPERIAL-THEATER

Moritzstraße 3.

Gasthof Zschiedge

Zur Prinzenhöhe, Cunnersdorf

Morgen Sonntag

Große öffentliche

Ball-Musik

Colosseum-Theater

Freiberger-Pl. 20

Nur noch bis mit Montag

Das glänzende Programm!

Alleiniges Erstaufführungsrecht!

Brutal!

Ein hochinteressantes Kulturbild aus dem Russischen
in drei Teilen und

Der Blumen Geheimnis

Ein herlicher Roman in zwei Teilen.

Achtung! Mittwoch (Busstag) Achtung!

Gr. populär-wissenschaftlicher Lichtbildervortrag

über Russland

[A 45]

Restaurant Waldschlößchen, Niederhäslich

Morgen Sonntag Bratwurst-Schmaus

K 1000 Es laden ergebnis ein. Guill. Hüttner und Frau.

700 logischer
: Garten :

Neu! Neu!

Schne-Eule, Junge Pumas

Sonntag den 8. März:

Erwachsene 50 Pf. (von abends 30 Pf.)

Kinder . . . 25 Pf. (7 Uhr ab 30 Pf.)

Von nachmittags 5 Uhr an:

Grosses Konzert.

Goldener Löwe, Potschappel

Sonntag: Feiner öffentl. Ball.

Abgang 4 Uhr.

Es laden ergebnis ein. Hermann Mies.

Musenhalle

Einziges Varieté und Volks-Theater des Westens

Täglich abends 8 Uhr. Heute neues Programm!

Willy Hoffmanns Röderer Burlesken

Burleskenprogramm!

Von Alteis zurück. Sofie.

Wer war der Würde? Olig. Burleske, macht gefund!

Und der vorzüglich nur Solitettteil.

Samstag 3 Vorstellungen.

11-1 Uhr Matinee mit Auto-Singlagen. Raum. 4-7 Uhr

volles Programm. 1 Kind mit Eltern frei.

Wer nun bis ein Programm angelebt haben!

Burleskeleben freien Eintritt in den Burlesken.

Wochenende Vorzugskarten gültig!

Ich mache keine Reklame mehr!

Eine heftige Agitation für „Heimatschutz“ und „Erhaltung des Städtebildes“ ist im Schwange. Nirgends vielleicht wird sie intensiver betrieben als in Dresden. Ich lasse den Wert solcher Agitation dahingestellt. Meine Privatmeinung ist, dass sie unberechtigt, zum mindesten über das Ziel hinausschiesend ist. Man soll eine Stadt voll froh pulsierenden Lebens nicht in ein Museum verwandeln! Und zudem hat es jeder sein Geld anderswie verdient, bequem, radikale, kompromisslose Forderungen aufzustellen. Ich weiss, dass das Heranwachsen meines Unternehmens nicht nur durch das stete Streben nach guten Leistungen, sondern auch durch eine wahre, künstlerisch möglichst vollendete Reklame erzielt wurde. Jedoch, man hat in Dresden so scharf wie nirgends meine Reklame angefeindet. Selbst der von mir wie von allen Seiten hochverehrte Stadtbaurat Professor Dr. Erlwein hat in seinem letzten Aufschen erregenden Reklame-Vortrage von den „scheußlichen Plakatwänden“ gesprochen (obwohl auf meinen Plakatwänden preisgekrönte und ausgezeichnete Entwürfe dem grossen Publikum gratis zugänglich gemacht werden, indes selbst subventionierte Kunstausstellungen auf ein Eintrittsgeld nicht verzichten). So habe ich mich denn entschlossen, für meine diesmalige Saison (die erst am 12. März beginnt und darum nur 18 Tage dauert) keine Reklame zu machen. Kein buntes Bild wird von meinem Unternehmen weit und breit zu sehen sein!

Nur die siebente Grossmacht

die Presse, bitte ich auch an dieser Stelle, mir ihre Unterstützung zu leihen. Die allmächtige Druckerschwärze allein soll der Fernsprecher sein durch den ich meine Verbindung mit der verehrlichen Einwohnerschaft von Dresden und Umgegend herstelle, und ich hoffe, dass in dieser Beziehung von einer Dresdner Fernsprech-Misere nicht die Rede sein möge. Man hat mir wiederholt und oftmals gesagt, mein Unternehmen sei so bekannt, stehe so da, dass es keiner Reklame mehr bedürfe. Und wahrlich: marschierte mein Unternehmen schon im vergangenen Jahr, als ich meine vierte, viermonatige Saison in Dresden veranstaltete, an der Spitze in Europa, so ist es nun ganz unvergleichbar, nachdem es mir in der Zwischenzeit gelang, die Reichtümer meiner Schau an edlen, seltenen Tieren und an exotischen Menschen in unerwarteter Weise zu mehren, nachdem es mir vergönnt war, meinen Ehrgeiz, den Circus zu einer Schau von wissenschaftlicher, künstlerischer und sportlicher Bedeutung zu entfalten. Resultate blühen zu sehn. Meinem Willen, belebend und belehrend zu wirken, ist von allerhöchsten Behörden Anerkennung geworden.

Ihre Kais. Hoheit Kronprinzessin Cecilie

die im vergangenen Sommer mein Unternehmen mit den Königlichen Prinzen besuchte, versicherte, es sei ihr eine Freude gewesen, ihren Kindern diesen unvergleichlichen Anschauungsunterricht geben zu können.

Mein Material an Tieren ist so gewachsen, dass die Räume meines eigenen Gebäudes, des fassungsreichsten Circusgebäudes der Welt, zu klein wurden, und ich weite Hallen jenseits der Briestrasse für meine Tierschau aufschlagen musste. Von meinem langjährigen Geschäftsfreund, dem Herrn Kommissionsrat Paul Busch, der sein Unternehmen zurzeit auflöst, habe ich den grössten und wertvollsten Teile des Marstalles erhalten, darunter eine Schar von jungen, echten Arabern, und ich hoffe, dass alle Freunde des equestrischen Sports daran ihr Entzücken haben werden. Mit vollkommen neuen, gewaltigen Attraktionen trete ich für nur 18 Tage vor das Dresdner Publikum. Ein Personal von 400 Köpfen, aus allen Zonen gesammelt, ist aufmarschiert, um die Gäste meines Unternehmens zu erfreuen, zu spannen und zu erheitern. Die 250 edlen Rosse stehen geschirmt und gesattelt, 300 exotische Tiere, von der Bestie bis zum Kamel, vom indischen Mammut bis zum kleinsten Elefanten des Kontinents, bis zur merkwürdigsten Laune der Natur, einer Krouzung von Rind und Hirsch, stehen bereit, sich zu zeigen.

Nein, ich will keine Reklame machen, um alles anzupreisen, was ich bei meiner diesmaligen Kampagne ins Treffen schicke. Aber in dem Vollbetriebe, der wieder in mein Haus einziehen wird, soll jedes Kind es merken:

SARRASANI IST DA!

Trocadero und Konzert-Tunnel sind wieder eröffnet!

Am 12. März, 7½ Uhr, ist die Premiere und die Saison dauert nur **18** Tage

Der Vorverkauf findet statt bei **Hermann Herzfeld** Am Altmarkt

Ich empfehle mich vor Beginn meiner fünften Saison, die ich im Zeitraum von 11 Jahren in Dresden absolviere, dem Wohlwollen der hohen Behörden, der geneigten Presse und der verehrlichen Einwohnerschaft von Dresden und Umgegend, von ganz Sachsen!

HANS STOSCH-SARRASANI

x. Z. Hamburg.